Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.**

Nr. 18. | Dresden, Donnerstag den 23. Januar 1913. | 24. Jahrg.

Die Berliner Parteigenossen billigten in einer Anzahl Parteiversammlungen die Beschlüsse des preußischen Parteitags zur **Wahlrechtsfrage.**

Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe werden fortgesetzt.

In Konstantinopel wurde der Beschluß des Nationalrats, der Pforte den Friedensschluß auf der Grundlage der Mächtenote anzuraten, mit Zustimmung aufgenommen.

Das Ministerium Briand wird sein Programm in der Kammer und im Senat am Freitag verlesen.

Infolge plötzlichen Anschwellens eines Gebirgsbaches sind in Arabien 350 **indische Pilger ertrunken.**

In der Stadt Schönbrunn wurde das Gaswerk durch eine **Explosion** zerstört. 40 Menschen sollen **getötet** oder **verwundet** sein.

„Die Armee" als Rüstungstreiber.

Der Berliner Lokal-Anzeiger veröffentlicht einen sehr beachtenswerten Artikel zur Frage der Heeresvermehrungen. Beachtenswert nicht bloß, weil dieses aus einflußreichen Kreisen gespeiste Blatt für die baldige Einbringung einer umfassenden neuen Militärvorlage eintritt, sondern noch mehr darum, weil es „**Die Armee**" selbst als eigentlichen Treiber des Rüstungswesens enthüllt.

Der Artikel sagt sogleich in seiner Ueberschrift: „**Die Forderungen der Armee**". Die Armee wird als aktiver Faktor bei der Beurteilung dessen, was für die Rüstung Deutschlands nötig sei, eingeführt. Es wird über die Stimmung und über die Forderungen „der Armee" wie folgt berichtet:

„Wer im Laufe der jahrelangen internationalen Krisis — man kann ihren Beginn in das Jahr 1905 legen — die Stimmung in unserem Heer beobachtet und mit **Offizieren aller Rangstufen** die Lage besprochen hat, der kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die ursprünglich vorhandene Freudigkeit und Zuversicht allmählich **einer fast pessimistischen Auffassung** gewichen ist. Diese Wandlung ist wenig erfreulich, aber noch schlimmer ist es, daß sie **ihre Berechtigung** hat. Sie entspringt der Ueberzeugung, daß **alle diplomatischen Künste den Ausbruch eines Weltkrieges**, der zugleich ein Kampf bis aufs Messer um Deutschlands Größe wäre, wohl aufhalten, **niemals aber** verhindern können, wenn die deutsche Rüstung nicht so stark bleibt, daß sie jeden möglichen Gegner vor einem Angriff auf uns zurückschrecken läßt. Und die Sorge in unserem Heer kommt wieder daher, daß wir **seit Jahren in bezug auf die Vervollkommnung unserer Rüstung im wesentlichen stehen geblieben sind...**"

Es bedarf keiner näheren Darlegung von der Unrichtigkeit und Unsinnigkeit der Anschauungen, die nach dieser Darstellung in den Offizierskreisen vorherrschen sollen. Alle die kostspieligen Militärvorlagen der letzten Jahre sollen nichts bedeuten, das riesige Anwachsen des Militäretats wird als unwesentlich hingestellt. Mit einer Leichtfertigkeit ohne gleichen wird über die ungeheuren Lasten geurteilt, die das Volk für die Kriegsrüstung zu tragen hat. Aber von noch größerer Bedeutung ist es, daß in den Offizierskreisen so offen **mit der Idee des Weltkriegs gespielt wird.** Da ist nur ein Schritt bis zu dem Stoßseufzer des **Generalfeldmarschalls v. d. Goltz: Wenn es nur erst losginge!**

Der Artikel des Lokalanzeigers zählt dann „die Klagen, die man immer wieder in Offizierskreisen hört", auf. Das ist das ganze Programm derer, die schon seit Monaten in den chauvinistischen Blättern nach allen möglichen „Lückenausfüllungen" schreien: Ausbildung des letzten wehrfähigen Mannes; Aufstellung der dritten Bataillone, wo sie noch nicht vorhanden sind; mehr Maschinengewehrkompagnien; mehr Artillerie, technische Truppen, Radfahrerkompagnien usf. Alle diese Forderungen werden erhoben mit spitzigen Bemerkungen gegen die Heeresverwaltung. Das Kriegsministerium wird beschuldigt, daß es „längst gerügte und offenkundige Mängel unserer Heeresorganisation noch immer nicht ausgeglichen" habe.

Es klingt geradezu wie die Empörung der Armee gegen die Leitung. „Die Armee", das sind natürlich lediglich **die Offizierskreise**, die vollgesogen erscheinen mit nationalistischen und chauvinistischen Anschauungen. Man sagt stets, die Soldaten dürfen sich in die Politik nicht mischen. Aber jetzt zeigt es sich, daß das Offizierkorps der Regierung eine Politik aufzudrängen sucht. Die Regierung, der Reichskanzler und der Kriegsminister — aber auch der „höchste Kriegsherr"! — wissen nicht mehr, was nötig ist, die Offiziere wollen ihnen die Wege weisen. „Die Armee" ist im Begriff, sich mehr denn je zum Gebieter über die deutsche Politik und über die deutsche Diplomatie aufzuwerfen. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß die „verantwortlichen Stellen" diesem Treiben mehr und mehr nachgiebig sein werden, obschon sie sich selbst nicht verhehlen können, daß das Verhältnis **zu den ausländischen Staaten** dadurch überaus ungünstig beeinflußt werden muß.

Es verlautet gegenwärtig, daß die Beziehungen Deutschlands zu **England** und zu **Frankreich** in der Besserung begriffen seien. Eine solche erfreuliche Entwicklung würde aber gehindert und unmöglich gemacht werden, falls es dem Soldatentum mit seinen einseitigen Anschauungen und unsinnigen Forderungen gestattet wird, auf die Politik Einfluß zu nehmen. Die „Forderungen der Armee" werden im **Auslande** ein Echo finden, das jedem Nachdenkenden sagt, daß solch Treiben unser Land nicht zur Sicherheit, sondern in **schwerste Fährnisse führt!**

Der Balkanfriede gesichert!

Was gestern wie schöne, unbestimmte Hoffnung klang, gilt heute schon als sicher! Die Waffen der Balkangegner werden ihre blutige Arbeit nicht wieder aufnehmen. Der Konstantinopler **Nationalrat** hat sich für Annahme der Mächtenote und für Friedensschluß auf dieser Grundlage ausgesprochen. Adrianopel ist am längsten türkisch gewesen. Der Ministerrat wird den Mächten heute die nachgiebige Antwort vorlegen, und was bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags noch kommt, ist unbedeutendere Formensache. Der Sieg des Slawentums auf der Balkanhalbinsel ist damit zur vollendeten Tatsache geworden, und der Umstand, daß dieser Sieg zuletzt mit diplomatischen Mitteln, durch das Eingreifen der Tripelentente, gewonnen wurde, gibt ihm eine Bedeutung, die weit über die Grenzen der Balkanstaaten hinausreicht. Wenn jetzt die alldeutsche Presse, der sich seltsamerweise auch das Berliner Tageblatt zugesellt, die deutsche Regierung angreift, weil sie die Kollektivnote gebilligt und damit den Druck auf die Türkei verstärkt hat, so ist das ganz falsch. Die deutsche Politik hat lange genug auf der Seite der Verlierer gelegen und sie hätte sich die schwerste Verantwortung aufgebürdet, wenn sie einen internationalen Konflikt riskiert hätte um einer Sache willen, die doch nicht mehr zu halten ist.

Daß der Ausgang der Londoner Verhandlungen einen Mißerfolg des Deutschen Reiches darstellt, wird kaum zu bestreiten sein. Aber die Ursachen dieses Mißerfolges liegen nicht in der Haltung, die die deutsche Diplomatie in den letzten Wochen und Tagen eingenommen hat, sie liegen in der allgemeinen Orientierung der deutschen Politik seit vielen Jahren. Wie in Marokko hat auch in der Türkei die deutsche Regierung die Möglichkeiten der Entwicklung ganz falsch eingeschätzt, wie dort muß sie auch hier wieder erleben, daß es ganz anders kommt, als man wollte. Weder in Marokko, noch in Tripolis, noch in Bosnien, noch schließlich im diplomatischen Ringen um Adrianopel hat der Islam aus der deutschen Freundschaft irgend einen Vorteil gezogen, überall wird er zurückgedrängt. Und geradezu kläglich mutet der Versuch der deutschen Offiziösen an, die angeblich „milde Fassung" der Kollektivnote als einen deutschen Erfolg empfiehlend in Erinnerung zu bringen. Die deutsche Freundschaft hat der Türkei nichts genützt, sie hat nur Deutschland geschadet.

Der allgemeine Eindruck, daß sich hinter der äußerlichen Einigkeit der Mächte ein tatsächliches Ueberwiegen der Tripelentente verbirgt, wird in unerfreulicher Weise durch die Nachricht verstärkt, daß Rußland, von Frankreich gedeckt, einen besonderen Schritt gegen die Türkei unternommen und mit dem **Einmarsch russischer Truppen in Armenien** gedroht habe, falls die türkische Regierung sich den Ratschlägen der Kollektivnote widersetze. Ein solcher Schritt, für den Rußland wohl das internationale Mandat gefehlt hat, würde, wenn er wirklich erfolgt sein sollte, nur zeigen, was sich der Zarismus alles herausnehmen kann dank der uralten unglückseligen Fehler der deutschen Politik.

Diese Fehler der deutschen Politik bestehen nicht nur in einer breit zur Schau getragenen und ganz hoffnungslosen Freundschaft für die untergehende Macht des Islams, sie bestehen noch viel mehr in ihrer Haltung gegen das Slawentum, die, in Verbindung mit dem leider immer noch bestehenden Gegensatz zu den Westmächten, geradezu verhängnisvoll wirken muß. Während die deutsche Politik dem Zarismus hofierte, hat sie sich allen Volkskräften des Slawentums feindlich gegenübergestellt. Sie hat eben auch hier die alte schlechtbewährte Regel befolgt, sich mit dem Absterbenden zu verbinden, um Aufstrebendes zu bekämpfen. Diese Politik ist schon widersinnig genug, wo sie sich gegen jene slawischen Stämme wendet, die, wie die Polen, mit dem Deutschtum in unmittelbarer Berührung stehen, sie artet geradezu zu einem methodischen Wahnsinn aus, wenn sie sich gegen jene Volksstämme richtet, wie die Serben und Bulgaren, von denen dem „deutschen Volkstum" wirklich keine wie immer auch geartete Gefahr droht. Wer bisher damit einverstanden war, daß die deutsche Regierung durch das Flottenweiterrüsten zum deutsch-französischen Gegensatz auch noch den deutsch-englischen schuf und daß sie zugleich durch ihre Polen- und Balkanpolitik das ganze Slawentum gegen sich aufbrachte, der hat kein Recht, ihr einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie zuletzt in eine unhaltbare Situation geriet, aus der sie sich nur schwer mit einigem Anstand hinausmanövrieren konnte.

Wäre die gegenwärtige Haltung der deutschen Regierung als ein Versuch zu deuten, aus den Fehlern der Vergangenheit etwas zu lernen, so dürfte man sie nur begrüßen. Zeit wäre es einzusehen, daß auch die schönsten Militärvorlagen der deutschen Politik noch keinen überwiegenden Einfluß in der europäischen Politik sichern und daß die zunehmende Verfeindung nach drei Fronten die Stellung Deutschlands in der Welt nicht stärkt. Indes wird niemand so verwegen sein, die Hoffnung zu hegen, daß eine entscheidende Wendung der deutschen auswärtigen Politik zum Besseren bevorsteht. Man wird im Gegenteil „mit Rücksicht auf die Weltlage" neue Rüstungsforderungen erheben und weiterhin den Wahn nähren, als ob sich das Reich im Vertrauen auf seine „schlummernde Wehr" auch weiterhin eine Politik leisten könne, die bisher immer noch zu diplomatischen Mißerfolgen geführt hat.

Die Abtretung Adrianopels sichert den Frieden für die Gegenwart, aber die armenischen Drohungen Rußlands werfen düstere Schatten in die Zukunft. Wie lange wird die asiatische Türkei leben, wie und von wem wird sie leben? Schon liefern die Finanznöte der türkischen Regierung den Kapitalmächten den Gegenstand neuer Rivalitäten.

•

Friedensfreude in Konstantinopel.

Konstantinopel, 22. Januar. Die Nachricht vom Beschlusse des Pforterates, die abends in der Stadt bekannt wurde, machte großen Eindruck und wurde selbst vom türkischen Publikum mit Befriedigung aufgenommen.

Konstantinopel, 22. Januar. Wenn nicht ganz Unerwartetes eintritt, kann **der Friede in wenigen Tagen abgeschlossen sein.** Die Oeffentlichkeit hat sich bereits mit der Abtretung Adrianopels abgefunden, fordert aber ernste Garantien für die Zukunft, insbesondere für den ungestörten Besitz Konstantinopels, sowie finanzielle Unterstützung zur wirtschaftlichen Hebung des Landes. Möglicherweise erfolgt schon heute abend die Uebersendung der Antwort der Pforte an die Botschafter. Das Schriftstück ist vorbereitet und soll nach der Sitzung der Nationalversammlung den Botschaftern übergeben werden. Für die Oeffentlichkeit wird die Parole ausgegeben, daß nicht die militärische, sondern die finanzielle Lage die Türkei zwinge, den Rat der Mächte anzunehmen.

Die Antwortnote.

Wien, 22. Januar. Der Inhalt der Note, die die Pforte den Mächten überreichen will, wird aus diplomatischen Kreisen wie folgt skizziert: Die Note wird aus drei Punkten bestehen. Der erste Punkt betrifft Adrianopel. Die Pforte wird im Grundprinzip sich dem Rate der Mächte nähern, jedoch eine Aufklärung fordern, was unter „Wahrung der mohammedanischen Interessen", wovon in der Kollektivnote der Mächte die Rede ist, zu verstehen ist. Der zweite Punkt betrifft die Aegäischen Inseln; auch hier wird die Pforte von den Großmächten Aufklärung verlangen, nach welchem Prinzip sie die Frage zu lösen gedenken. Der dritte Punkt betrifft den finanziellen Teil. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Pforte die Erwartung ausspricht, daß die Großmächte ihr ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Wahrscheinlich wird die Türkei eine große Anleihe aufnehmen, um die geplanten Reformen in Kleinasien durchzuführen.

Die Geschäftigkeit der Jungtürken.

Konstantinopel, 22. Januar. Die Führer des jungtürkischen Komitees, die vorgestern beim Prinzen Hamlin zusammenkamen, nahmen Kenntnis von dem Bericht über die diplomatische Lage, den der frühere Minister des Auswärtigen Assim Bei, der sich in Wien aufhält, erstattet hatte. Die jungtürkischen Führer beschlossen, daß, falls die von dem Pforterat heute abzugebenden Erklärungen unzureichend sein würden, ein Senator der jungtürkischen Partei vorschlagen solle, daß die Regierung den Pforterat **noch einmal einberufe** und alle Offiziere bis zum Brigadegeneral herab, sowie alle Würdenträger und früheren Minister zuziehe, um sie einen Beschluß über Frieden oder Krieg fassen zu lassen. Halil Pascha und Mahmud Schefket Pascha haben an dem Pforterat nicht teilgenommen.

Türkische Verluste bei der letzten Seeschlacht.

Konstantinopel, 22. Januar. Der letzte Artilleriekampf zur See kostete den Türken an Toten 5 Offiziere und 60 Mann, an Verwundeten 290 Mann.

•

Zur Abgrenzung Albaniens.

Wien, 22. Januar. Mit der Aufnahme der Verhandlungen über die Abgrenzung Albaniens ist die **Botschafter-Reunion** heute in ein kritisches Stadium eingetreten. Der Verzicht der Türkei auf Adrianopel und die **Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien** lagen auf der Linie der gemeinsamen Interessen der Großmächte und so rechnet man in der Diplomatie bei großem Spielraum, dem man dem Zufall und unvorhergesehenen Ereignissen gibt, noch mit einer befriedigenden Lösung, die auch gar nicht lange auf sich warten lassen wird. In der Frage der Begrenzung Albaniens aber treten sich zum ersten Male beide Mächtegruppen mit verschiedenen Interessen gegenüber. Jedenfalls bemühen sich Serbien und Montenegro, ebenso die inspirierte russische Presse, auf die Tripelentente stark zu drücken mit der Drohung, daß bei weiterem Nachgeben die Tripelentente ihr ganzes Prestige bei den Serben verlieren könne und damit der ganze Balkanbund, in dem nur die Serben entschieden dreibundfreundlich seien, für die Entente verloren gehen werde. Das ist ein Argument, dem man die Wirkung nicht absprechen kann, und so macht man sich an hohen diplomatischen Stellen noch auf recht bewegte Tage gefaßt.

Deutsches Reich.

Der Sünder Delbrück.

Auf Herrn Delbrück sind die Konservativen bekanntlich schon wegen seiner Haltung zu ihrem Streikpostenantrag sehr schlecht zu sprechen. Durch seine Stellungnahme zur Frage der Wohnungsgesetzgebung hat er es mit den konservativen Herrschaften offenbar noch mehr verdorben. Delbrück hat ja versucht, auf Preußen einen gewissen Druck auszuüben, um die Einbringung eines preußischen Wohnungsgesetzes hinzuzu-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

stellen. Das ist natürlich in den Augen der Junker ein kolossales Verbrechen. Darüber, was in Preußen zu geschehen hat, wollen sie, die preußischen Junker, allein entscheiden und kein deutscher Staatssekretär soll das Recht haben, da hineinzureden. Die Kreuzzeitung gibt ihrer Unzufriedenheit mit Herrn Delbrück deutlich Ausdruck, indem sie schreibt:

Man wird zugeben müssen, daß nicht nur dieses neue Entgegenkommen des Staatssekretärs gegen die roten Hundertzehn, sondern die sehr eigenartige Drohung speziell gegen Preußen ungemein befremdlich ist. Daß Dr. Delbrück damit etwa den rosaroten Ansturm auf die preußische Monarchie hätte unterstützen wollen, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Aber eine starke Antipathie gegen die preußische Regierung, insbesondere gegen den Minister des Innern v. Dallwitz, wird wenigstens von der rosaroten Presse aus der Drohung des Staatssekretärs herausgelesen. Und der üble Eindruck, den das macht, wird schwerlich beseitigt werden können.

Der Herr v. Dallwitz ist der Vertrauensmann der Junker. Selbstverständlich ist es da die Pflicht eines deutschen Staatssekretärs, sich als Untergebenen dieses Herrn zu fühlen. Wagt er gegenüber einem solchen Manne eine eigene Meinung zu vertreten, so ist das ein schweres Verbrechen gegen die Majestät des preußischen Junkertums.

Herr Delbrück wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß ihm bei der ersten besten Gelegenheit von den unzufriedenen Junkern ein Bein gestellt wird.

Eine Niederlage der Scharfmacher.

Im vorigen Jahre haben die Konservativen bei der namentlichen Abstimmung über ihre Resolution zugunsten eines vermehrten Arbeitswilligenschutzes 68 Stimmen gesammelt. Den neuen Vorstoß, den sie in diesem Jahre vorgenommen haben, indem sie das gesetzliche Verbot des Streikpostenstehens verlangten, begründete neulich Herr Dr. Oertel mit der Reduzierung ihrer vorjährigen Forderung. Das hat ihnen aber nicht mehr offene Freunde geworben. Vielmehr haben bei der namentlichen Abstimmung, die am Mittwoch über diese Resolution stattgefunden hat, **nur 53 den scharfmacherischen Antrag mit ihrem Namen gedeckt. 282 lehnten ihn ab, bei 5 Stimmenthaltungen.**

Diese Kundgebung des Reichstags wird man gewiß nicht überschätzen dürfen. Es ist gar keine Frage, daß auch in dieser großen Mehrheit mehr als ein Gegner der Arbeiterbewegung sieht. Es ist aber ein Beweis für die Kraft des sozialpolitischen Gedankens und für den Einfluß der Arbeiterbewegung, daß nur eine ganz kleine Minderheit es wagen kann, die scharfmacherischen Gelüste öffentlich zu bekennen. Die anderen trauen sich nicht, namentlich in diesem Reichstag der 110 Sozialdemokraten.

Die Sitzung fand einen Schluß, der dieser Abstimmung durchaus entsprach. Nach Bemerkungen von Genossen Molkenbuhr und vom Fortschrittler Gothein lehnte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr Dr. Delbrück, selbst die reaktionären Anregungen in aller Form ab, die vor einiger Zeit der Berliner Nationalökonom Professor Ludewig Bernard in einer viel genannten Broschüre über die „unerwünschten Folgen der Sozialpolitik" gegeben hat.

Die erste Stunde der Sitzung verging mit zahlreichen Abstimmungen. Eine große Zahl Resolutionen wurde erledigt, wobei trotz dem deutlichen Widerwillen, namentlich des Zentrums, für sozialdemokratische Anträge zu stimmen, einige von uns eingebrachte Vorschläge eine Mehrheit fanden. Ein heiteres Intermezzo schuf der „Hammelsprung" gelegentlich einer polnischen Resolution, die Versuche mit „künstlicher Bewässerung" begünstigt haben wollte. Zuerst mußte Herr v. Kröcher, der einen sanften Schlaf genoß, durch das Gelächter der Tribünen aus seinen Träumen und aus dem Saal gejagt werden. Er beeilte sich, als erster wieder hereinzukommen, um seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. Ebenso lustig wirkte es, als in der Reihenfolge der „Ja-Sager" Genosse Bebel und Herr Dr. Oertel hintereinander den Saal betraten.

Eine längere Debatte entwickelte sich über die Kritik, die Genosse Schulz in einer gut dokumentierten und sehr wirksamen Rede an der politischen Agitation geübt hatte, wie sie die Zentralstelle für Volkswohlfahrt betreibt. Der Nationalliberale Prinz Schönaich-Carolath, die Zentrumsredner Dr. Pieper und Dr. Bell, der fortschrittliche Lehrer Bruckhoff vereinigten sich in einer feierlichen Anpreisung dieser angeblich unpolitischen Institution, die der Unterstaatssekretär Richter am besten kennzeichnete, als er zu ihrem Lobe anführte, daß in ihr Männer aller bürgerlichen Parteien tätig sind. Von unserer Seite replizierte mit guten Argumenten Genosse Davidsohn, während Genosse Peus zugunsten des Vereins für soziale innere Kolonisation einige Worte sagte.

Den Schluß der Debatte bildete die schon erwähnte Besprechung der Reichsversicherungsordnung, bei der Genosse Molkenbuhr die Richtigkeit unserer als phantastisch abgelehnten Anträge an den inzwischen erfolgten Tatsachen nachwies. Der Staatssekretär sagte im Verlauf dieser Erörterung eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der deutschen Sozialpolitik zu.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Lippe.

Die Landtagswahlen im Fürstentum Lippe haben der Sozialdemokratie einen außergewöhnlichen Erfolg gebracht, der sich nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen in dieser Höhe gar nicht erwarten ließ, zumal da sich namentlich der Liberalismus einbildete, mit seiner angeblichen „praktischen Arbeit" im lippischen Landtage das Nonplusultra der parlamentarischen Möglichkeiten erreicht zu haben. Die Wähler der 3. Abteilung — und das ist eben die große Masse der Wahlberechtigten — haben den bürgerlichen Parteien eine Absage gegeben. Wenn sie für den Liberalismus noch nicht so niederschmetternd geworden ist, wie er sie verdient hat, so liegt das daran, daß er eben in weiten Kreisen der spezifisch lippischen Arbeiterschaft — Wanderarbeiter — bisher einen stärkeren Rückhalt hatte. Im ganzen sind abgegeben worden:

für die Sozialdemokratie	7200 Stimmen	(5715)
„ „ Liberalen	8100 „	(7686)
„ „ Konservativen und „Parteilosen"	2600 „	(2608).

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die vorige Landtagswahl, die vor vier Jahren gewesen ist. Im einzelnen haben wir den bisher vertretenen Kreis glatt behauptet, und zwar diesmal gleich im ersten Wahlgange mit 300 Stimmen Mehrheit. In vier Kreisen stehen wir in Stichwahl, und nach dem Stande der Dinge läßt sich annehmen, daß wir mindestens in einigen von ihnen siegen werden. Der sozialdemokratische Stimmenzuwachs beschränkt sich im übrigen nicht etwa auf einzelne Teile des Landes, sondern es sind daran alle Kreise beteiligt, und der Zuwachs ist natürlich am größten in den Arbeiterbezirken.

Der Wahlkampf ist zuletzt von den Liberalen in einer Weise geführt worden, daß sie sich von den Reichsverbändlern kaum noch unterschieden. All die Mätchen und Witzchen, die die Reichsverbändler bei den letzten Reichstagswahlen an den Wähler zu bringen suchten, wurden von den Liberalen in Lippe nicht verschmäht. Die Sozialdemokratie wurde dadurch zum Teil von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Kritik der liberalen „praktischen Arbeit", etwas abgedrängt, aber, wie das Wahlergebnis beweist, sie hat in glänzender Weise im Angriff sowohl wie in der Verteidigung ihren Mann gestanden.

Die Wahl in der 2. Wählerklasse ergab als Resultat fünf Konservative und zwei Liberale. Der Führer der Liberalen, Dr. Neumann-Hofer, ist einem Konservativen unterlegen.

In der 1. Wählerklasse wurden am Mittwoch fünf Konservative und zwei Nationalliberale gewählt. Die Konservativen haben ihren Besitzstand gewahrt. Dem Landtage gehören an: 10 Konservative, 4 Fortschrittler, 2 Nationalliberale, 1 Sozialdemokrat. Vier Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Fortschrittlern stehen noch aus. — Der verflossene Landtag bestand aus 10 Konservativen, 8 Fortschrittlern, 2 Nationalliberalen und 1 Sozialdemokraten.

Keine weiteren Regierungsmaßnahmen gegen die Teuerung.

Das preußische Dreiklassenhaus setzte am Mittwoch die allgemeine Besprechung über den Landwirtschaftsetat fort. Die Debatte beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Fleischteuerung, und dabei zeigte sich, daß mit den Konservativen, dem Zentrum und den Freikonservativen auch die Nationalliberalen an dem Hochschutzzoll und an einer absoluten Absperrung der Fleischeinfuhr aus dem Auslande unbedingt festhalten. So erklärte der nationalliberale Abg. Heine, daß von einer **Minderung oder gar Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes für seine Partei gar keine Rede sein könne.** — Der Landwirtschaftsminister, der nach dem fortschrittlichen Abg. Dr. Pachnicke das Wort ergriff, lehnte die vom Vorredner verlangte Aufhebung der Futtermittelzölle rundweg ab und er erklärte sich auch absolut gegen eine Herabsetzung der Zölle. Weiter erklärte der Minister, daß er das allgemeine und das landwirtschaftliche Wohl in dem „Festhalten an unserer bewährten Wirtschaftspolitik" gesichert sähe.

Unser Genosse Leinert, der dann zum Worte kam, gestaltete seine zweistündige Rede zu einer umfassenden Kritik des Vorgehens der Regierung in der Fleischteuerungsfrage. Er kritisierte dann aufs gründlichste das System der Vorherrschaft des Großgrundbesitzes.

Forderungen der Berliner Lehrer an die preußischen Landtagskandidaten.

Die Vereinigung für Schulpolitik in Berlin beschloß, an die Landtagskandidaten folgende Forderungen zu stellen:

1. Bekämpfung aller Bestrebungen, die den staatlichen Charakter der Volksschule in Frage stellen können.
2. Durchführung der allgemeinen Volksschule. Weder der Staat noch die Gemeinden dürfen neue Volksschulen errichten.
3. Besetzung der hauptamtlichen Kreisschulinspektion mit im Volksschuldienst bewährten Lehrern.
4. Reform des Disziplinargesetzes von 1852 nach modernen Grundsätzen.
5. Gewährung des passiven, kommunalen Wahlrechts an alle Volksschullehrer.
6. Die Volksschullehrer sollen ihre Allgemeinbildung an einer höheren Lehranstalt, ihre Fachbildung auf der Universität erhalten.
7. Gleichstellung der Volksschullehrer mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung. Zunächst außerhalb des Rahmens einer allgemeinen Besoldungsregelung. Gleichstellung aller Volksschullehrer in der Höhe des nach dem Besoldungsgesetz von 1909 zulässigen Höchstgehalts.
8. Unterstützung aller gesetzgeberischen Maßnahmen, durch die die Mißstände im großstädtischen Wohnungswesen beseitigt werden.
9. Das Auswärtswohnen ist innerhalb der Grenzen des Vorortsverkehrs ausnahmslos gestattet.
10. Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und der öffentlichen Stimmabgabe bei Landtags- und Gemeindewahlen.

Oldenburg und die Besitzsteuer.

Der oldenburgische Finanzminister Ruhstrat hat sich gegenüber einem Mitarbeiter der Täglichen Rundschau in folgender Weise über die Besitzsteuerfrage geäußert:

Die oldenburgische Regierung vertritt den Standpunkt, daß die direkten Steuern den Bundesstaaten verbleiben müssen. Unser Standpunkt ist der, daß das Reich bestehende indirekte Steuerquellen weiter ausbauen soll, und demgemäß sind wir für eine weitere Ausgestaltung der Erbschaftssteuer (Erbanfallsteuer oder Erbzuwachssteuer) eingetreten. Wir verkennen nicht die Bedenken, die, angesichts der parlamentarischen Verhältnisse und der ablehnenden Haltung eines großen Teiles der bürgerlichen Parteien, gegen den weiteren Ausbau der Erbschaftssteuer sprechen. Trotzdem haben wir einer Vermögenszuwachssteuer nicht zustimmen können, behalten uns allerdings unsere endgültige Stellungnahme noch vor, bis wir den Entwurf des Reichsschatzamtes kennen. Für uns, und wahrscheinlich auch für andere Bundesstaaten, wird die Entscheidung davon abhängen, ob sich nicht die Notwendigkeit ergibt, dem Reich zu nationalen Zwecken, bezw. zur weiteren Ausgestaltung unserer Wehrmacht, neue Einnahmequellen zu erschließen, und in diesem Falle müßte jedes Bedenken hinter die Sicherheit des gemeinsamen Vaterlandes zurücktreten.

Also die oldenburgische Regierung ist prinzipiell gegen eine Vermögenszuwachssteuer, aber sie behält es sich vor, sich vom Reichskanzler anweisen zu lassen und event. umzufallen.

Umgehung des Reichstags? Genosse Hoch hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: „Ist die Behauptung richtig, das Kolonialamt habe — im Widerspruch mit der im vorigen Jahre abgegebenen Zusage des Herrn Staatssekretärs des Kolonialamts — seine Zustimmung dazu gegeben, daß die Diamantenregie einen neuen Vertrag über die Abgabe der Diamanten aus Südwestafrika abschließt, bevor der Reichstag zu den Bedingungen des Vertrags Stellung nehmen konnte?"

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die sozialdemokratische Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Mittwoch die Abgeordneten Wendel und Ledebour für die von den Polen angekündigte Interpellation wegen der Anwendung des Enteignungsgesetzes.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Vor dem ungarischen Generalstreik.

Budapest, 22. Januar.

Die Gewerkschaften halten im Laufe dieser Woche Separatversammlungen ab, in welchen der Arbeiterschaft der Generalstreik-Beschluß bekanntgegeben und zur Abstimmung und zur Anschaffung von Sparmarken aufgefordert werden soll. Auch die bürgerliche Gesellschaft beginnt aktiv Stellung zu nehmen. Die Gewerbekorporation der Fleischhauer und Wurstlergesellschaft hat beschlossen, bei Beginn des Generalstreiks sämtliche Kaufläden zu sperren. Die Fabrikantenliga protestiert gegen den Wahlrechtsentwurf der Regierung. Die Landesadvokatenkammer hat den Entwurf eines Memorandums an die Regierung eingereicht. Die Budapester Kaufleute beschlossen, an den Tagen des Streiks die Geschäfte zu sperren. Die Kleingewerbetreibenden haben beschlossen, am Streik aktiv teilzunehmen. Auch aus den Provinzen kommen ähnliche Nachrichten. In der Stadt Fünfkirchen hat sich ein Hunderter-Komitee aus Bürgern gebildet, das in den Tagen des Streiks die dortige notleidende Arbeiterschaft mit Lebensmitteln versehen will. Gestern abend hielt die Regierungspartei eine große Versammlung ab. Ministerpräsident Lukacs hielt eine große Rede, in welcher er speziell an die Sozialdemokratie die schärfsten Drohungen richtete: „In der inneren Politik mache sich ein neuer Terror geltend; es seien Elemente an der Arbeit, die auf die große Volksmasse eine starke Macht ausüben und sie zu einem politischen Streik bringen wollen. Er erkläre schon heute, daß er die ganze Macht und Kraft des Staates diesen Elementen gegenüberstellen und dafür Sorge tragen werde, daß die Arbeitswilligen sowie das Leben und Vermögen der Bürger in Sicherheit seien. Er mache diese Elemente darauf aufmerksam, daß sie die Verantwortung für alles zu tragen hätten und daß er die Schuldigen zu treffen wissen werde."

Heute wird der Reichstag eröffnet. Ein Polizeikordon steht wie früher um das Gebäude und die Opposition ist wieder ausgesperrt. Es findet heute nur eine formelle Sitzung statt, am Freitag soll wieder eine Sitzung sein, in welcher das Komitee für die Vorberatung der Wahlrechtsvorlage gewählt werden soll. Dann wird der Reichstag bis Ende Februar vertagt.

Die Sozialdemokratie hat dieser Tage eine Flugschrift für den allgemeinen Streik in einer Auflage von einer halben Million herausgegeben. Auch werden kleine Flugschriften verbreitet, in denen dem Volke das neue Wahlrecht richtig dargestellt wird. Der Ministerpräsident hat als Minister des Innern an sämtliche Behörden des Landes eine Verordnung erlassen, laut welcher die Kolportage, d. h. der Einzelverkauf der Nepszawa, im ganzen Lande verboten wird. Diese Verordnung befindet sich jetzt in den Händen der Provinzstadthauptleute und der Stuhlrichter, die die Verbreitung der Nepszawa unmöglich machen sollen. Auf den Eisenbahnstationen warten die Polizisten, und wenn der Kolporteur das Paket sozialdemokratische Zeitungen erhält, nehmen sie es ihm einfach weg.

Angriffe gegen den Chef des ungarischen Pressamts.

Budapest, 22. Januar. Schwere Angriffe gegen den Chef des ungarischen Pressamts im Ministerpräsidium zu Budapest, Barat, werden von den oppositionellen Blättern Pesti Naplo und Pesti Hirlap veröffentlicht. Sie bringen heute morgen dokumentarisch belegtes Material, aus dem hervorgeht, daß der Chef des Pressedepartements Barat von dem verhafteten Bauschwindler Pallos, über dessen Affäre schon berichtet wurde, Gelder angenommen habe. Der Pressechef hatte gestern erklärt, daß er mit den Machenschaften des Pallos nichts zu tun habe. Heute publizieren aber die Blätter eine neue Erklärung, die zwar sehr entschieden lautet, in der es aber heißt, daß der Pressedezernent Klage gegen die betreffenden Blätter anstrengen werde.

Italien.

Eine Orgie des Hurrapatriotismus.

ld. Rom, 22. Januar.

Am 19. Januar hat in Rom ein großes patriotisches Rahenschießen stattgefunden: Ehrung der Fahnen, die sich in Libyen mit Ehren und . . . Blut bedeckt haben, Verteilung von Medaillen und solcher schöner Dinge mehr. Seit Wochen sind die bürgerlichen Blätter voll von der Geschichte: die Sache sollte so etwas von altrömischer Großartigkeit haben und dafür entschädigen, daß die Kriegstaten selbst so gar nicht altrömisch ausgefallen waren. Es ist denn auch alles programmäßig verlaufen. Die Straßen waren mit Manifesten der verschiedenen Parteien buchstäblich tapeziert. Gefehlt hat nur das der Sozialistischen Partei, und dieses war verboten worden. Es hätte sich allerdings auch etwas merkwürdig neben den anderen ausgenommen. In ihm war nämlich das libysche Unternehmen mit scharfen Worten gebrandmarkt worden, als ruchlose Vergeudung von Leben, Gesundheit und Besitz des Volkes, als Quelle der Verrohung und Vorspiel neuen imperialistischen Wahnsinns. Die Arbeiter wurden aufgefordert, der Feierlichkeit fernzubleiben, sich nicht von dem Schauspiel des offiziellen Patriotismus betören zu lassen, sondern eingedenk zu bleiben, daß die Interessen, denen der Krieg diente, nicht ihre Interessen, die Ideale, die er verherrlichte, nicht ihre Ideale sind. Das Manifest erinnert dann an die Gewalttaten des Militarismus in Italien selbst, an das Blutbad von Roccagorga und schließt mit den Worten: Nieder der Krieg! Es lebe die sozialistische Internationale!

Rußland.

Der Jahrestag der Revolution.

Petersburg, 22. Januar. Der Jahrestag der Arbeiterdemonstration von 1905 wurde heute von einem Teil der Petersburger Arbeiter durch Arbeitseinstellungen begangen; von 300 000 Arbeitern feierten etwa 50 000. Versuche, revolutionäre Lieder anzustimmen, wurden durch die Polizei unterdrückt. Straßendemonstrationen fanden nicht statt.

Englands Politik in Persien.

Von unserem Korrespondenten.

lk. London, 21. Januar.

Die Erdrosselung Persiens ist keine so einfache Arbeit, wie sich die englischen und russischen Staatsmänner, die sich vor einigen Jahren an diese edle Aufgabe machten, vorgestellt hatten. Schon seit mindestens drei Jahren ist dieser uralte Kulturstaat dem Tode geweiht, und obschon er längst nicht mehr leben kann, so kann er dank eigenartiger internationaler Umstände auch nicht sterben. Wiederholt sind in den letzten Jahren von Rußland und England Vorstöße unternommen worden, die eine „endgültige Regelung" der politischen Verhältnisse des Landes durchzuführen schienen, aber jedesmal hielt etwas die beiden Mächte vor dem letzten entscheidenden und unwiderruflichen Schritt zurück.

Es wird immer klarer, daß das Schicksal Persiens der englischen Regierung wachsende Sorge bereitet. Es ist kaum zweifelhaft, daß Sir Edward Grey ursprünglich auf die formelle Aufteilung des Landes zwischen Rußland und England hinarbeitete. Allein diese Politik stieß auf wachsenden Widerstand bei einer einflußreichen Schule des englischen Imperialismus, die unter der Führung des früheren Vizekönigs von Indien, Lord Curzon, steht. Sie wandten sich gegen eine Politik, die alle hergebrachten Grundsätze von der Verteidigung Indiens über den Haufen warf. Diese Politik hat zwei Hauptgrundsätze. Erstens sollten die Grenzen des britisch-indischen Reiches, so weit hinausgeschoben werden, bis es entweder durch hohe Gebirge oder durch schwer passierbare Wüsten und Steppen natürliche Verteidigungsmittel gegen einen Angriff von außen fand. Und zweitens sollte darüber hinaus ein System von ungefährlichen, aber unabhängigen Staaten als Pufferstaaten aufrechterhalten werden.

Das englisch-russische Abkommen, das den Zarismus von Deutschland isolieren sollte, hat diese hergebrachte Politik zum Teil schon zerstört. Die „englische Interessensphäre", der an Afghanistan und Belutschistan grenzende südöstliche Teil Persiens, hat das indische Reich seiner natürlichen Verteidi-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

gung schon in beträchtlichem Maße beraubt, und die „neutrale Zone", die dieses Gebiet von der „russischen Interessensphäre" trennt, ist ein verhältnismäßig dünner Streifen Landes. Immerhin hat sich die englische Regierung unter dem Einfluß der Agitation Curzons bisher nicht dazu entschließen können, zu einer Verständigung mit Rußland über die „neutrale Zone" zu kommen, vor allem, weil eine solche Verständigung eine etliche tausend Kilometer lange Landgrenze zwischen dem indischen und dem russischen Reiche schaffen würde. Eine Nachbarschaft, die England trotz Entente und Bündnissen als etwas unheimlich empfindet.

Unter diesen Umständen war die englische Politik in Persien in den letzten Jahren durch fortwährende Wankungen und Schwankungen charakterisiert. Allein die Tatsachen haben ihre eigene Logik, und nachdem die englische Regierung sich einmal in ein Abkommen mit Rußland eingelassen hatte, blieb sie nicht mehr absolute Herrin der Situation. Rußland begnügte sich nicht damit, daß ihm der weitaus größte und ökonomisch wichtigste Teil des Landes einschließlich der Hauptstadt Teheran als „Interessensphäre" ausgeliefert wurde. Während die englische Regierung im Süden zögerte und schwankte, war Rußland im Norden nicht müßig. Die Regeneration Persiens durch die hoffnungsvolle konstitutionelle Bewegung wurde unter Beihilfe Englands im Keime erstickt, das Parlament auseinandergetrieben und reaktionäre Umtriebe angezettelt. Das Land wurde systematisch dem Bankrott entgegengetrieben, die Tätigkeit und die Autorität der Regierung lahmgelegt, das Treiben der Räuberstämme auf den Handelsstraßen namentlich der „neutralen Zone" ermutigt. So verfiel das Land immer mehr der Anarchie.

Das Merkwürdigste aber ist, daß gerade die sogenannte „neutrale Zone", von der das englisch-russische Abkommen schweigt, für England das bei weitem wichtigste Gebiet ist. Sie umfaßt nicht nur die ganze Küste des Persischen Meerbusens, sondern auch alle Straßen, die von dort, also auch von Indien nach den bevölkerten Gebieten Nordpersiens führen, insbesondere die Straße von Buschir nach Ispahan und von Mohammera nach Hamadan. Der Handel, der diese Straßen benutzt, ist fast ausschließlich in englischen Händen, ferner steckt auch viel englisches Kapital in den Oelfeldern dieser Gebiete. Es ist deshalb begreiflich, daß das Wehklagen über die „Anarchie" in diesen Gebieten in der englischen Presse kein Ende nimmt. Nun ist auch noch ein englischer Offizier, der Hauptmann Eckfort, auf der Straße bei Schiras von Briganten ermordet worden. Es ist begreiflich, daß auf die englische Regierung von allen interessierten Seiten ein Druck ausgeübt wird, endlich einmal „energisch" einzuschreiten. Die englischen Imperialisten geben vor, zu fürchten, daß Rußland sich auch der neutralen südlichen Zone, also des Persischen Meerbusens, bemächtigen könnte, eine Möglichkeit, deren Verhinderung das Hauptstreben der englischen Politik in Südasien seit mehr als einem Jahrhundert war! Ein schöner Erfolg der Politik des Sir Edward Grey! Um dieser Gefahr zu entgehen, mußte England sich beeilen und die Situation in Südpersien „regulieren". Das würde aber nicht nur die gefürchtete Zweiteilung Persiens vollenden, sondern Rußland wird, trotz aller alten englischen Ansprüche in diesen Gebieten, sich schwerlich ohne „Kompensationen" in eine solche „Regelung" finden.

Die einzige Alternative der englischen Politik wäre ein ehrliches Streben, das mißhandelte Persien wieder auf die Beine zu bringen. Gerade jetzt böte sich eine Gelegenheit dazu, einen Anfang in dieser Richtung zu machen, da die persische Regierung eine Anleihe verlangt, die ausschließlich dazu verwendet werden soll, unter Leitung eines Ausländers die Ordnung im Lande wieder herzustellen. Freilich, um die russischen Kosaken aus dem Lande zu bringen, gehören noch ganz andere Maßregeln dazu. Diesmal waren die englischen „Paßlisten", die seit Jahren in der eindringlichsten Weise die Rettung des unabhängigen Persiens forderten, die besten Imperialisten. Durch den englisch-deutschen Gegensatz für alle Erwägungen blind gemacht, hat sich die englische Regierung in Persien in einen Sumpf locken lassen, aus dem sie nicht so leicht wieder herauskommen wird. Es ist gewiß, daß ein neuer Abschnitt der schärfsten englisch-russischen Rivalität in Asien begonnen hat, dessen Ende nicht abzusehen ist. Die einzige Hoffnung ist die, daß diese Ereignisse vielleicht geeignet sind, auf das europäische Problem günstig zurückzuwirken.

Parlamentarische Kommissionen.

Wohnungsgesetzgebung. — Verschärfung der Strafen für Spionage.

Die Debatte über das Wohnungswesen und die Aufgaben, die das Reich bei einer Wohnungsreform zu erfüllen hat, wurde in der Mittwochssitzung der Budgetkommission des Reichstags fortgesetzt. Vom Abg. Jaeger lag folgende Resolution vor: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage bei Beginn seiner nächsten Tagung im Herbst 1913 eine Vorlage zu machen, nach der das Reich unter gewissen Bedingungen die Bürgschaft übernehmen wird für die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Baugesellschaften in dem Bereiche von 50 bis 90 Prozent des Gesamtwertes von Boden und Bauwerk."

Die Konservativen beantragten hierzu, daß das Reich nur Bürgschaften für Wohnungsbauten übernehmen soll, die für Reichsbeamte und Arbeiter in Reichsbetrieben errichtet werden. Abg. Jaeger betonte, daß das Vorgehen der Budgetkommission in diesen Tagen doch dazu geführt habe, die Reichsregierung für die Wohnungsfrage etwas in Bewegung zu bringen. Da die Einzelstaaten bisher nicht gewillt waren, auf dem Gebiete des Wohnungswesens ernstlich etwas zu tun, muß nun das Reich eingreifen. — Genosse Göhre betonte, daß die gestrigen Erklärungen des Staatssekretärs eine Fülle von Hoffnungen, die draußen im Lande gehegt worden sind, zerstört haben. Daß das Reich kein Wohnungsaufsichtsgesetz schaffen will, daran ist wieder der Widerspruch Preußens schuld. Die Reichsregierung scheint bei den Auseinandersetzungen mit den Bundesstaaten nicht in wünschenswertem Maße nackenstreif gewesen zu sein. Die Regelung der Kreditgewährung dürfe nicht nur so erfolgen, daß sie nur den Baugenossenschaften für die Beamten des Reichs zugute komme. — Staatssekretär Delbrück erläuterte seine Ausführungen vom Dienstag, da sie offenbar teilweise mißverstanden worden sind. Die Wohnungsreform zu betreiben sei in erster Linie Sache der Einzelstaaten und der Kommunen. Nur dann, wenn die Einzelstaaten vollständig versagen sollten, müsse das Reich eintreten. Gegen ein Reichs-Wohnungsgesetz erheben alle größeren Staaten entschiedenen Widerspruch, speziell Preußen, das nunmehr selbständig vorgehen wolle, worauf die anderen Staaten sicherlich folgen werden. Seine (des Staatssekretärs) grundsätzliche Auffassung sei, daß die Wohnungsfürsorge den Einzelstaaten überlassen bleiben müsse, das Reich soll sich neben dem Bau von Wohnungen für seine Beamten und Angestellten auf die Beschaffung von finanziellen Unterlagen für Gemeinden beschränken, die Wohnungsreform betreiben. Auf dem Gebiete der Kreditgewährung, des Erbbaurechts und des Hypothekenrechts könne das Reich Wertvolles schaffen. — Abg. Graf Westarp wendete sich entschieden gegen eine Wohnungsreform auf reichsgesetzlichem Wege. — Genosse Südekum führte aus, daß es sehr wohl möglich sei, ein Wohnungsgesetz durch das Reich zu erlassen. Weiter müsse das Reich auch statistisch die Wohnungszustände zu erfassen trachten. Es würde dann auch der glatte Beweis geliefert werden, daß nicht nur in den großen Städten, sondern auch in den kleinen Gemeinden eine scharfe Wohnungsmisere herrscht. — Staatssekretär Delbrück entgegnete auf die Zweifel, die gegen seine gestrige Erklärung geäußert worden sind, daß er im Falle des Versagens Preußens die Reichsgesetzgebung in Anspruch nehmen werde; eventuell müßte ein anderer Staatssekretär das Versagen des Reiches vor dem Reichstag vertreten.

Die Resolution Jaeger fand einstimmige Annahme, ebenso ein Antrag Mumm die Summe von 4 Millionen für den Bau von Kleinwohnungen angemessen zu erhöhen. Der konservative Antrag wurde abgelehnt.

Im Etat der Reichsjustizverwaltung wird ein Reichsanwalt mehr gefordert weil auch die Zahl der Spionageprozesse gestiegen ist. Abg. Gröber fragte an, wann dem Reichstage eine Reform des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung nebst Aenderung des Strafgesetzbuches vorgelegt wird. Staatssekretär Lisco antwortete, erst dem nächsten Reichstage werden solche Vorlagen zugehen, weil vorher die Vorarbeiten nicht zu erledigen sind. Abg. Schiffer regte eine Verschärfung der Strafbestimmungen für Spionagevergehen an, trotzdem das Reichsgericht schon hohe Strafen auswerfe. Staatssekretär Lisco erklärte, angeregt durch die Militärverwaltung erwäge die Regierung eine Verschärfung der Strafbestimmungen, eventuell werde ein neues Spionagegesetz vorgelegt werden. Abg. Schiffer trat ferner auch für die Verschärfung der Strafbestimmungen bei Roheitsvergehen ein. Der neu geforderte Reichsanwalt wurde gegen die Stimmen des Zentrums bewilligt, das eine Bosheitspolitik gegen das Reichsjustizamt treiben wollte wegen des Gutachtens über die Jesuitenfrage. Die Gröber und Erzberger waren recht unangenehm überrascht, daß ihre Bosheitspolitik ohne Erfolg blieb.

Die Konkurrenzklausel.

In der ersten Sitzung wurden zunächst allerlei Wünsche geäußert auf umfangreiche Materialbeschaffung. Abgeordneter Trimborn hält namentlich Material nach der Richtung hin für nötig, was von den Prinzipalen zugunsten der Konkurrenzklausel geltend zu machen sei. Die Vertreter der Regierung sagten zu, der Kommission einen Auszug aus der Rundfrage bei den Handelskammern, Kaufmannsgerichten usw. im Jahre 1910 über die Aenderung der Konkurrenzklauselbestimmungen vertraulich zur Kenntnis zu bringen und auch Material über den Stand der internationalen Gesetzgebung beizubringen.

Abg. Frommer (kons.) hält dieses Material um so mehr für ausreichend, als in der Denkschrift des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen über die Konkurrenzklausel der Kommission eine durchaus gute Uebersicht über die einschlägigen Fragen an die Hand gegeben ist.

Ueber die Fragen: Verbot der Konkurrenzklausel und Ausdehnung der Gesetzesvorlage auf alle Angestellten und Arbeiter, setzte eine Generaldebatte ein. Hierfür lag folgender Antrag der Sozialdemokraten vor: „Den § 74 H.-G.-B. wie folgt zu fassen:

„Eine Vereinbarung ist nichtig, durch welche Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte des Handelsgewerbes für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in ihrer gewerblichen Tätigkeit beschränkt werden.

Unternehmer, die untereinander eine solche Beschränkung von Dienstverpflichtigten vereinbaren, werden mit Geldstrafe nicht unter 1000 Mark, im Wiederholungsfalle außerdem mit Haft bestraft. Die Verurteilung ist zu veröffentlichen."

Genosse Quarck begründete den Antrag. Hiergegen wandte sich ein Regierungsvertreter; eine solche Regelung sei ausgeschlossen. Die Regierung halte die Konkurrenzklausel zur Abwehr eines unlauteren Wettbewerbes für berechtigt; nur hierfür solle sie auch erlaubt sein. Der Prinzipal müsse sich davor schützen können, daß ihm z. B. ein Reisender sortengagiert werde, um damit Kunden abzujagen.

Thoma (natl.) hielt schon nach dieser Erklärung des Regierungsvertreters die Verbotsforderung für erledigt und wandte sich gegen die Quarcksche Auslegung der Gewerbefreiheit. Genosse Weill meinte, die Kommission müsse es doch auf ein „Unannehmbar" ankommen lassen. Die Gewerbefreiheit sei ein grundlegendes Wirtschaftsprinzip des heutigen Staates, das für den Angestellten nicht zu seinen Ungunsten eingeschränkt werden könne. Waldstein (Fortschr.) bedauert, daß nicht auch gleichzeitig die technischen Angestellten berücksichtigt werden. Einem Verbot könne er nicht zustimmen.

Ein Regierungsvertreter führte aus, daß aus rein technischen Gründen die Vorlage nicht die technischen Angestellten einbeziehe; das müsse einem besonderen Gesetz vorbehalten bleiben. Für die Industrie wäre auch vielfach eine kurzfristige Konkurrenzklausel für drei Jahre nicht genügend. Genosse Giebel bezeichnet die Gründe der Regierung nicht als stichhaltig. Die besonderen Interessen der Fabrikanten an den Produktionsmethoden usw. werden genügend geschützt durch Patent und Musterschutz.

Parteiangelegenheiten.

Die Berliner Genossen zum preußischen Parteitag.

Die Berliner Genossen nahmen in einer Anzahl Parteiversammlungen Stellung zu den Beschlüssen des preußischen Parteitages, insbesondere zur preußischen Wahlrechtsfrage. In allen Versammlungen erklärten sich mit wenigen Ausnahmen die Genossen mit der dort angenommenen Resolution zur Wahlrechtsfrage einverstanden. Einige Genossen verlangten eine schärfere Stellungnahme, einige wieder traten für die Ansichten der Genossen Eisner und Bernstein ein. In einigen Versammlungen wurde bedauert, daß nicht die Annahme von Doppelmandaten strikte untersagt worden sei. Entsprechende Würdigung fand auch die Wichtigkeit der Gewinnung der Landarbeiter. Alles in allem konnte eine erfreuliche Geschlossenheit über alle Fragen konstatiert werden.

Neues aus aller Welt.

350 Menschen ertrunken.

Suakin, 22. Januar. Eine Karawane indischer Pilger wurde um Mitternacht bei Elbambra, halbwegs zwischen Medina und Hambo, durch das plötzliche Anschwellen eines Gebirgsbaches überrascht. Die ganze Karawane wurde hinweggeschwemmt. **350 Menschen** sind **ertrunken.** Die Leichen sind noch nicht geborgen. Nur 50 konnten sich retten.

Ein Dampfer gestrandet.

London, 22. Januar. Ein deutscher Dampfer namens Orion ist in der Nähe von Sunderland gestrandet. Das Schiff ist in zwei Teile gebrochen und vollkommen wrack.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte für den 24. Januar.

Nordwind; wechselnde Bewölkung; kalt; kein erheblicher Niederschlag.

Wetterlage: Das Tief, das gestern nördlich an uns vorübergezogen ist, befindet sich heute über Ostdeutschland und ist mitten im hohen Drucke eingelagert getrennt von einem zweiten Tief über dem Nordmeere. Die weitere Bewegung des erstgenannten Tiefs in östlicher Richtung ist zu erwarten. Jedenfalls gewinnt alsdann das nördliche Hoch an Ausdehnung und Einfluß. Die Schneefälle werden seltener, die Temperatur wird stark fallen, da in dem Windursprungsgebiete Temperaturen von 16—18 Grad Celsius unter Null herrschen.

Wetterbericht von der Wetterschule an der Friedrich-August-Brücke
vom 23. Januar, mittags 12 Uhr.

Barometer 758. Veränderlich.
Thermometer + 2½° R.
Thermometergraph: Min. + 3°, Maxim. + 4°.
Hygrometer 74 %.
Wasserstand — 116 Zentimeter.

Letzte lokale Nachrichten.

Als Fahrrad- und Einmieterdieb wurde der zuletzt in Kleinzschachwitz wohnhaft gewesene Monteur Richard Oskar Fischer aus Niedergordig festgenommen. Er will ein gestohlenes Deckbett am 18. d. M. in eine Hausflur der Reinhardstraße gelegt und ein Paar gestohlene Herrenschnürschuhe mit Lackspitzen bei einem Schuhmacher auf der Räßnitzgasse veräußert haben. Weiter hat er am 13. d. M. ein älteres Fahrrad mit Freilauf verkauft, das er am gleichen Tage in der Nähe der Kreuzkirche gestohlen haben will. Der Finder des Deckbettes und der Käufer der Schnürschuhe werden ersucht, zur Vermeidung von Weiterungen sich umgehend bei der Kriminalabteilung, Schießgasse 7, 1. Etage, zu melden. Der Eigentümer des gestohlenen Fahrrades wird ebenfalls aufgefordert, über den Diebstahl nähere Angaben zu machen.

Letzte Telegramme.

Zentrum und Regierung.

Berlin, 23. Januar. (Privattelegramm.) Wie die Berliner Zeit am Mittag meldet, soll die Grundlage für einen Friedensschluß zwischen Zentrum und Regierung geschaffen sein. Nach längeren Verhandlungen, die zwischen dem Zentrumsabgeordneten Fehrenbach und dem Staatssekretär Delbrück geführt wurden, sei eine Verständigung dahin erzielt worden, daß der § 3 des Jesuitengesetzes aufgehoben wird. Dieser Paragraph bestimmt, daß die zur Ausführung und Sicherstellung des Vollzuges des Gesetzes erforderlichen Anordnungen vom Bundesrate erlassen werden. Fällt diese Bestimmung, so ist es den bundesstaatlichen Regierungen überlassen, wie sie sich mit dem Jesuitengesetz einrichten wollen. Bestehen bleibt dann nur noch das in § 1 ausgesprochene Verbot von Niederlassungen der Jesuiten im Deutschen Reiche. Eine Bestätigung dieser Nachricht von anderer Seite liegt noch nicht vor.

Entlassung von Reservisten.

Budapest, 23. Januar. Der Kriegsminister hat die Entlassung eines gewissen Prozentsatzes der anläßlich der Balkanwirren einberufenen Reserven angeordnet.

Verbrannt und erstickt.

Köslin, 23. Januar. Als die Arbeiterwitwe Schmidt in Zanow heute früh zur Arbeit gegangen war, hatte sie ihre vier Kinder eingeschlossen und die brennende Lampe auf dem Tisch stehen lassen. Eines der Kinder zündete an der Lampe Papier an und riß sie dabei um. Das Petroleum ergoß sich über das Kind und den Fußboden, wodurch auch die Betten der drei anderen Kinder in Brand gerieten. Das eine Kind ist verbrannt, seine drei Geschwister im Alter von zwei bis fünf Jahren erstickten durch den entstandenen Qualm. Als Hilfe kam, war es bereits zu spät.

Explosions-Katastrophe.

Wien, 23. Januar. In dem großen Gaswerke in Schönbrunn in Schlesien fand gestern gegen 11 Uhr nachts, wie die Neue Freie Presse meldet, eine Explosion statt, die fast den ganzen Gebäudekomplex in Trümmer legte. Es sollen 40 Personen getötet oder verwundet sein. Aus bisher unbekannter Ursache explodierte in der Abteilung für Methanerzeugung ein Behälter des großen Gaserzeugungsapparates. Eine gewaltige Stichflamme traf die Basis des großen Gasometers, der in der nächsten Sekunde unter furchtbarer Detonation, die viele Kilometer weit zu hören war, in die Luft flog. Das Gebäude der Gaswerke gleicht einem Trümmerhaufen. Polizei, Gendarmerie und Militär sind bemüht, die Opfer der Katastrophe zu bergen. Bisher sollen 25 Leichen, darunter die des Betriebsleiters, geborgen sein. Alle Feuerwehren der Umgebung beteiligten sich an den Rettungsarbeiten, die infolge eines nach der Explosion ausgebrochenen Brandes ungemein schwierig sind. Eine große Menschenmenge umsteht trotz der späten Nachtstunde die in Trümmern liegende Unglücksstelle. Der Schaden wird auf 600 000 Kronen geschätzt.

Erdrückt.

Paris, 23. Januar. Ein schwerer Unglücksfall wurde gestern durch einen Automobilomnibus in der Nähe des Luxemburger Bahnhofes veranlaßt. Der Kraftwagen fuhr bei einer Biegung, als er einem Fuhrwerke ausweichen wollte, auf den Bürgersteig und erdrückte den gerade vorübergehenden 28 Jahre alten Schriftsteller Labouches; ein anderer Passant wurde schwer verletzt.

Eine freigesprochene Gattenmörderin.

Paris, 23. Januar. Die Pariser Geschworenen sprachen Frau Lamberjack, die ihren Gatten, einen der bekanntesten Automobilfabrikanten Frankreichs, während eines durch einen Scheidungsprozeß verursachten Wortwechsels in St. Germain erschossen hatte, frei.

Zerstörung einer Telegraphenstation.

Paris, 23. Januar. Wie aus Calofirumare auf Korsika gemeldet wird, drangen bisher unbekannte Täter in die an der Meeresküste gelegene Telegraphenstation des Korsika mit Sardinien und Sizilien verbindenden Kabels ein, vernichteten die Apparate und zerschnitten die Telegraphendrähte. Man glaubt, daß der Zerstörungsakt von Hirten der dortigen Gegend verübt worden sei.

Furchtbare Katastrophe auf dem Eise.

Paris, 23. Januar. In der gestrigen Abendpresse findet sich folgende Meldung: Während des russischen Epiphaniasfestes hat sich in dem Orte Orieckow ein schreckliches Unglück zugetragen. Das Fest wird gewöhnlich unter Anteilnahme der gesamten Bevölkerung auf dem Eise gefeiert. Orieckow liegt unweit Moskau im Gouvernement Wladimir in einer sumpfigen Gegend die vom Kolorow-Fluß durchzogen wird. Während eines Massentanzes auf dem Eise brach die Eisdecke plötzlich ein und über 200 Personen stürzten in die eisigen Fluten. Nur wenigen gelang es, sich aus dem eiskalten Wasser zu retten. Die Mehrzahl fand ihren Tod in den Fluten.

Eine Stadt in Flammen.

Madrid, 23. Januar. Der Gouverneur von Valencia meldete dem Ministerium des Innern, daß das Städtchen Dumas, das 5000 Einwohner beherbergt, vollständig in Flammen steht. Alle Hilfe blieb bisher erfolglos. Das historische Palais von Monadero und andere historische Gebäude liegen bereits in Asche.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kein Genosse darf fehlen! Es ist Pflicht, zu erscheinen!

Sechster Wahlkreis.

Sonntag den 26. Januar 1913

Flugblatt-Verbreitung!

Bezirk 1:	**Löbtau**	Restaur. Kämpfe, Wernerstraße	vorm. 10 Uhr
„ 2:	**Cotta**	„ Erdam, Weidentalstraße	„ 10 „
		„ zum Brauerhof, Gottfr.-Keller-Str. 21	„ 10 „
		„ zum Goldn. Hammer, Hühndorferstr. 2	„ 10 „
„ 3:	**Obergorbitz**	„ Landeskrone	„ 10 „
	Nieder Gorbitz	„ Hoffmann	„ 10 „
	Ober-Pesterwitz	„ Müllers Restaurant	„ 10 „
	Gompitz	„ Dietel	„ 10 „
„ 4:	**Potschappel**	„ Deutsches Haus	„ 10 „
„ 5:	**Plauen**	„ Kielmannsegg	„ 10 „
	Kaitz-Leubnitz	„ Mockritzhöhe	„ 10 „
„ 6:	**Striesen**	„ Deutsche Eiche, Huttenstraße 1	„ 10 „
		„ zur Sonne, Schandauer Straße	„ 10 „
	Gruna	„ Zickler, Beilstraße	„ 10 „
	Seidnitz	„ Biehler	„ 10 „
	Blasewitz	Gasthof Blasewitz	„ 10 „
„ 7:	**Coschütz**	Restaur. Coschützer Höhe	„ 10 „
	Gittersee	Gasthof	„ 10 „
	Burgk	Restaurant Bergschlößchen	„ 10 „
	Kleinnaundorf	Einerts Restaurant	„ 10 „
	Zschiedge	beim Genossen Emil Schulze	„ 10 „
„ 8:	**Deuben**	Restaur. Kunath, Inh. Schmutzler	„ 10 „
	Niederhäslich	„ Gläser	„ 10 „
	Coßmannsdorf	Zimmermanns Restaurant	„ 1/2 10 „
	Tharandt	Restaur. Schützenhaus	„ 10 „
	Höckendorf	Gasthof Höckendorf	„ 9 „
	Dorfhain	beim Genossen Jander	„ 1/2 11 „
	Somsdorf	Restaur. Wagner	„ 10 „
	Hintergersdorf	Gasthof	„ 10 „
„ 9:	**Döhlen**	Angermanns Gasthof	„ 10 „
	Ober- und Unterweißig.	Gasthof Unterweißig	„ 10 „
„ 9:	**Groß- und Kleinopitz.**	Gasthof Unterweißig	vorm. 10 Uhr
„ 10:	**Naußlitz**	Puhlmanns Restaurant, Kesselsdorfer Straße	„ 10 „
„ 11:	**Stetzsch**	Bahnschlößchen	„ 10 „
	Cossebaude	Tal-Restaurant	„ 10 „
	Kemnitz	Bad Erholung	„ 10 „
„ 12:	**Tolkewitz**	Restaurant Wilhelm	„ 10 „
	Laubegast	Goldener Anker	„ 10 „
	Dobritz	Gasthof Dobritz	„ 10 „
	Kreischa	Wuttkes Restaurant	„ 9 „
	Lockwitz	Wilhelms Restaurant	„ 10 „
	Nickern	Gasthof Nickern	„ 10 „
	Leuben	Restaurant Lindengarten	„ 10 „
	Niedersedlitz	Restaurant zur Laube	„ 10 „
	Reick-Prohlis	Wetzlichs Restaurant	„ 7 „
„ 13:	**Wilsdruff**	Restaurant zur Eintracht	„ 9 „
	Mohorn-Grund, Herzogswalde,	Kurhaus	„ 9 „
	Grumbach	Restaurant von Rode	„ 1/2 10 „
„ 14:	**Altenberg**	Schützenhaus	„ 1/2 10 „
	Schmiedeberg	Gasthof	„ 1/2 9 „
	Dönschten	Gasthof	„ 1/2 9 „
„ 15:	**Rabenau**	Restaurant Sängerheim	„ 10 „
„ 16:	**Welschhufe**	Restaurant Voigt	„ 10 „
„ 17:	**Leutewitz**	Gasthof Leutewitzer Höhe	„ 11 „
„ 18:	**Oberhermsdorf**	Gasthof	„ 10 „
	Braunsdorf	Gasthof	„ 10 „
	Kesselsdorf	Gasthof zur Krone	„ 10 „
	Wurgwitz	Wolfs Restaurant	„ 10 „
	Niederhermsdorf	Gasthof	„ 10 „
	Zauckerode	Gasthof	„ 10 „
	Saalhausen	Gasthof	„ 10 „
„ 19:	**Dippoldiswalde**	Schützenhaus	„ 9 „

Flugblattfalzen in folgenden Lokalen:

Plauen: Sonnabend abend 8 Uhr im Restaurant Kielmannsegg
Kaitz-Leubnitz: Freitag abend 9 Uhr, Mockritzer Höhe
Striesen: Freitag abend 9 Uhr in den angegebenen Lokalen
Leutewitz: Sonnabend abend 8 Uhr, Leutewitzer Höhe.
Leuben: Sonnabend abend 9 Uhr in den angegebenen Lokalen
Schmiedeberg: Freitag abend 8 Uhr in Börners Restaurant

☞ Die Genossen von **Wilsdruff** verbreiten das Flugblatt Umstände halber erst am **Sonntag den 2. Februar.**

Pflicht eines jeden Genossen ist es, sich zu dieser Flugblattverbreitung einzufinden!

Der Vorstand des 6. Wahlkreises.

Dresden-Altstadt (5. Wahlkreis).

Sonntag den 26. Januar, vormittags 11 Uhr

Flugblatt-Verbreitung

von folgenden Lokalen aus:

Restaurant Burgkeller, Jüdenhof 1
Restaurant Starke, Zöllnerstraße 35
Restaurant Adam, Kaulbachstraße 16
Restaurant Braunschweiger Hof, Freiberger Platz
Dresdner Volkshaus, Ritzenbergstraße 2
Restaurant Borrmann, Schnorrstraße 62
Restaurant Sport-Ecke, Pfotenhauerstraße 77
Restaurant Kühnel, Zwickauer Straße 31.

Freitag den 24. Januar, abends

Flugblattfalzen

in obigen Lokalen.

Wir bitten alle Partei- und Gewerkschaftsgenossen, sich zu beteiligen. **Der Vorstand.**

Konsumverein für Kötzschenbroda u. Umg.

(e. G. m. b. H.)

Donnerstag den 30. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof Zeitzer Blick, Niederlößnitz

Ausserordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:

Bericht über den Stand der Verschmelzung mit dem Konsumverein „Vorwärts" und Beschlußfassung über weitere Maßnahmen.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Vertretung durch Ehegatten nicht zulässig.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Kötzschenbroda u. Umg. (e. G. m. b. H.).
Bruno Eichhorn, Vorsitzender.

Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege.

Donnerstag den 30. Januar 1913
Kristallpalast
Schäferstrasse Nr. 45
abends 8 1/2 Uhr

Lieder zur Laute

gesungen von

Robert Kothe

Eintrittskarten zu 50 Pf. im Bureau des Gewerkschaftskartells, Ritzenbergstrasse Nr. 4; Volksbuchhandlung, Zwingerstrasse Nr. 14, und an den in der Kunstbeilage bekanntgegebenen Stellen.

Volkstüml. Kunstabend

Sonnabend den 25. Januar, im Döhlener Hof zur Roten Schänke

Einlass 7 1/2 Uhr Anfang 8 1/2 Uhr

Ausführende: Das Dresdner Vokal-Quartett. (Die Konzertsängerinnen Schulze-Uhlich und Wilhelmine Nüsse, die Herren Friedrich Vogelsang und Hermann Nüsse.) Fräulein Juanita Brockmann, Violinvirtuosin. Frau M. Goerisch-Merlefind, Rezitationen. Herr Friedrich Vogelsang (Tenor), Sologesang. Frau Eva Büttner, am Klavier

— Eintritt für Jugendliche unter 18 Jahren 10 Pf., für Erwachsene 25 Pf. —

Jugendbildungs-Verein der Arbeiterschaft von Dresden und Umg.

Bezirk

Plauenscher Grund

Achtung! Deuben und Umg.!

Zwecks Gründung eines **Mietbewohner-Vereins** werden Interessenten ersucht, sich zahlreich zu einer **Besprechung Sonntag nachmittag 3 Uhr** im **Gasthaus Stadt Dresden** einzufinden.

Empfehle meine **Zigarren** nur eigen. Fabrikat von nur überseeischen Tabaken gefertigt, einer geneigten Beachtung. **K. Scheffler,** Reisewitzerstr. 18.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-A. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Naußlitz. — Druck von Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Das Gefängnis als Obdach.

In den Leipziger Neuesten Nachrichten, einem der ärgsten Scharfmacherorgane, das jede sozialdemokratische Kritik an den heutigen Zuständen aus dem Häuschen bringt, veröffentlicht der Strafanstaltsinspektor Baehr aus Breslau unter der Ueberschrift: „Das Gefängnis als Obdach" einen Artikel, der schwere Anklagen gegen unsere göttliche Gesellschaftsordnung enthält. Es heißt darin:

„Infolge der plötzlich eingetretenen Kälte strömen die Obdachlosen nicht nur durch die Pforten der Asyle, Wärmehallen und sonstigen wohltätigen Anstalten, sondern auch durch die Tore der — Gefängnisse.

Wenn an und für sich schon beim Eintreten der kalten Jahreszeit, so erst recht beim Einsetzen des jetzigen grimmigen Frostes hat die Strafanstaltsverwaltung alle Hände voll zu tun, um die große Zahl derer aufzunehmen, welche entweder „freiwillig" oder „gezwungen" Eintritt begehren. „Freiwillig" mag seltsam klingen und doch ist es richtig. Es gibt bekanntlich eine Menge rechtskräftig verurteilter Personen, denen das Gericht die Vergünstigung gewährt hat, „sich selbst zu stellen", im Gegensatz zu den übrigen, welche in Haft bleiben, um durch den „grünen Wagen" oder durch den Schutzmann, also wirklich zwangsweise, der Strafanstalt zugeführt zu werden.

Es ist eine bekannte Erfahrung im Strafvollzuge, daß weitaus die meisten der leichten Uebeltäter, zumal solche „ohne festes Unterkommen" sich gerade eine Zeit zum Strafantritt aussuchen, wie die jetzige. Und das mit Vorbedacht, denn im Gefängnis wird ihnen ja alles geboten, was sie „draußen" vermissen müssen: ein festes Dach über dem Kopf, ein geheiztes Stübchen, warmes Essen und nicht zu vergessen, saubere Wäsche und Kleidung und ein warmes Bad von Zeit zu Zeit.

Traurig, aber leider auch wahr ist es, daß viele Mittellose oft erst ein Vergehen oder eine Uebertretung verüben zu dem ausgesprochenen Zweck, für eine gewisse Zeit ins Warme zu kommen; an Schloß und Riegel nehmen sie weiter keinen Anstoß. Ich entsinne mich eines Falles, den ich vor Jahren in einer kleinen Stadt miterlebte; da wurde ein Herr auf offener Straße bei hellem Tage, ganz in der Nähe des Gerichtsgefängnisses noch dazu, von einem solchen Obdach- und Arbeitslosen angefallen und weidlich durchgeprügelt. Nach der Festnahme erklärte dieser Gemütsmensch, daß er die Gewalttat nur ausgeführt hätte, um für die kalte Zeit ins warme Gefängnis zu kommen; zum Stehlen oder gar um jemand umzubringen und zu berauben, sei er zu anständig, also hätte er kurz entschlossen zu dem oben angeführten Mittel gegriffen; besonderen Schaden hatte er dem betreffenden Herrn wirklich nicht zugefügt. Solche Leute, mögen sie nun harmlose Passanten „leicht" verprügeln, Fenster einschlagen, den Betrunkenen markieren und Widerstand gegen die Staatsgewalt leisten, sie alle pflegen zu gewissen Zeiten Stammgäste der Strafanstalten zu sein, und meist kennen sie die Richter und das Gesetz aus eigener Erfahrung schon so genau, daß sie selbst ziemlich genau beurteilen können, welche Uebeltat erforderlich ist, um für eine gewisse Zeitspanne aller Wintersorgen los und ledig zu sein. Sie finden sich meist vor Weihnachten ein (zu dem Fest gibt es eine große Fleischportion), bleiben über Kaisers Geburtstag (auch an diesem Tage gibt es Feiertagsessen) und sagen gewöhnlich im April, Mai, also wenn es anfängt warm zu werden, Lebewohl. Uebel daran sind sie allerdings, wenn der Richter ihnen eine zeitlich geringere Strafe, als die erhoffte, zumißt, denn dann müssen sie wieder vor der Zeit in Kälte und Schnee hinaus; die gelinde Strafe pflegt bei solchen Missetätern in Wahrheit eine schärfere zu sein. Ein richtiger „Stromer" findet aber auch hier einen Ausweg — durch ein neues Vergehen.

Der Andrang in die Strafhäuser ist um die gegenwärtige Zeit meist so groß, daß von Zeit zu Zeit Abschübe aus den Anstalten der Hauptstädte in diejenigen der Provinz erfolgen müssen, um einerseits die vorgeschriebene Höchstziffer der Belegung nicht zu überschreiten und andrerseits Platz für die Einlaßbegehrenden zu schaffen."

Es mag sein, daß bei dem Verfasser und noch mehr bei der Redaktion der Leipziger Neuesten Nachrichten bei Abfassung und Aufnahme des Artikels der Hintergedanke obgewaltet hat, die Zustände im Gefängnis als idyllische zu schildern und eine Verschärfung des Strafvollzugs zu erzielen. Das hindert aber nicht, daß die Ausführungen zu einer vernichtenden Kritik der Zustände in der besten der Welten geworden sind. Wie sagte doch Wilhelm II. bei dem Galadiner am 31. August v. J. zu den Vertretern der Provinz Brandenburg?:

„Denn ich meine, wir können mit den heutigen Verhältnissen, trotz der Unvollkommenheiten, die nun einmal allem Irdischen anhaften, zufrieden sein. Vor feindlichem Ueberfall und kriegerischen Ueberfällen durch ein schlagfertiges Heer und eine wachsende Flotte geschützt, kann in unserem geordneten Staatswesen der Landmann seinen Acker bestellen, der Kaufmann, Fabrikant und Handwerker seinem Geschäfte nachgehen und der Arbeiter seines wohlverdienten Lohnes gewiß sein; sie alle können sich der Früchte ihrer Arbeit und der Gaben unserer Kultur erfreuen."

Zufriedenheit im Gefängnis! Kultur, in der die Not Zuflucht in den Zuchthäusern suchen muß! —

Der Konsumverein als Friedensstörer.

In dem von Katholiken beherrschten Orte Seitendorf bei Zittau hing, wie die dortige Volkszeitung berichtet, in der neu errichteten Verkaufsstelle des Konsumvereins folgender Spruch im Schaufenster:

Genossenschaft, nicht Sekte, nicht Partei,
Man fragt nicht, welchen Glaubens jemand sei,
Nach welchen Farben, welcher Richtung, nein:
Ein Friedenswerk hoch über den Parteien,
Zu einem Werk und einem Ziel verbunden,
Wird Not und Haß und Hader überwunden.

Ein Fanatiker, dem die Ausbreitung des Genossenschaftswesens ang in die gemütlichen Knochen gefahren ist, hat sich durch diesen Spruch veranlaßt gefühlt, eine Beschwerde an die Amtshauptmannschaft Zittau einzureichen. Ist schon ein solches Vorgehen kaum glaublich, so ist noch mehr verwunderlich, daß der Beschwerdeführer bei der Zittauer Amtshauptmannschaft einen Erfolg erzielen konnte. Die Amtshauptmannschaft sandte nämlich den Gendarm aus, um die Dinge zu erforschen. Der Gendarm konnte aber offenbar auch nichts machen, als den Spruch lesen. Auf seine Frage wurde ihm bereitwilligst dahingehend Auskunft erteilt, daß die Verwaltung des Konsumvereins den Spruch hingehangen habe. Sie wurde dabei von der Absicht geleitet, den seit zwei Jahren durch die religiöse Hetze und die niedrigsten persönlichen Verunglimpfungen gestörten Frieden wieder einzuführen. Jetzt soll auf einmal der Konsumverein, der erst seit acht Wochen in Seitendorf seine Pforten öffnete, den Frieden in der Gemeinde durch diesen Spruch stören. Das ist doch wirklich zum Lachen. Der Gendarm mußte allerdings unverrichteter Sache wieder abziehen, denn es bot sich ihm keine Handhabe zum Einschreiten. Auf die Beschaffenheit verschiedener Gemüter wirft dieser Vorgang aber jedenfalls ein recht bezeichnendes Licht.

Ein ernstes Wort an sozialdemokratische Gemeindevertreter.

Unter dieser Ueberschrift richtet das Sächsische Volksblatt, unser Zwickauer Parteiorgan, eine Warnung an sozialdemokratische Gemeindevertreter, die uns auch für andere Bezirke zeitgemäß erscheinen will. Sie lautet:

Von der Amtshauptmannschaft Zwickau ist die gewiß erfreuliche Anregung ausgegangen, gelegentlich der Neuordnung des Krankenversicherungswesens nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung eine Zusammenlegung der Krankenkassen in den verschiedenen Gemeinden zu einer Verbandskrankenkasse herbeizuführen. Dieselbe soll nach den Bestimmungen für Ortskrankenkassen eingerichtet werden. Zu diesem Zwecke hat bereits eine Konferenz von Gemeindevorständen und Gemeinderatsmitgliedern stattgefunden, in welcher diese Frage ausführlich behandelt worden ist. Nunmehr haben die Gemeinderäte und die Krankenkassen das Wort. Wie wir aus Gemeinderatsberichten ersehen, haben sich auch bereits verschiedene Gemeinden mit dieser hochwichtigen sozialen Frage beschäftigt, dabei aber einen recht rückschrittschrittlichen Standpunkt eingenommen, indem sie sich gegen die Gründung einer Verbandskrankenkasse aussprachen. Allem Anschein nach haben auch unsere Vertreter in diesen Gemeinderäten sich auf diesen ablehnenden Standpunkt gestellt, denn sonst würde wohl ein anderes Resultat herausgekommen sein.

Wir geben hierbei unseren Vertretern zu bedenken, daß die Ablehnung der Gründung einer gemeinsamen Kasse für mehrere Gemeinden eine soziale Rückständigkeit sondergleichen ist. Denn dadurch wird die Ausgestaltung der Krankenversicherung zu einer wahren Volkswohlfahrt direkt unterbunden. Die Krankenversicherung erschöpft ihre Aufgabe nicht damit, daß sie den erkrankten Versicherten freien Arzt und Heilmittel stellt und Krankengeld gewährt, sondern sie hat hauptsächlich ihr Augenmerk darauf zu richten, Krankheiten vorzubeugen und wirklich Kranke wieder für dauernd gesund zu machen. Das kann aber nur durch erweiterte Leistungen geschehen. Dazu gehören vor allem Ausdehnung der Unterstützungsdauer, erhöhtes Krankengeld, Einführung der Familienunterstützung, Errichtung von Genesungsheimen für Rekonvaleszenten und Leichterkrankte usw. Solchen Ansprüchen kann aber eine kleine Kasse nie Folge leisten, weil es ihr an den nötigen Mitteln gebricht; deshalb müssen große Kassen geschaffen werden, die kraft ihrer höheren Einnahmen auch größere Verpflichtungen übernehmen können. Und dahin geht ja auch das Streben der denkfähigen Arbeiterschaft seit Jahren, leider nicht mit dem gewünschten Erfolg, weil sie dafür bei Behörden und Unternehmern nicht immer das notwendige Verständnis gefunden hat.

Wenn nun aber eine Behörde selbst die Anregung dazu gibt, dann ist es von Arbeitervertretern eine unverzeihliche Unterlassungssünde, wenn sie die Gelegenheit nicht ergreifen, einem längst gehegten Verlangen der Arbeiterschaft zur Durchführung zu verhelfen.

Eine ausgiebige Krankenfürsorge liegt im gesundheitlichen Interesse des gesamten Volkes. Darum darf sich auch kein sozial denkender Mensch der Errichtung von großen, leistungsfähigen Krankenkassen, die einzig und allein die Träger einer gesunden Krankenversicherung sein können, entgegenstellen; am allerwenigsten aber die gewählten Vertreter der Arbeiterschaft. Bei diesen setzt man so viel soziale Einsicht voraus, andernfalls langen sie nicht zu solch verantwortungsvollem Posten.

Deshalb, ihr sozialdemokratischen Gemeindevertreter, verschafft euch mehr Einsicht in sozialen Dingen, damit, wenn es sich um die Durchführung von sozialen Wohltaten für das arbeitende Volk handelt, ihr nicht versagt, sondern mit eurer ganzen Kraft dafür eintretet, bis das erstrebenswerte Ziel erreicht ist. Und dieses Ziel lautet:

Gründung von Verbandskrankenkassen für die Gemeinden auf der Basis der Ortskrankenkassen!

Von den sächsischen Staatsbahnen

werden für das Jahr 1911 folgende Angaben mitgeteilt: Gesamtlänge 3347,54 Kilometer, Anlagekapital 1 161 806 669 M. Betriebseinnahmen: Aus dem Personen- und Gepäckverkehr 63 635 471 M., aus dem gesamten Güterverkehr 116 095 896 M., aus andern Quellen 14 055 588 M., zusammen 193 886 955 M. Betriebsausgaben: Zusammen 130 600 293 M. Reinertrag: 63 146 662 M. Der Betriebsüberschuß ist um 11 112 929 M. höher als der im Jahre 1910. Das mittlere Anlagekapital aller Linien zusammen wird durch den erzielten Ueberschuß mit 5,492 v. H. (gegen 4,506 v. H. im Vorjahre) verzinst.

Zank um Motorlinien.

Aus Radeberg wird der bürgerlichen Presse berichtet: Gegen die von der Regierung mit in Aussicht genommene staatliche Motorwagenlinie Radeberg — Großröhrsdorf — Bischofswerda richtet sich eine bei der Königlichen Kreishauptmannschaft eingereichte Eingabe, die die Errichtung einer Motorwagenlinie von Bautzen nach Kamenz fordert, da eine solche Verbindung dringlicher sei. Auf Anregung des Gemeinderates zu Großröhrsdorf soll nunmehr eine Petition eingereicht werden, die das dringende Bedürfnis der Errichtung einer Motorwagenlinie gerade im oberen Rödertal, das trotz des regen Verkehrs überhaupt noch keine Bahnverbindung besitzt, hervorheben soll. Eine Deputation soll im Königlichen Finanzministerium persönlich vorstellig werden.

Aus Sachsens Strafanstalten.

Der Insassenbestand der sächsischen Landesstraf- und Korrektionsanstalten bezifferte sich Ende 1912 wie folgt: Zuchthaus Waldheim 1222 (1125 männliche und 97 weibliche), Strafanstalten Zwickau („Graupenmühle") 648 (nur männliche), Osbeneck 546 männliche, Bautzen (einschließlich Jugendliche) 749 männliche, Voigtsberg (einschließlich Jugendliche) 198 weibliche, Korrektionsanstalten Hohnstein 327 männliche, Sachsenburg (einschließlich Jugendliche) 242 männliche, Voigtsberg (einschließlich Jugendliche) 30 weibliche, in Sachsen überhaupt 3952 (3632 männliche, 320 weibliche) Gefangene.

Aus dem Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier. Infolge der Abwanderung der Bergarbeiter durch den vorjährigen Streik sind in verschiedenen Orten des Reviers im Vorjahre die Einwohnerzahlen erheblich zurückgegangen, so daß die Gemeinden eine erhebliche Mindereinnahme an Steuern hatten. Auch die Geschäftsleute klagen über Rückgang des Umsatzes, so daß da und dort Konkurse eintraten. Recht auffällig ist auch der enorme Geburtenrückgang in einigen Bergarbeiterorten, der sich seit einigen Jahren auffällig bemerkbar macht. Der letztere Vorgang dürfte den Hauptgrund in den niedrigen Löhnen, die die Bergarbeiter erhalten, haben.

Leipzig. Der ehemalige Obermeister der Buchbinderinnung in Leipzig, Alfred Göhre, war im Juni v. J. bankrott geworden und geflohen, kam aber freiwillig wieder zurück und wurde nebst seiner Frau verhaftet. Er hatte sich nun wegen Konkursvergehens, Betrugs und Unterschlagung zu verantworten. Göhre hat auf großem Fuße gelebt, drei Equipagen besessen und 7000 bis 12 000 M. jährlich für sich und seine Familie verbraucht. Gerade in den letzten Jahren hat er große Summen für seine Privatzwecke benötigt. Die Buchbinderinnung hat Göhre dadurch um 12 000 M. geschädigt, daß er Wertpapiere einer Stiftung angriff. Schließlich hat er das etwa 3000 M. betragende Vermögen seiner Nichte veruntreut. Die Unterbilanz betrug beim Zusammenbruch 139 000 M., die Masse 6 Prozent. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 10 Monate Gefängnis und 4 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Steinkohlenwerk Pluto-Schacht in Gersdorf wurde am Mittwoch früh der Bergarbeiter Max Pfüller von hereinbrechender Kohle getroffen und auf der Stelle getötet. In den letzten Wochen haben sich in diesem Revier die Unglücksfälle wieder gesteigert. — In der Nacht zum Mittwoch gegen 11 Uhr fuhr in Seifersdorf bei Bräunsdorf das Automobil des Bäckermeisters Straus aus Seifersdorf, worin außer diesem noch drei andere Herren saßen, infolge Nebels an einen Lichtmast und wurde vollständig zertrümmert. Der Chauffeur und zwei Insassen erlitten schwere Verletzungen, während die anderen sich durch Abspringen retten konnten. — In der Kaserne des 106. Infanterie-Regiments in Leipzig brach am 22. Jan. nachmittags im Mittelgebäude ein Dachstuhl- und Essenbrand aus. Der sofort mit mehreren Löschzügen herbeigeeilten Feuerwehr gelang es nach kurzer Tätigkeit, den Brand zu löschen. Die Entstehungsursache des Feuers ist bisher unbekannt. Es ist eine Untersuchung eingeleitet worden. — Auf dem Schulwege ums Leben gekommen ist der 9jährige Schulknabe Artur Geißler in Döhlen bei Rochlitz. Mit einigen Schulkameraden sprang er auf dem Heimwege von der Schule über den nicht breiten Mühlgraben. Bei einem Sprunge prallte er an die Brückenmauer an und fiel zurück ins Wasser. Jedenfalls erlitt er bei dem Anprall an die Mauer schwere innere Verletzungen, die seinen sofortigen Tod herbeiführten.

Stadt-Chronik.

Die Kino-Krise.

Man schreibt uns: Der Siegeszug des Films, der im letzten Jahrzehnt die Entstehung unzähliger Kinotheater im Gefolge hatte und den Besuch der Schauspiel- und Opernhäuser bedenklich beeinträchtigte, scheint auf einem toten Punkte angelangt zu sein. Das Großkapital hatte sich der Filmindustrie wie der Errichtung von Kinotheatern mit allzu großem Eifer geworfen. Der auf jede Ueberproduktion folgende Rückschlag konnte auch hier nicht ausbleiben. In den Großstädten, wo die Uebersetztheit in der Kinobranche besonders groß ist, macht sich eine Krise bereits deutlich bemerkbar. Die Rentabilität der „Kientöppe" wird hier besonders durch die hohen Mietspreise für die Lokalitäten und durch die teueren Films ungünstig beeinflußt. Die starke Konkurrenz nötigt die Kinotheater, auf niedrige Eintrittspreise zu halten. Nicht zuletzt trägt aber auch der Sensationshunger des Publikums die Schuld an den unerquicklichen Zuständen.

Es ist schon oft auf den hohen Wert des Kinematographen für die Volksbildung und für die Popularisierung der Wissenschaft hingewiesen worden. Welches Kinotheater kann sich aber heute darauf beschränken, wirklich gute und lehrreiche Vorführungen zu veranstalten? Im Mittelpunkt eines jeden Kinoprogramms steht der „Schlager". Je näher dieser die Grenze des von der Polizei Erlaubten streift, um so größer ist seine Zugkraft. Wenn der Film wirklich zu einem Volksbildungsmittel ausgestaltet werden soll, werden sich andere Kreise seiner annehmen müssen. In erster Linie kommen hier die städtischen Behörden und Vereine in Betracht. Die Auswüchse der Kinokultur können jedenfalls am wirksamsten nur wieder mit Hilfe des Films bekämpft werden. Man errichte mit Unterstützung der Behörden, Arbeiterbildungsvereine usw. besondere Kinotheater, die es nicht nötig haben, im Interesse möglichst hoher Rentabilität dem Publikum sensationelle Schundstücke zu bieten. Man zeige der Jugend interessante Bilder aus fremden Ländern, lasse sie hineinschauen in die Werkstätten der Industrie oder in das Getriebe der großen Seehäfen. Man glaube nicht, daß unsere Großstadtkinder schon so blasiert seien, daß sie an einem Film, der den Entstehungsprozeß eines Stahlblockes, einer Maschine oder dergleichen veranschaulicht, keinen Gefallen mehr finden könnten. Natürlich muß man sich auch hier vor Uebertreibungen hüten und die Kinovorstellung nicht allzu schulmeisterlich gestalten.

Jedenfalls bietet sich gerade jetzt manche günstige Gelegenheit, den Film in den Dienst des Kulturfortschritts zu stellen. Die Krise, in der sich ein Teil der kleineren Kinotheater befindet, kann auf diese Weise zu einem recht segensreichen Reinigungsprozeß werden. Wenn sich die Gemeinden usw. mit der Veranstaltung von Kinovorführungen befaßten, würde auch der überragende Einfluß des Großkapitals in der Filmindustrie gebrochen werden können. Bekanntlich haben die deutschen Filmindustriellen in den letzten Tagen ihre Beteiligung an der im Herbst 1912 gegründeten Filmkonvention gekündigt, um sich von den Ausländern frei zu machen. Der Weg zu einer Befreiung des Kinos von der schwer auf ihm lastenden Vertrustung der Filmproduktion ist also offen. Jedenfalls sollten alle die Kreise, denen an der Hebung der Volksbildung ernstlich gelegen ist, die gegenwärtigen Vorgänge in der Filmindustrie und in der Kinobranche aufmerksam verfolgen. Der geeignete Zeitpunkt zur Errichtung von billigen Kinotheatern mit wirklich idealen Aufgaben scheint gekommen zu sein.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Entvölkerung des Stadtinnern.

Eine Entwicklung dieser Art ist in fast allen Städten von selbständiger Bedeutung, begünstigt von der Ausbreitung und Verbilligung des Verkehrs und dem in Handel und Gewerbe vorherrschenden Zuge zum Größerbetriebe, zu beobachten. Insbesondere zeigen die Großstädte diese Erscheinung. Nach einer auf Veranlassung des Verbandes deutscher Städtestatistiker vorgenommenen Erhebung wohnten von je 1000 Einwohnern, die im Umkreise von 10 Kilometer um den Stadtmittelpunkt wohnhaft waren, im Stadtinnern von Berlin im Jahre 1871 73 Personen; 1910 aber nur 6,8 Personen. Für sächsische Städte ergibt sich folgendes Bild: Dresden 1871: 122,7 Einwohner, 1911 27,4 Einwohner; Leipzig 1871: 131,1 Einwohner, 1910 17,4 Einwohner; Chemnitz 1871: 64,6 Einwohner, 1910 19 Einwohner. Am stärksten ist die Entvölkerung des Stadtinnern in den bevorzugten Geschäftsstraßen der einzelnen Städte, und in dem Maße, in dem sie hier in die Erscheinung tritt, steigert sich die Grundrente. Diese erreicht in den Zentralpunkten oft eine geradezu enorme Höhe. Ein Bild von dieser Citnentwicklung in Dresden gibt die jeweilige Einwohnerzahl einzelner bevorzugter Geschäftsstraßen. So hatten die Schloßstraße, Seestraße, Webergasse, Schessselstraße und Wilsdruffer Straße zusammen Einwohner 1871: 6052, 1880: 5772, 1890: 5512, 1900: 4367, 1910: 3622. Auch in Dresden sind also im Laufe des genannten Zeitraumes die bedeutenden Geschäftsstraßen in ganz erheblichem Maße entvölkert worden. Große Häuser, oft ganze Häuserblocks, fallen dieser Entwicklung noch jetzt fast in jedem Jahre zum Opfer. Immer neue Straßen werden in diesen Kreis einbezogen. So weist die wirtschaftliche Entwicklung das Wohnbedürfnis gewissermaßen von selbst nach den Außenbezirken der Stadt hin, dorthin, wo noch am ehesten Licht und Luft zu erreichen sind.

Das Unglück im Elektrizitätswerk.

Zu dem Unglück, das sich in der Nacht vom 21. zum 22. Januar im städtischen Altstädter Elektrizitätswerk ereignete, wird uns noch berichtet: Durch einen um 5 Uhr nachmittags entstandenen Kurzschluß machten sich im Schaltkeller Reinigungsarbeiten notwendig. Die Werksleitung bestellte dazu Arbeiter, die schon am Tage ihre Arbeitsschicht geleistet hatten. Sie traten um 10 Uhr ihre Arbeit an. Auf bis jetzt noch nicht aufgeklärte Weise trat Kurzschluß ein. Eine im Keller befindliche Benzinflasche explodierte und machte das Unglück natürlich um so größer. Die im Keller befindlichen Arbeiter und ein Beamter wurden dabei verletzt. Wie schon berichtet, ist ein Arbeiter seinen Verletzungen erlegen. Für die anderen Beteiligten soll Lebensgefahr nicht bestehen. Der seinen Verletzungen Erlegene, der jedenfalls der Benzinflasche am nächsten gestanden hat, konnte sich nicht so schnell wie die anderen retten, seine Rettung aus dem mit giftigen Gasen gefüllten Keller gelang einem Beamten nur unter großen Schwierigkeiten, indem er am Erdboden hinkroch und den völlig verbrannten Arbeiter hervorzog. — Wen die Schuld an diesem Unfalle trifft, kann zurzeit noch nicht gesagt werden. Das Fehlen einer Beleuchtung, die unabhängig von dem zum Kurzschluß gelangten Strome ist, hat die Flucht und die Rettung sehr erschwert. — Wir können nicht verstehen, daß die Werksleitung zu solchen Arbeiten, die, wie der Fall zeigt, Körper- und Geistesfrische verlangen, Arbeiter heranzieht, die schon eine Arbeitsschicht in dem so nervenzerrüttenden Betriebe geleistet haben. Warum entläßt man, wie es in letzter Zeit geschehen ist, städtische Arbeiter und läßt die noch beschäftigten, wie beim Wasserwerk, Ueberstunden und Nachtschichten in übermäßiger Zahl leisten? Der Verband der Gemeindearbeiter hat schon jahrelang die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben verlangt. Sie ist teilweise eingeführt, in den Gaswerken besteht sie mit der Ausnahme der zwölfstündigen Wechselschicht, die sich nach unserer Meinung auch beseitigen ließe.

Bei den elektrischen Werken besteht immer noch eine 60stündige wöchentliche Arbeitszeit. Das ist zu lange für die nerventötende Tätigkeit in solchen Betrieben. Hat doch erst vor kurzem ein Dresdner Arzt einem Elektrizitätsarbeiter gesagt, daß 90 Proz. dieser Arbeiter hochgradig nervös sind. Doch immer ist die Antwort der Stadtverwaltung auf die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit eine grundsätzlich verneinende gewesen. Ob die lange Arbeitszeit in diesem Falle das Unglück verschuldet hat, oder ob andere Faktoren dabei mitgewirkt haben, kann, wie gesagt, nicht beurteilt werden, aber es gibt doch zu denken, wenn solche Fälle wie dieser und der, der sich am Sonntag den 19. Januar in demselben Werk ereignete, dann eintreten, wenn die Arbeiter eine lange Arbeitszeit hinter sich haben. Mit knapper Not konnte an diesem Sonntage ein in seinen Folgen unabsehbares Unglück verhütet werden. Nach fast zwölfstündiger Arbeitszeit wurde man an diesem Tage gewahr, daß in den Kesseln kein Wasser mehr vorhanden war, nur noch Minuten fehlten und — das Altstädter Elektrizitätswerk wäre gewesen. Das muß doch zu denken geben.

Von anderer Seite wird uns noch berichtet, daß die drei bestellten Arbeiter mit der gefährlichen Arbeit nicht eher beginnen sollten, als bis der Obermaschinenmeister gegenwärtig wäre. Es scheine jedoch, als ob diese Anordnung nicht beachtet worden sei.

Geschäfts-Revisionen.

Im Jahre 1912 sind durch das wohlfahrtspolizeiliche Aufsichtspersonal insgesamt 640 Barbier- und Friseurgeschäfte des hiesigen Stadtbezirks auf Grund der Vorschriften des Rates über Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch Barbiere und Friseure revidiert worden. Es sind hierbei 374 Beanstandungen erfolgt, von denen 59 mangelhafte Reinhaltung der Geschäftsräume, 103 mangelnde Reinhaltung der Geräte und 21 mangelnde Sauberkeit des Bedienungspersonals betrafen, während in 60 Fällen die Bestimmungen über die Bedienung der Kunden nicht eingehalten worden waren. Neun Zehntel der Beanstandungen sind auf Erinnerung sofort behoben worden, in den übrigen Fällen waren schriftliche Verfügungen erforderlich.

Karneval.

Die Vorbereitungen zum Karnevalsfestzug am 4. Februar sind in vollem Gange. Auch die auswärts wohnenden Dresdner werden sich in großer Zahl an dem Festzug beteiligen. U. a. haben die in Leipzig studierenden Söhne und Töchter Dresdner Familien einen Festwagen angemeldet, der in launiger Weise Dresden als Fremdenstadt versinnbildlichen soll. In den nächsten Tagen wird die Festzugsstraße bekanntgegeben werden, die im wesentlichen dieselbe ist wie im vorigen Jahre. Der Verkauf und der Gebrauch von Pritschen und Schlagwerkzeugen aller Art ist strengstens verboten; dagegen steht dem Werfen von frischem (nicht von der Straße aufgelesenem) Konfetti, Papierschlangen, papiernen Schneebällen usw. nichts im Wege. Was den Umfang des Zuges betrifft, so wird der Studentenkarneval allein gegen 30 Wagen und Gruppen umfassen. Dazu kommen die Wagen und Gruppen der Dresdner Gesellschaften, Innungen, Künstlervölkchen und Faschingsfeste. Mehrere große Korporationen halten im Laufe dieser Woche Sitzungen ab, um über die Idee, die ihr Festwagen verkörpern soll, zu beraten und zu beschließen. An Dresdner Hoteliers sind von auswärts, besonders auch aus Böhmen, Anfragen gerichtet worden, ob das Faschingstreiben drei oder nur einen Tag erlaubt sei. Die Polizeidirektion möchte nur den Faschingsdienstag freigeben, der Rat aber möchte im Interesse des Fremdenverkehrs drei Tage Karnevalstreiben gestatten. Die polizeiliche Verkehrsordnung, die in den nächsten Tagen zu erwarten ist, wird diese Frage endgültig entscheiden.

Selbstmord beging der Wernerstraße 22 wohnhafte Privatus August Richt wegen eines unheilbaren Leidens und zwar dadurch, daß er sich geschossen und erhängt hat. Er war bei seinem Schwiegersohn wohnhaft.

Arbeiterrisiko. Mittwoch früh wurde ein fünfzehnjähriger Arbeitsbursche in einem größeren Betriebe in der Kyffhäuserstraße dadurch schwer verletzt, daß eine etwa 3 Zentner schwere Steinplatte umfiel und ihm den rechten Oberschenkel zermalmte. Die Wohlfahrtspolizei veranlaßte die Ueberführung des Verletzten in das Johannstädter Krankenhaus.

Zirkus Sarrasani gibt dreimal hintereinander je zwei Vorstellungen, am Sonnabend, Sonntag und am Montag. Da am Montag die Schulen feiern, ist die Nachmittagsvorstellung dieses Tages speziell auf das jugendliche Interesse zugeschnitten. Sämtliche Nachmittagsvorstellungen beginnen pünktlich um 3 Uhr, bringen ein vollkommen ungekürztes Abendprogramm und bieten die Ermäßigung des halben Preises für alle Kinder unter 14 Jahren.

Im Viktoria-Salon bleibt das Januar-Programm noch bis Ende des Monats, am 31. Januar treten die Künstler desselben zum letzten Male auf. Im Theater-Tunnel ist seit Sonnabend den 18. Januar das neue Künstler-Ensemble Metzner eingezogen; die Vorstellung beginnt abends 7½ Uhr, Sonntags nachmittags 5 Uhr.

Der Deutsche Arbeiter-Stenographen-Bund, System Arends, eröffnet nächste Woche in Dresden und Umgegend neue Unterrichtskurse. Diese werden durch einen öffentlichen Vortrag eingeleitet, der Sonntag den 26. Januar, vormittags 11 Uhr, im Volkshaus stattfindet. Es wird jedermann Gelegenheit geboten, sich über das System Arends und die Bestrebungen des Bundes näher zu unterrichten. Am gleichen Tage, nachmittags 2 Uhr, findet ein Vortrag in Radeberg im Restaurant Deutsche Eiche statt. In allen Orten und Bezirken, wo keine Unterrichtskurse angesetzt sind, werden solche auf Wunsch jederzeit abgehalten. Für Korporationen werden auch Spezialkurse zu den günstigsten Bedingungen gegeben. Anfragen sind an die Bezirksleitung, Adresse: P. Schütze, Hühndorfer Straße Nr. 7, I., zu richten. Einzelne Genossen werden gegen Erstattung der Vorauslagen und Lehrmittel brieflich unterrichtet durch die Bezirksleitung oder durch die Geschäftsstelle des Bundes: L. Flach, Frankfurt a. M., Bornheimer Landstraße 73.

Vortrag. Der 6. Vortrags- und Besprechungsabend der Fürsorgestelle für Lungenkranke, Dresden-N., Kaiser-Wilhelm-Platz 1, findet heute Donnerstag, abends 8 Uhr, statt. Thema: Atmung, Bau der Lungen.

Vermischte Nachrichten. Die Gesamtzahl der im Dezember im hiesigen elektrischen Straßenbahnbetriebe vorgekommenen Unfälle betrug 42, bei 25 Unfällen wurden 25 Personen verletzt. — Im Dezember sind ferner bei der Polizeidirektion 18 Selbstmorde zur Anzeige gekommen. Es haben sich vergiftet 5 Personen, ertränkt 1 Person, erhängt 8 Personen, erschossen 1 Person und überfahren lassen 3 Personen. — Die Angelegenheit der Kindesentführung in Radebeul, die seinerzeit großes Aufsehen erregte, hat jetzt ihren Abschluß gefunden. Das entführte Kind wurde, nachdem der Ehemann Schalin seine Restitutionsklage im Eheprozeß unter Kostenübernahme zurückgezogen und das Landgericht den Beschluß des Amtsgerichts aufgehoben hat, der in Radebeul wohnenden Mutter wieder zurückgegeben.

Aus der Umgebung.

Oberpesterwitz. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Gasthof öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Bannewitz. In der ersten Gemeinderatssitzung im neuen Jahr wurden zunächst die neugewählten Gemeinderatsmitglieder in Pflicht genommen. Die Wahlen zu den Ausschüssen ergaben folgendes Resultat: Rechtsausschuß: Dr. Schlobach, Schäfer und Genosse Thomas. Finanzausschuß: Hofmann, Melzer und Genosse Thomas. Bauausschuß: Schöbel, Genossen Bretschneider und Ritter. Armenausschuß: Dr. Schlobach, Schäfer und Hofmann. In die Gemeindesteuer-Einschätzungskommission wurden gewählt: Behrens, Schulze, Hofmann, Thomas und Ritter. Nach Erledigung einiger Armensachen wurde beschlossen, eine allgemeine Rattenvergiftung durch einen Kammerjäger vornehmen zu lassen. Dann wurde die Entscheidung des Bezirksausschusses über den Protest gegen die Wahl des Herrn Hofmann verlesen, nach der der Protest abgewiesen und dem Gemeindevorstand recht gegeben wurde. Genosse Thomas stellte fest, daß durch diese Entscheidung die Sache genau so unklar als vorher sei. Ob diese Unklarheit im Ortsgesetz stehe, sei gleichgültig. Jedenfalls hätte aber bei richtiger Würdigung der Bestimmungen des Ortsgesetzes die Wahl kassiert werden müssen. Gleichzeitig hatte Genosse Ufert als Protestführer beantragt, die 3 M. Kosten auf Gemeinderechnung zu nehmen und ihm zurückzuerstatten. Hier stellte Genosse Thomas fest, daß der Protest, der an den Gemeinderat gerichtet war, ohne daß der Gemeinderat Entschließung gefaßt habe, an die Aufsichtsbehörde zur Entscheidung weitergegeben wurde, da habe der Gemeinderat auch die Verpflichtung, die entstandenen Kosten zu übernehmen. Auch Herr Melzer ist dieser Meinung und betont, daß hier ein Fehler mit der Weitergabe gemacht worden sei. Schließlich wurde der Antrag des Genossen Ufert gegen fünf Stimmen abgelehnt. Weiter wurde die Erklärung, daß der im Vorjahr erbaute Fußweg an der fiskalischen Straße ab 1. Januar 1913 von der Gemeinde als übernommen gelte, einstimmig abgelehnt. Es soll erst abgewartet werden, welche Schäden sich im Laufe des Frühjahres noch zeigen. — Die Amtshauptmannschaft hat mitgeteilt, daß sie die Genehmigung zu öffentlichen Gemeinderatssitzungen geben werde und sich auch mit dem anfänglich beanstandeten Sitzungszimmer einverstanden erklären würde, wenn eine weniger umfangreiche Geschäftsordnung aufgestellt würde. Dem soll entsprochen werden. — Weiter wird noch beschlossen, jeden Handwagenverkehr auf den Fußwegen zu verbieten und nur das Befahren mit Kinderwagen, die wirklich nur zum Transport von Kindern dienen, zu gestatten. — Zum Schluß kommt noch der mündliche Bericht über die Lungenfürsorgestelle zum Vortrag und wird beschlossen, ein Wasserkissen und zwei Unterschieber für schwere Erkrankungen in der Gemeinde zu beschaffen und die Kosten auf Rechnung der Gemeinde zu nehmen. — Herr Melzer stellt noch eine Behauptung des Genossen Börner in der Einwohnerversammlung gegen die Gaswerksverwaltung richtig. Danach befindet sich allerdings die Verwaltung im Recht.

Potschappel. Aus dem in der ersten diesjährigen Gemeinderatssitzung vom Gemeindevorstand gegebenen Jahresbericht sei folgendes hervorgehoben: Der Gemeinderat hielt im Jahre 1912 22 öffentliche Gemeinderats-, 11 Armenvereins- und 4 Schulvorstandssitzungen ab. Weiter tagten die Ausschüsse in 47 Sitzungen. Die wichtigsten Beschlüsse betrafen die Umwandlung der gewerblichen Fortbildungsschule in eine Gewerbe- und Handelsschule. Die Schülerzahl betrug am Schlusse des Jahres 197, von denen 172 die Gewerbe- und 25 die Handelsschule besuchten. Es war eine Steigerung um 7 Schüler zu verzeichnen. In einem Nachtrag zum Ortsgesetz über die Erhebung der Gemeindeanlagen wurde festgelegt, daß der Gemeindeverband Elektrizitätswerk für den Plauenschen Grund gleich wie in den übrigen Nachbargemeinden nicht mehr zu den Gemeindeanlagen herangezogen werden soll, sobald das Eigentum oder der Betrieb des Werkes sich im Gemeindebezirk befinden. Die von der Kreishauptmannschaft Dresden zur Einschränkung und wirksamen Kontrolle des Straßen- und Hausierhandels erlassene Verordnung, durch die dieser Handel erlaubnispflichtig gemacht worden ist, wurde auf Beschluß des Gemeinderats auch auf den hiesigen Gemeindebezirk ausgedehnt. Zu den Aufgaben des neuen Jahres gehört noch die Aufschließung des vom Rittergut gekauften Bauareals zwischen Burgwart-, Roßthaler- und Saubergstraße, zu dem die Grundzüge des Bebauungsplans im vergangenen Jahr bereits festgestellt wurden. Das Wasserwerk hat seine Aufgabe noch voll erfüllt, doch mußten neue Quellen aufgeschlossen werden, die sich auf Saalhausener Flur fanden. Der Wasserverbrauch stieg fortwährend. Der wassergebührpflichtige Verbrauch stellte sich auf 99 488 Kubikmeter, der Gesamtabfluß aus dem Hochbehälter auf 124 212 Kubikmeter. Das bedeutet eine Steigerung um 3516 bezw. 4158 Kubikmeter. Das Leitungsnetz wurde um 160 laufende Meter erweitert durch Einlegung in die neue Georgstraße. Der Arbeitsnachweis ruhte fast vollständig. Es waren nur 6 Arbeitsangebote und 5 Arbeitsnachfragen zu erledigen. Die ungünstige Lage des Wohnungsmarktes, die, hauptsächlich durch den Mangel an Kleinwohnungen beeinflußt, verschiedentlich gute und langjährige Steuerzahler zwang, in anderen Gemeinden Unterkunft zu suchen, und der Verwaltung der Gemeinde nicht unwesentliche Arbeit durch Unterbringung der Wohnungsuchenden im Orte aufbürdete, veranlaßte den Gemeinderat, einen Wohnungsnachweis zu gründen, der am 1. November ins Leben trat und guten Erfolg aufzuweisen hat. Die Vermittlung geschieht kostenlos im Rathause. Durch Veräußerung eines Flurstücks verminderte sich der Grundbesitz der Gemeinde um 16,8 Ar, welcher Verminderung ein Zuwachs von 2 Hektar 2,1 Ar gegenübersteht. Die Gemeindeverwaltung hegt die Absicht, die Müllabfuhr ähnlich der Düngerabfuhr ortsgesetzlich zu regeln, welche Absicht bei Erwerbung von neuem Areal (zur Anlegung eines Müllablagerungsplatzes) mitbestimmend war. Der Ausbau der Georgstraße muß im neuen Jahre fortgesetzt werden. Die Einwohnerzahl stieg um 150 Personen. Beim Standesamte waren 199 Geburtsfälle, 83 Eheschließungen und 109 Sterbefälle zu verzeichnen. Neben dem Rückgang der Geburtenziffer in den letzten 10 Jahren ist eine Verminderung der Sterbefälle, namentlich im Säuglingsalter, zu bemerken gewesen. 1908 betrugen die Geburtenziffer 300, die Sterbefälle 179, dagegen 1912 die Geburtenziffer 199, die Sterbefälle 109. An Gemeindesteuern wurden 118 183 M. = 92 Prozent des ausgeschriebenen Bedarfs vereinnahmt. Die Schulden vermehrten sich um 131 000 M. durch Aufnahme eines Darlehns von 105 000 M. zur Bezahlung des angekauften Rittergutlandes und eines solchen von 26 100 M. zur Deckung der Kaufkosten für das neuerworbene Flurstück Nr. 599. Aus dem Schulwesen ist die Anlegung eines Schulhausfonds zu erwähnen, ferner die Umwandlung einer provisorischen Hilfslehrerstelle in eine ständige Lehrerstelle und die Einstellung von Mitteln zur Anlegung einer Schulbibliothek, die in erster Linie zur Bekämpfung der Schundliteratur beitragen soll. Für die Armenpflege waren 29 471 M. aufzuwenden.

Töhlen. In der ersten diesjährigen Gemeinderatssitzung gab der Gemeindevorstand einen kurzen Bericht über allgemeine Verhältnisse der Gemeinde und streifte dabei die Wasserleitungsfrage, die dem Gemeinderat im verflossenen Jahre viel Arbeit und Widerwärtigkeiten beschert habe. Die Finanzlage sei als günstig zu bezeichnen, bringe doch der Reingewinn der Gußstahlfabrik der Gemeinde einen Steuerertrag von einem Drittel der Gesamtanlagen. — Gewählt wurden die Mitglieder der Ausschüsse. Außer im Feuerwehrausschuß, in den die Herren Reichel, Wüst und Neumann gewählt worden sind, haben wir in jeder Kommission einen Genossen als Mitglied. — In der Bausache Basel, der zwei Grundstücke bebauen will, ohne daß eine Straße endgültig festgelegt wird, beschloß man wohl die Einreichung der Pläne bei der Behörde, jedoch zugleich das Ersuchen um Zurückweisung, bis die Straßenfestlegung zwischen Basel und den übrigen Anliegern geregelt ist. Genosse Görz beantragte, das unbebaut bleibende Land Basels käuflich zu erwerben und wegen eines angemessenen Kaufpreises mit dem Besitzer erneut zu verhandeln. Dem stimmte man zu. Befürwortet wurde bedingungslos das Baugesuch des Vereins für Walderholungsstätten.

Wurgwitz. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden die wiedergewählten Vertreter auf ihre frühere Verpflichtung hingewiesen. Ein Gesuch des Vereins für Jugendhilfe um einen jährlichen Beitrag von 10 M. wurde mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen. In den Gemeindeeinkommensteuerabschätzungsausschuß wurden Herr Gemeindeältester Demnitz, Gutsbesitzer Eibing, Hausbesitzer Palitsch und Genosse P. Weise auf die nächsten zwei Jahre gewählt. Bei Aufstellung des Haushaltetats 1913 ergibt sich ein Fehlbetrag von 9283,50 M. der durch Steuern aufgebracht werden muß, und zwar wieder wie im vorigen Jahr: achtfacher Satz und die Einheit 22 Pf. Von dem Fehlbetrag entfallen: Schulkasse 5977 M., Gemeindekasse 1993 M., Kirchenkasse 1012 M., Wegebaukasse 300 M., die Armenkasse deckt sich in Einnahme und Ausgabe. Das Kinderkonzert vor Weihnachten hat einen Reingewinn von 214 M. gebracht, der bei Gebrauch von Lehrmitteln Verwendung finden soll.

Leuben. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden zuerst die neu- und wiedergewählten Vertreter eingeführt. Dem alten Zopf, Auslösung der Plätze, wurde von unserer Seite widersprochen mit der Motivierung, daß dies heute in keinem Parlament mehr Sitte ist, daß es sich auch des öfteren nötig macht, eine schnelle Verständigung der Unansässigen herbeizuführen. Verwundert waren wir darüber, daß der Vertreter der ersten Klasse der Unansässigen, Herr Lehrer Andrä, dem widersprach. Glaubt vielleicht der Herr, er könnte abfärben, wenn er neben oder zwischen uns sitzt? Obwohl uns verschiedene bürgerliche Vertreter recht gaben, stimmten doch sämtliche gegen uns. Bei der Besetzung der Ausschüsse stellte es sich heraus, daß die Unansässigen dem Finanz-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ausschuß nicht angehörten. Auf unsere Einwendung, daß die Unansässigen das größte Steuersoll aufbringen und darum auch ein Wort mitreden wollen, erweiterte man den Ausschuß auf 6 und billigte uns einen Sitz zu. Wir sind nun in allen wichtigen Ausschüssen vertreten. — Unter anderem wurde noch bekannt gegeben, daß die Ortsschleusenordnung nach kleinen Abänderungen genehmigt worden ist. Hiergegen hat der Hausbesitzerverein Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde eingelegt mit der Begründung, daß die Zeit der Einführung der Schwemmkanalisation (5 Jahre!) zu kurz sei, und ersucht, die Frist zu verlängern auf 15 Jahre, ev. es jedem Hausbesitzer zu überlassen, wenn er die Wasserklosetts einführen wolle. Die Beschwerde ist in allen Instanzen abgewiesen worden, nach unserer Ueberzeugung mit Recht.

Wilsdruff. Wir machen auf den Freitag stattfindenden Bunten Abend aufmerksam und empfehlen dringend, denselben zu besuchen.

Im hiesigen Wochenblatt macht ein bürgerlicher Herr, der durch die Ausführungen des Genossen Zschok über die Wohnungsnot aufgeregt worden ist, seinem Herzen Luft. Ein paar Kündigungen mehr in diesem Quartal tun ja nichts. Und wenn die Arbeiter genügend Miete zahlen, dann bekommen sie auch Wohnungen. Wir können dazu erklären, daß von den Arbeitern, denen jetzt gekündigt worden ist, einige in W. keine Wohnung mehr finden können. Obwohl sie bereit waren, auch etwas mehr Miete zu zahlen. In Anbetracht der elenden Löcher, in denen manche Familien wohnen müssen, zahlen sie sehr hohe Mieten. Und wenn Arbeiterwohnhäuser gebaut würden, so sind sicher die Arbeiter bereit, einen Mietpreis zu bezahlen, der eine normale Verzinsung sichert. Unser Vertreter wird trotz aller Schauermärchen der Hausbesitzer immer wieder von der Stadtverwaltung fordern, daß dem Wohnungsmangel abgeholfen wird.

Dippoldiswalde. Der frühere Bürgermeister von Dippoldiswalde und Direktor der Vereinsbank, Dr. Weißbach, hat seinen Wohnsitz in Wien aufgeschlagen, wo er Anstellung gefunden hat.

Heidenau. In der Vergiftungsäffäre wird von der Gemeindeverwaltung Heidenau jetzt folgendes mitgeteilt: Die chemische Untersuchung der in der Wohnung der Familie Starke vorgefundenen Kaffee-, Milch- und Speisereste hat ergeben, daß irgendein stark wirkendes Gift, das den Tod der drei Personen herbeigeführt haben könnte, in diesen Resten nicht enthalten gewesen ist. Eine Nahrungsmittelvergiftung muß sonach als vollständig ausgeschlossen gelten. Da der Tod der drei Personen auch durch etwaige Einwirkungen von außen her nicht erfolgt ist, kommt lediglich Selbstmord durch Gift in Frage, das die Personen direkt eingenommen haben. Es ist sonach auch anzunehmen, daß die Vergiftung in gegenseitigem Einverständnis erfolgt ist. Die Meldung, daß der Tod eingetreten ist durch Rattengift, ist irrig. Die Untersuchung ist hiermit abgeschlossen, da angesichts dieses Tatbestandes die Behörde von einer Weiterverfolgung der Sache absehen muß. Rätselhaft bleibt nach wie vor, welche Gründe die drei Personen zu einem Selbstmord veranlaßt haben.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Der Hang zum Alkoholgenuß

brachte den Kuhmelker Bernhard Max Halbe wieder auf die Anklagebank. Während er in einer Mühle zu Hohnstein in der Sächsischen Schweiz beschäftigt war, stahl er einem dort arbeitenden Mädchen das Portemonnaie mit 9 M. Die zweite Hälfte des Monats Oktober war er in Meißen, wo er einem Mitarbeiter ein Portemonnaie mit 10 M. Inhalt entwendete. Am 1. November trat er Stellung auf dem Rittergut Helmsdorf an. Am 4. November verließ er die Stellung wieder und nahm einem Kollegen das Portemonnaie mit 21 M. Er begab sich nach Dresden, wo er das Geld verjubelte. Dabei lernte er einen jüngeren Schweizer kennen, dem er sich als Oberschweizer in Helmsdorf vorstellte, der gerade einen Schweizer suchte. Er versprach dem jungen Mann die Stelle, wofür dieser 9 M. Vermittlungsgebühr und 3 M. für Zeche bezahlte. Das Urteil lautete auf ein Jahr acht Monate Zuchthaus.

Verleitung zum Meineid.

Die Butterhändlerin Martha Galzsch aus Lockwitz war von einem Butterlieferanten wegen einer Schuld von 2000 M. verklagt worden. Es war Termin auf dem Amtsgericht Radeburg und zu dieser Verhandlung hatte sie sich bemüht, den Wirtschaftsbesitzer T. aus Lockwitz zu einer falschen Aussage zu bestimmen. Der 60jährige, nicht besonders geschäftsgewandte Zeuge hat sich aber im letzten Augenblicke noch dem Richter offenbart und seine Vereidigung unterblieb. Gegen die G. wurde das Strafverfahren eingeleitet. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde die Angeklagte zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und dreijährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde unter anderem ausgeführt, daß man die Verliebenheit der Angeklagten dem alten Manne gegenüber als strafschärfend angesehen hat.

Militärgericht.

Ein „Schutzmann".

Der Unteroffizier der 4. Eskadron des hiesigen Gardereiter-Regiments Georg Mieth war im Herbst 1911 zur Reserve entlassen und bald als Schutzmann bei der Polizeidirektion Leipzig angestellt worden. Man machte aber recht traurige Erfahrungen mit diesem kaum 22jährigen „Schutzmann", der weder die nötige innere Festigkeit, noch die zu diesem Posten erforderliche Reife besaß. Mieth trieb eine grenzenlose Schuldenwirtschaft, wettete unsinnig auf Rennplätzen, borgte Leute an usw. Seine Beamtenherrlichkeit konnte infolgedessen auch nicht lange dauern. Als die „Tätigkeit" Mieths zur Kenntnis der Vorgesetzten kam, sah man ein, daß mit diesem „Schutzmann" keine Ehre einzulegen war und entließ ihn im Juli 1912 wegen offenbarer Untauglichkeit. Nach seiner Entlassung nährte er sich durch verschiedene Arbeiten. Im August erschien er bei einem Schneidermeister und bestellte unter der Vorspiegelung, er sei noch Schutzmann im 16. Bezirk und werde am nächsten Gehaltstage Zahlung leisten, Kleidungsstücke für 45 M. Die Bestellung benutzte der „Schutzmann" auch dazu, dem Schneidermeister 10 M. abzuborgen. Letzterer ließ sich durch die falschen Angaben bewegen, dem Schutzmann a. D. das gewünschte Geld zu geben und die bestellten Sachen zu liefern. Erst hinterher erfuhr er, daß er geprellt worden war, und nahm dem arbeitslosen Beamten die Sachen wieder ab. Mieth ist inzwischen wieder als Unteroffizier beim Gardereiter-Regiment eingestellt worden (!) und macht nun wieder in Soldatenerziehung. Wie wenig er sich auch dazu eignet, geht schon daraus hervor, daß er sich nicht gescheut hat, Untergebene anzuborgen; dieserhalb mußte er auch bestraft werden. Die Manipulationen dem Schneider gegenüber hatten für Mieth eine Anklage wegen Betrugs zur Folge. Das Gericht hielt die falschen Vorspiegelungen für erwiesen, kam aber merkwürdigerweise zu einer Freisprechung, weil es annahm, daß der Angeklagte mit Geld von anderer Seite rechnen konnte. Der „falsche" Schutzmann bleibt also unbestraft und Vorgesetzter und wird vielleicht später noch mal „richtiger" Schutzmann.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Verhandlungen behufs Abschlusses eines neuen Tarifvertrages für das Baugewerbe

wurden am 21. und 22. Januar unter Leitung der drei Unparteiischen, Herren Dr. Brenner, Rath und v. Schulz, im Reichstagsgebäude fortgesetzt.

Eine Hauptrolle spielte vor allem wiederum die von Arbeitervertretern geforderte Garantieübernahme für eine allgemeine Lohnerhöhung. Die Unternehmer glaubten sowohl diesen Vorschlag als auch die weniger weitgehende Anregung der Unparteiischen, ihren Mitgliedern eine allgemeine Lohnerhöhung zu empfehlen, ablehnen zu müssen. Nach weiteren Verhandlungen gaben die Unternehmer folgende Erklärung ab:

„Wir haben erklärt, daß wir einen Hauptvertrag vereinbaren wollen, der für das gesamte bisherige Vertragsgebiet gilt, und daß wir nicht zugeben können, daß Gebiete vertragslos bleiben. Sollten in einzelnen Gebieten Einigungen über die bezirklich zu regelnden Vertragsbestimmungen nicht zustande kommen, so wollen wir unseren Einfluß zum Abschluß von Verträgen in diesen Gebieten geltend machen, nötigenfalls unter Anrufung bezirklicher Schiedsgerichte, jedoch unter der Voraussetzung, daß von seiten der Zentralorganisation der Arbeiter der gleiche Wille bekundet wird."

Darauf gaben die Arbeitervertreter folgende Erklärung ab: „Unsere Stellung zum Vertragsabschluß halten wir durch unsere Erklärung in München für gegeben. Sie läßt keinen Zweifel daran, daß wir zum Abschluß eines Vertrages im bisherigen Umfange bereit sind. Wir bedauern aufs tiefste, daß sich der Arbeitgeberbund trotz der außerordentlich drückenden Teuerung weigert, die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnerhöhung anzuerkennen und bei seinen Unterverbänden zu befürworten. Die Verantwortung für die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten müssen wir dem Arbeitgeberbund allein überlassen. Die Frage, bezirkliche Schiedsgerichte zur endgültigen Schlichtung etwa verbleibender örtlicher Streitfragen anzurufen, ist für uns infolge der Stellung des Arbeitgeberbundes in der Lohnfrage undiskutabel. Um jedoch unsere Friedensliebe zu bekunden, sind wir bereit, die für den Abschluß neuer Verträge hauptsächlich in Betracht kommenden Fragen, wie z. B. Arbeitszeit, Arbeitsnachweise, Akkordarbeit usw., zu besprechen, und überlassen es den Herren Unparteiischen, die Reihenfolge dieser Gegenstände zu bestimmen. Wir erklären jedoch, daß eine endgültige Annahme des Vertragsmusters und des Hauptvertrages erst dann erfolgen kann, wenn in allen örtlichen Fragen ein Einverständnis erzielt worden ist."

Die Arbeitgeber zogen sich hierauf zu einer weiteren Beratung zurück und erklärten dann folgendes: „Ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Vertrages im bisherigen Umfange deckt sich mit unserer bereits in München abgegebenen Erklärung: die Weigerung einer allgemeinen Lohnerhöhung im ganzen Reich zu befürworten beruht auf der Ueberzeugung, daß das nicht zu bestreitende Darniederliegen des Baugewerbes, verschärft durch den ungünstigen Geld- und Hypothekenmarkt, solche Maßregeln nicht zuläßt, ganz abgesehen davon, daß einzelne Lohngebiete durch den Dresdner Schiedsspruch vom Jahre 1910 bereits übermäßig belastet sind. Ueberdies ist die Festsetzung des Lohnes eine den Bezirks- und Ortsverbänden zuständige Angelegenheit. Zur Beseitigung der hieraus sich ergebenden Streitpunkte haben wir die Bezirksschiedsgerichte in Vorschlag gebracht. Wir sind damit einverstanden, daß nunmehr in die Beratung des Vertrages und zwar in der von den Herren Unparteiischen bestimmten Reihenfolge eingetreten wird. Das deckt sich mit unserer Auffassung, daß die endgültige Annahme des Vertrages erst nach Erledigung der bezirklichen bezw. örtlichen Verhandlungen erfolgt."

Auf Grund dieser Erklärung wurde sodann über die Arbeitszeit verhandelt. Nach § 1 des bisherigen Hauptvertrages soll eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden in allen Vertragsgebieten nicht eintreten. Es darf jedoch für einzelne Orte und wirtschaftlich zusammengehörige oder gleichartige Gebiete, in denen die Arbeitszeit zehn Stunden beträgt und besonders schwierige Verhältnisse, namentlich in Wohnungs- und Verkehrsgelegenheiten, vorliegen, über eine mäßige und allmähliche Herabsetzung der Arbeitszeit örtlich verhandelt werden. Die Unternehmer erklären sich mit der Beibehaltung des bisherigen Zustandes einverstanden, während die Arbeitervertreter sich die Freiheit vorbehalten, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit in weiterem Umfange hinzuwirken.

Ferner wurde über die Akkordarbeit verhandelt. Da die Unternehmer die bisherige Fassung des Hauptvertrages beibehalten wissen wollten, lehnten die Zimmerer für ihr Gewerbe jegliche Zulassung von Akkordarbeit ab. Die Bauarbeiterverbände erklärten jedoch, daß für ihr Gewerbe Akkordarbeit im bisherigen Bestand zugelassen werden soll unter der Voraussetzung, daß zwischen den örtlichen Organisationen Akkordtarife abgeschlossen und außerdem in den einzelnen Akkorden der Stundenlohn garantiert wird.

Bezüglich der Frage des Arbeitsnachweises lehnten die Unternehmer jegliche Regelung im Tarifvertrag ab, während die Arbeitervertreter im Prinzip eine tarifliche Festlegung eines paritätischen Arbeitsnachweises verlangten. Jedenfalls könnten einseitige Arbeitsnachweise niemals unter dem Schutz des Tarifvertrages stehen.

Schließlich wiederholten die Unternehmer ihre Anträge auf Einbeziehung der Metallarbeiter in den Tarifvertrag. Die Arbeitervertreter erklärten, sich hierzu nicht äußern zu können. Angesichts der vorgeschrittenen Zeit und der Behinderung einer Reihe von Mitgliedern mußten abends 7 Uhr die Verhandlungen abgebrochen werden. — Die Unparteiischen machten im Interesse der weiteren Fortführung der Verhandlungen folgende Vorschläge:

1. Es wird der 24. Februar zur weiteren Verhandlung in Aussicht genommen.

2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, bis 15. Februar ihre Anträge zum Hauptvertrage und zum Vertragsmuster jedem Unparteiischen ausschließlich zu dessen persönlicher Kenntnisnahme einzureichen.

3. Am 24. Februar soll in Verfolg der eingereichten Anträge über den Hauptvertrag und das Vertragsmuster beraten und hierüber tunlichst eine Einigung erstrebt werden. Zugleich soll über die Zubilligung einer Lohnerhöhung verhandelt werden. Zur Schaffung einer geeigneten Grundlage für diese Verhandlungen wird dem Arbeitgeberbund nahegelegt, nach erneuter Fühlungnahme mit seinen Mitgliedern inzwischen in eine nochmalige Prüfung dieser Frage einzutreten.

4. Nach Erledigung dieser Fragen haben die örtlichen bezw. Bezirksverbände über die im Vertragsmuster offen gelassenen Punkte zu verhandeln und ernstlich eine Einigung zu erstreben.

Nach kurzer Beratung erklärten sich beide Parteien damit einverstanden.

Aus der Umgebung.

Achtung, Metallarbeiter!

Bei der Firma Karl Jeremias, Glasformenfabrik in Radeberg, haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Zuzug von Drehern, Schlossern und Zieleuren ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Die Firma Ferdinand Merkel in Tharandt

sendet uns eine „Berichtigung", die indes nur das bestätigt, was in der beanstandeten Notiz steht. Wir verzichten deshalb auf den Abdruck derselben, zumal sie in keiner Weise den Bedingungen des Preßgesetzes entspricht.

Parteigenossen! Gelesene Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Briefkasten.

F. B. Rechte der fraglichen Art werden Ihnen nicht geschmälert, wenn Sie sich um solche Unterstützung bemühen.

R. E. in G. „Wintertage" nicht verwendbar.

M. 16. Wenn keine Kinder am Leben sind, erben zunächst die Eltern des Verstorbenen. Der überlebende Gatte erbt in diesem Falle die Hälfte, außerdem die zum Haushalte gehörigen Gegenstände. — Der Wiederverheiratung Ihres Schwagers steht die Erbregulierung nicht im Wege.

E. L., Kl. Wenden Sie sich zunächst an den Schuldirektor. Eine Dispensation vom Schulunterricht ist unter diesen Umständen wenigstens zeitweise geboten.

M., Radeberg. Die Kleinröhrsdorfer Geschichte kann keine Verwendung finden.

Vereinskalender für Freitag.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Dresden. Abends 8 Uhr Generalversammlung im großen Volkshaussaale.

Ortskrankenkasse Dresden. Abends 8 Uhr Außerordentliche Generalversammlung in der Zentralhalle, Fischhofplatz.

Erster Bundes-Männer- und Erster Bundes-Frauenchor. Abends 8½ Uhr Generalversammlung im Bürgersalino, Große Brüdergasse.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Dresden. Abends 8 Uhr Drei Bezirksversammlungen: im Volkshaus, Ritzenbergstraße, Zimmer 6 und 7; Restaurant Bürgergarten Löbtau; Restaurant Stadt Dresden, Cotta, Ockerwitzer Straße.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund (System Arends). Abends 8½ Uhr Vierteljahrsversammlung im Volkshaus.

Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege, Bezirk Wilsdruff. Abends 8½ Uhr Bunter Abend im Lindenschlößchen.

6. Reichstagswahlkreis, Bezirk Dippoldiswalde. Abends 8½ Uhr Oeffentliche Frauenversammlung in der Reichskrone in Dippoldiswalde.

Potschappel. In dem in Konkurs geratenen Herren- und Knaben-Garderobegeschäft von Otto Paul werden nach der offiziellen Bekanntmachung des Konkursverwalters alle Waren 30% unter dem an jedem Stücke noch unverändert hängenden regulären Ladenpreise ausverkauft. Es lohnt sich daher, mit der 22 nach Potschappel zu fahren und seinen Bedarf in dem Ausverkauf zu decken. Dieser umfaßt: Anzüge jeder Art, Joppen, Paletots, Ulster, Mäntel, Hosen, Hüte, Mützen, Handschuhe, Hemden, Strümpfe, Hosenträger, Schlipse, Kragen, Vorhemdchen, Manschetten, Halstücher, Stöcke, Schirme, Sportsachen aller Art, Gamaschen, Sweater, Pyjacks, farbige und weiße Oberhemden, Strick- und andere Westen, Knietwärmer, Leibbinden, Normalunterwäsche, Berufskleidung für Setzer, Schmiedeer, Friseure, Fleischer, Maler, Bildhauer, Mechaniker, Bäcker und noch vieles andere mehr. Der Ausverkauf ist wochentags bis abends 9, Sonntags 11—2 Uhr geöffnet. Das Geschäft liegt gerade gegenüber dem Goldenen Löwen (Hauptstraße Markt).

F. H. Glitzner

Rosenstrasse, Ecke Ammonstrasse

empfiehlt seinen billigen

Inventur-Ausverkauf

in Lausitzer Lederhosen, 1.50 bis 5.00 M., Lederjoppen 3.50 bis 14.00 M., Sporthosen in großer Auswahl zu billigsten Preisen sowie alle einschlagenden Herrenartikel.

Verk. sämtl. Artikel direkt aus dem Fenster.

Kleine Anzeigen

Gänse
gefr. russ., Pfd. 40–50 Pf.
Max Wolf
Dresden, Am Schießhaus 11

Gewissen- hält repar. Uhren
Feder 75 Pf., Reinigen 1 M. nur **Drehcasse 1a, 1. Etage**

Federbetten kauft jedes Quantum
Federreinigung, Amalienstrasse 12.

Wäsche wird fein ausgebessert Luisenstr. 67, Mittelh. Rechts.

2 schöne Plüschsofas bill. zu verk. Sternplatz 8, I. r.

Neues Plüschsofa 47 M., tadellos. Küchensofa 14 M., Ruhestuhl 10 M. Ferdinandstr. 16, v. I.

Empfehle in reichhaltiger Auswahl **Rester** zu Blus. u. Röcken, Stoffe, pass. z. Konf.-Kleidern, Paramenten, Stickereien Spachteltr. **A. Uter.** Dr.-Cotta, Ockerw. Str. 5, I. Neu Leder.

Fahrrad-Mäntel
Schläuche, Ketten, Pedale usw. sowie alle Reparaturen schnell und preiswert. **O. Schneider,** Schwarzer Str. 51

6. Wahlkreis. Bezirk Cotta.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse

Emil Otto Krusche

am 21. Januar nach längerer Krankheit im Alter von 29 Jahren im Carolahause verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Freitag den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Tolkewitzer Friedhofe statt.

Um zahlreiches Geleit ersucht **Die Verwaltung.**

Hierdurch die traurige Nachricht, daß Mittwoch vormittag ½9 Uhr mein lieber Gatte, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Herr **Franz Otto Graf,** Maschinist, im Alter von 65 Jahren nach kurzem aber schwerem Leiden sanft verschieden ist. — Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag ½2 Uhr vom Trauerhause, Am Markt 6, aus statt.

Die trauernde Witwe.

Potschappel und Dönschten, den 23. Januar 1913.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme und den zahlreichen Blumenschmuck bei dem so schmerzlichen Verluste unserer heißgeliebten Tochter, Schwester, Nichte und Enkelin **Gretchen** sagen wir an dieser Stelle allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Turnverein Briesnitz-Cotta für das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte. Auch Dank Herrn Pastor Krödel für die trostreichen Worte am Grabe. Dir aber, liebe Gretel, rufen wir ein „Ruhe sanft" in dein kühles Grab nach.

Dresden-Cotta, Hühndorfer Straße 4.

Die tieftrauernden Familien **Paul Parizsch** und **Goldammer.**

Du warst so gut, du starbst zu früh; wer dich gekannt, vergißt dich nie!

Für unsere heutige Gesamtauflage liegt ein Prospekt der Firma **Friedrichstädter Warenhaus** bei, desgleichen einer der Firma **H. Schnurpel,** Dresden-N., für die Vorstädte Pieschen, Mickten usw., worauf wir hiermit unsere werten Abonnenten aufmerksam machen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Bezirksbücherei Bürgerstraße 4, gegenüber dem „Goldenen Löwen“ — Geschäftsstelle Wettiner Straße 9, Mittwoch 8—1 Uhr und 3—6 Uhr, Montag bis 7 Uhr. Telephon Amt Dresden Nr. 774

Bezirk Leutewitz-Briesnitz.

Sonnabend den 25. Januar, abends 9 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** in Grenzdörfers Gasthof in Leutewitz. Tagesordnung: 1. **Der wirtschaftliche Einfluß der Balkanwirren auf Deutschland.** Referent: Genosse Wilhelm Buck. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Gemeinderatsberichte. 4. Parteiangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht!

Die Bezirksleitung.

Turnverein Zauckerode

M. d. A.-T.-B.

Freitag den 31. Januar im großartig dekorierten Saale des **Gasthofs zu Kohledorf**

Großer Maskenball

Anfang 8 Uhr. Demaskierung 11 Uhr.

Einen genußreichen Abend versprechend, ladet ergebenst ein

Der Turnrat. Fr. Lommatzsch.

NB. Maskengarderobe liegt von Freitag mittag an in der Turnhalle zur Schau aus.

Zentral-Verband der Dachdecker Deutschlands. Filiale Dresden I.

Sonntag den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr

im **Restaurant Elbflorenz,** Kasernenstraße

Oeffentliche Dachdeckerversammlung

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Kündigung des Tarifs durch die Arbeitgeber im Dachdeckergewerbe für Dresden u. U.

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht!

Die Verwaltung.

Turnverein Freie Turner, Deuben.

Sonnabend den 25. Januar, abends 8½ Uhr

Generalversammlung

im **Gasthof zum sächsischen Wolf, Deuben.**

Die Tagesordnung ist sehr wichtig, unter anderem: Antrag der Baukommission: **Ankauf eines Grundstückes.**

Um vollzähliges Erscheinen ersucht **Der Turnrat.**

6 Populäre Sonntag-Nachmittags-Konzerte in der Dalcroze-Schule, Hellerau

— Beginn 4 Uhr. —

Nächsten Sonntag, 26. Jan.: I. Konzert Herr **Robert Pollak** (Violine) u. Mme. **Brunet-Lecomte** (Klavier).

Mitwirkung: die Herren Professor **D. C. Jaques-Dalcroze** und **Hermann Kirner** (Klavier).

Gabriel Fauré: Violinsonate, A-Dur op. 13. Ernest Chausson: Poème. Saint-Saëns: Variationen über ein Thema von Beethoven für 2 Klaviere. César Franck: Violinsonate A-Dur. Konzertflügel: Ed. Seiler, Liegnitz.

II. Sonntag, **2. Februar:** Das **Petri-Streichquartett.**
III. Sonntag, **16. Februar:** Mme. **Marie Panthès**
IV. Sonntag, **2. März:** Herr **J. Gaillard** (Cello) und Frau **Nina Jaques-Dalcroze** (Sopran).
V. Sonntag, **16. März:** Das **Wille-Streichquartett.**
VI. Sonntag, **20. April:** Frl. **Emmi Leisner** (Gesang).

Abonnements für alle 6 Konzerte 12 M., Einzelkarten 3, 2, 1 M. bei F. Ries, Seestr. 21 und Ad. Brauer, Hauptstr. 2. Gewerkschaftsmitglieder erhalten Vorzugskarten zu 50 Pf. (Sitzplätze) im Gewerkschaftsbureau, Ritzenbergstr. 4, die Mitglieder der Volksmusikakademie im Bureau derselben.

Bekanntmachung.

Den geehrten Mitgliedern des Konsumvereins für Löbtau und Umg. in Liqu. zur Kenntnisnahme, daß **Donnerstag** den 23. Januar **unser Kontor,** Poststraße 15, 1., **geschlossen wird.**

Alle Sparkassen- und Mitglieder-Angelegenheiten sind von Montag den 27. Januar an im Kontor des Konsumvereins Vorwärts, Rosenstr. 99, zu erledigen.

Konsumverein für Löbtau und Umg.

Kino Leuben-Laubegast

empfiehlt sich einer gewissen Beachtung.

Die Direktion.

Sarrasani

(Telephon 17760 und 17812)

geht

niemals die altgewohnten Bahnen und

kehrt niemals wieder

zum schon einmal Dagewesenen zurück.

Sonnabend Sonntag Montag — **2 Vorstellungen 2** — 8 Uhr u. 7½ Uhr.

Heute Freitag 7½ Uhr: **Gala-Vorstellung.**

Telephonische Billettbestellungen werden vom Circusbureau bereitwilligst entgegengenommen.

Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise. Vorverkauf an der Circuskasse, im Warenhaus H. Herzfeld und in sämtlichen Zigarrengeschäften von L. Wolf

Fleisch billiger!

Schweinefleisch:	Bauch	Pfund	**80** Pf.
	Keule	Pfund	**90** Pf.
	Kamm	Pfund	**100** Pf.
Speck		Pfund	**85** Pf.
Hausschlachtene Wurst		Pfund	**80** Pf.

Pa. Mastochsenfleisch sowie **pa. Kalbfleisch** zu billigsten Preisen.

Gustav Borgmann, Tolkewitz, Holterwitzer Str. 54 Fernruf 18 682

E. PASCHKY

Pillnitzer Str. 14	Tel. 3102	Pfotenhauerstr. 24	Tel. 3970
Alaunstraße 4	Tel. 2257	Wettinerstr. 17	Tel. 1635
Bismarckplatz 13	Tel. 4162	Rosenstr. 48	Tel. 1735
Eingang Lindenaustraße		Hechtstr. 27	Tel. 4596
Zöllnerstr. 12	Tel. 2806	Torgauer Str. 10	Tel. 1589
Bienertstr. 11	Tel. 4871	Trompeterstr. 5	Tel. 2967
Wartburg Str. 14	Tel. 4050	Reisewitzerstr. 11	Tel. 4114

Kontore und **Lagereien:** Wölfnitzstr. 1. Tel. 1684.

Von neuen Zufuhren wieder eingetroffen:

Seeforellen, hochdelikat . . Pfund **30** Pf.
Kabljau, ohne Kopf in ff. großen Fischen . Pfund **35** Pf.
Kabljau, „Helgol.“ steifer, 2—3 pfündiger . Pfund **38** Pf.
Fischkarbonade, fix und fertig zum Zerschneiden, in Filet usw., in Fischen . . Pfund **50** Pf.

Sehr preiswert ist wieder

Angel-Schellfisch

in hochfeinen 1- bis 3-Pfund-Fischen

Pfund nur 35 Pf.

Schellfisch, „Helgol.“ in Portionsgröße, Pfund **33** Pf.
See-Hai, ohne Kopf, hochdelikat (auch See-Aal genannt) Pfund **23** Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Täglich frisch vom Rauch:

Vorzüglicher, milder, fettfließender Stromlachs, von dicken, etwa 8 Pfund schweren Seiten geschnitten Pfund **130** Pf.

In ganzen Seiten . . . . . Pfund **115** Pf.

Versand prompt gegen Nachnahme.

Geübte Kartonnagen-Arbeiterinnen

auf feste Kartons per **sofort** gesucht.

Georg A. Jasmatzi A.-G., Schandauer Straße 68.

Geübte Packerinnen

Geübte Zigaretten-Handarbeiterinnen auf Gold, flach, Gürtel
Geübte Zigaretten-Handmaschinen-Arbeiterinnen sowie
Zigaretten-Handmaschinen-Lehrmädchen werden sofort gesucht.

Georg A. Jasmatzi A.-G., Schandauer Strasse 68

Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens

Nur bis mit Sonntag:

Mit großem Beifall aufgenommen

Auf Irrwegen. Charakterbild in drei Abteilungen

Und der vorzügliche Solistenteil!

Sonntags 3 Vorstellungen

Nachmittags: Ein Kind mit Eltern frei!

Im Ballsaal: Sonntags u. Montags **Beste Ballmusik des Dresdner Westens**

Kirchenglocken-Walzer.

Konkurrenzlose Dekoration vom Maskenball!

Varietébesucher Sonntag u. Montag freier Eintritt im Ballsaal.

E. Schurigs Restaur.

14 Stiftsstraße 14

Grosser Mittagstisch.

Freitag: 743. Schlachtfest

Verkehrs-Lokal der Modelltischler.

Jakob Kranz

Frisch-auf-Schänke

Könneritzstr. 17, Tel. 1702

hält sich zur Einkehr best. empf.

Restaurant Wilschdorfer Höhe

Sonnabend den 25. Januar

Schlacht-Fest

Sonntag den 26. Januar

Bratwurst-Essen

mit musikalischer Unterhaltung.

Es laden erg. ein **A. Watzke u. Frau**

Freitag den 24. Januar 1913

Gr. Schlachtfest.

Es ladet ergebenst ein

Robert Opitz

Gerokstraße 5.

Bade-Anstalt PLAUEN

Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bäder aller Art

E. Brüsewitz

Gittersee strasse 18

Kluge Frauen

„Franzelee“, Paket 75 Pf.

Mutterspritzen, Spülkannen

Bensets-Gürtel, Leib-Binden sowie alle

Frauen-Artikel.

Nur bessere Ware!

R. Freisleben

Postplatz. Tel. 500.

Man achte auf Firma.

Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinschaffen? Zu

H. Lorenz

jetzt Frauenstraße 1

Ecke Schöffergasse

wo man alle Uhren gut und billig reparieren. Preisangabe sofort. Neue Uhren billigst.

Trauringe in grosser Auswahl

Damen

empf. best. Spülapparate, Mutterspritzen, hyg. Artikel und wenden sich bei Störung vertrauensvoll an

Frau Fröhlich, Wallstraße 23, I.

Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Uhren aller Art in gut u. billigst reparieren

Neue Uhren und Ketten

enorm billig w. Ersparnis der Ladenmiete

Max Richter, Annenstr. 28, I.

„Erno“

Sprech-Apparate, unerreicht in Qualität u. Preis. Bar und Teilzahlung. Gr. Auswahl in **Ia Schallplatten, Tonophonen, Grammophonen** usw. Stets das Neueste. Reparaturen prompt.

Ernst Noack, Bürgerstr. 8.

Herren-Wäsche

Krawatten, Blaue Anzüge kauft man am billigsten bei

E. Köhler, Am Lo[illegible]

Mutterspritzen

Hygien. Frauenartikel

Frau Heusinger

Am See 37

Ecke Tivoldiswalder Platz.

3000 Grammophon-Platten

doppelseitig, von 75 Pf. an

nur erstklass. Fabrikate

20 % Rabatt.

Friedrich Adam

Ziegelstraße 4.

Vertreter.

Alte, angesehene Feuer- und Einbr.-Diebst.-Vers.-Ges., die ihren Agenten das Inkasso beläßt, sucht in allen Stadtteilen Dresdens und in der Umg. rührige, vertrauensw. Vertreter gegen gute Bezüge.

Offerten erb. unt. **G. U. 100** an die Expedition dieser Zeitung.

Sohn rechtlicher Eltern, der Lust hat

Fleischer

zu werden, kann Ostern in die Lehre treten bei **Bruno Fischer, Radebeul,** Gartenstraße 74.

Blumen-Arbeiterinnen

auf Rosen und Röschen, alles vorgerichtet, nimmt für dauernd an

Frau Schmiedel,

Großsedlitz, Moltkestraße 1.

Älteres anständiges Mädchen sucht bis 1. oder 15. Februar Stellung als **Kaufmädchen** mit Gästebedienen. **Frida Hanfstein** bei Herrn P. Krebs, Rosenstr. 97, I.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Reichstag.

95. Sitzung. Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

7. Tag.

Zunächst wird über 53 zum vorjährigen Etat des Reichsamts des Innern beantragte und damals zurückgestellte Resolutionen abgestimmt.

Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution, die den Achtstundentag für die im Handels-, Industrie- und Verkehrswesen beschäftigten Personen fordert.

Angenommen werden — meist gegen die Stimmen der Konservativen — alle Resolutionen, die den Ausbau des Koalitionsrechtes und des Arbeiterrechts verlangen.

Angenommen werden ferner die Resolutionen, die ein Reichsberggesetz wünschen, ebenso die sozialdemokratische Resolution, in der für die technischen Angestellten und Bureauangestellten ähnliche soziale Schutzbestimmungen verlangt werden, wie für die Handelsangestellten.

Angenommen wird auch die sozialdemokratische Resolution, in der das

Koalitionsrecht der Landarbeiter,

gefordert wird.

Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution auf Aufhebung der Gesindeordnungen.

Eine Resolution auf Abänderung des § 100q entsprechend den Wünschen der Handwerker wird angenommen, desgleichen eine Resolution, welche die Bekämpfung der Anaamierkneipen verlangt.

Bei der Abstimmung über eine Resolution Brandys (Pole), welche von der Regierung Beihilfen an Private zu Versuchen mit künstlicher Bewässerung (künstlichem Regen) verlangt, stellt das Präsidium unter stürmischer Heiterkeit fest, daß das Resultat der Abstimmung zweifelhaft sei und daher Hammelsprung erfolgen müsse. Lebhafte Heiterkeit herrscht auf den Tribünen, als Abgeordneter v. Kröcher (k.) schließlich als letzter der Abgeordneten schlafend auf seinem Platze bleibt und erst bei dem lauten Gelächter überrascht den Saal verläßt.

Die Resolution wird mit 171 gegen 153 Stimmen angenommen; für sie stimmen die Konservativen, Polen und Sozialdemokraten; gegen sie das Zentrum, die Nationalliberalen, die Volkspartei und die Reichspartei.

Es folgt dann die Abstimmung über die in diesem Jahre zum Titel „Staatssekretär" vorliegenden Resolutionen. Abgelehnt werden einige Resolutionen der Wirtschaftlichen Vereinigung resp. Antisemiten, die völkische Wünsche enthalten. Eine Resolution Dr. Werner (Antis.), die das gesetzliche Verbot der Naturverschandelung durch Plakate und Bretterreklame fordert, wird mit den Stimmen von Abgeordneten aus allen Parteien angenommen.

Von einer Resolution Dr. Werner (Antis.), die 15 Gesetze zum Schutze des gewerbetreibenden Mittelstandes verlangt, werden nur einige Teile angenommen, z. B. soweit die Heranziehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung, der Fachschulen und der Handwerkskammer unter Abgrenzung von Fabrik und Handwerk verlangt wird, ferner bessere Wahrung der Forderungen des Handwerks in der Konkursordnung, Errichtung eines Reichsamtes zur Beaufsichtigung der Syndikate, Kartelle und ähnlichen Vereinigungen, Bekämpfung des versteckten Warenhandels, Verschärfung des Gesetzes über Abzahlungsgeschäfte, Regelung des Submissionswesens bei Vergebung von Arbeiten für den Reichsbedarf, weitere Einschränkung der Gefängnisarbeit, Fernhaltung ausländischer Hausierer usw.

Schließlich wird namentlich abgestimmt über die konservative Resolution:

Die Regierung zu ersuchen, alsbald und noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Streikpostenstehen verboten wird.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Resolution mit 282 gegen 52 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen. Mit der Mehrheit stimmt auch der Abg. Graf Posadowsky.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Kapitel 7 Titel „Zentralstelle für Volkswohlfahrt" fortgesetzt.

Abg. Schulz (Soz.):

Es ist beinahe Tradition geworden, daß bei diesem Titel der Zentralstelle für Volkswohlfahrt von bürgerlicher Seite einige Worte des Lobes gesagt werden. Nur Herr Gamp hat sich zuletzt etwas unwirsch erkundigt, wofür denn eigentlich diese Gelder ausgegeben würden, und hat die Notwendigkeit der Zentrale überhaupt in Frage gestellt. Das mußte etwas wunder nehmen, weil es ein Fraktionsgenosse des Herrn Gamp, der inzwischen verstorbene Graf Douglas, war, der im gewissen Sinne der intellektuelle Urheber dieser Zentralstelle gewesen ist. Dieser Angriff des Frhr. v. Gamp fiel zeitlich ungefähr zusammen mit den bekannten Angriffen des inzwischen verstorbenen Scharfmachers Dr. Alexander Tille gegen die Zentralstelle. Die Zentrale berichtet, daß sie seit jenen Angriffen einen erheblichen Mitgliederrückgang zu verzeichnen habe. Wir Sozialdemokraten sind auch keine Lobredner der Zentralstelle für Volkswohlfahrt; aber wir stehen doch nicht da, wo die Herren Gamp und Tille stehen. Sie fürchten die Vergiftung der Regierung durch den sogenannten Kathedersozialismus oder, wie er neuerdings heißt, Klassenmoralismus. Wir sehen umgekehrt in der Zentrale ein wertvolles Hilfsorgan der Regierung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Daher haben wir gar keinen Anlaß, der Zentralstelle eine Reichsunterstützung zu bewilligen. Der Name „Zentralstelle zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes" ist nicht gerade bescheiden, zu diesem Zwecke wurde bekanntlich seinerzeit das Deutsche Reich gegründet. Aber ich will gern die bescheidenere Auslegung des Namens zugrundelegen, die die Zentralstelle selbst für sich in Anspruch nimmt; Volkswohlfahrt sei eine freie Tätigkeit, die zu einer sozialen Besserung führe, welche durch bloße Rechtswirkung nicht erreicht werden könne. Ist denn die Zentralstelle frei in diesem Sinne? Sie ist zwar keine Staatseinrichtung von Amts wegen, aber doch eine staatliche Einrichtung auf Umwegen, die Regierungen haben innerhalb der Zentralstelle gerade soviel Einfluß wie sie brauchen, um alles durchzusetzen, was sie wollen, und alles zu verhindern, was ihnen nicht paßt, und haben andererseits so wenig Verantwortung, daß sie in kritischen Fällen den Kopf jederzeit aus der Schlinge ziehen können. Die wirklich freie Tätigkeit zur sozialen Besserung wird ausgeübt von den Arbeitergewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Gerade diese beiden Faktoren für wirkliche Volkswohlfahrt sind aber in der Zentralstelle nicht vertreten, sondern werden von ihr bekämpft. Ich gebe zu, daß diese Bekämpfung nicht offen und nicht mit plumpen Mitteln vorgenommen wird, es ist ein Kampf mit geistigen Waffen, die Zentralstelle bringt Argumente für ihre Anschauungen vor. Sie hat auch eine ganze Reihe von wertvollen wissenschaftlichen Publikationen herausgegeben, die auch von uns für einschlägige Arbeiten gern benutzt werden. Uns ist selbstverständlich ein Gegner lieber, der uns mit geistigen Waffen bekämpft, als ein plumper Scharfmacher, möge er nun im Tone polizeilicher Unfehlbarkeit zum Volke reden oder seine Scharfmacherei einwickeln in süßliche Witzeleien. Aber die Sozialistenbekämpfung wird nicht zur Volkswohlfahrt, wenn sie sich auch noch so akademisch gebärdet. Die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie geht aus allen Publikationen sowie aus der praktischen Tätigkeit der Zentralstelle hervor. Selbstverständlich bestreiten wir der Zentralstelle nicht das Recht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, andere sozialpolitische Anschauungen zu verfechten als wir. Wir selbst machen ja von dem Recht, uns entgegenstehende Ansichten zu bekämpfen, ausgiebigen Gebrauch und es stünde uns daher schlecht an, wenn wir dasselbe anderen Leuten wehren wollten. Wogegen wir protestieren, ist die Subventionierung irgendwelcher politischen Betätigung aus Staats- oder Reichsmitteln. Die Reichseinnahmen werden aus den Steuergroschen der Gesamtheit aufgebracht, in erster Linie aus indirekten Steuern. Es wäre eine gute Aufgabe für die Zentralstelle, nachzuweisen, wie sehr die Volkswohlfahrt durch das System der indirekten Steuern geschädigt wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man kann von uns als den Vertretern von 4¾ Millionen deutschen Steuerzahlern nicht die Bewilligung von Mitteln verlangen, die dazu dienen sollen, uns zu bekämpfen. Ich will heute nur einen Zweig der Tätigkeit dieser Zentralstelle kennzeichnen, der neuerdings besonders im Vordergrund steht und bei dem ihre politischen Tendenzen besonders krß zum Ausdruck kommen, das ist die sogenannte Jugendpflege. Ich will nicht bestreiten, daß sich die Zentralstelle in früheren Jahren mit den Problemen der Jugendpflege und Fürsorge beschäftigt, daß sie manche Fragen in die öffentliche Diskussion geworfen und auch Material dazu geliefert hat. Ihre Veröffentlichungen kann jeder mit Interesse lesen, der sich überhaupt für das Problem der Jugendpflege interessiert. Aber dies Material ist jahrzehntelang unbeachtet geblieben. Anders wurde es erst, als die Arbeiter die Jugendbewegung in die Hand nahmen. Das war der Arbeiterbewegung früher nicht möglich, da sie unter dem Ausnahmegesetz und seinen Nachwehen, der Zuchthausvorlage usw., die Hände nicht frei hatte. Also als die Sozialdemokratie das Problem der Jugendfürsorge aufgriff, da erkannten die Gegner der Arbeiterbewegung, wie wichtig für die geistige Verfassung der späteren Erwachsenen eine rechtzeitige und gewissenhafte Pflege der Jugendlichen nach der Schulentlassung sei. Es ging nun sehr schnell mit der bürgerlichen Jugendpflege. Kaum ein Jahr hat es gedauert, und heute kennen Minister und Geheimräte, Regierungspräsidenten und Landräte kaum noch eine wichtigere Aufgabe als die Jugendpflege, und die Stadtverwaltungen werden mit diesbezüglichen Verfügungen und Verordnungen derartig bombardiert, daß sie oft nicht mehr aus noch ein wissen. Ich habe eben eine Aeußerung aus dem „Reichsboten" zitiert. Dasselbe Blatt gibt auch die Gründe für dies plötzliche Interesse an, indem es sagt: „Die eigentliche Triebfeder der mit so großen Mitteln ins Werk gesetzten modernen staatlichen Jugendpflege ist nichts anderes als die Angst vor den Folgen der sozialdemokratischen Hetze." Sehen wir statt dessen die Angst vor der Sozialdemokratie, so können wir das vollkommen unterstreichen.

Bei dieser Sammlung aller Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie steht nun die Zentralstelle für Volkswohlfahrt an der Spitze, ihr Werk ist gerade die Zusammenfassung aller bürgerlichen Jugendpflegebestrebungen, die Schaffung der sogenannten interkonfessionellen Jugendbewegung. Von welchen Beweggründen sie sich dabei hat leiten lassen, beweisen zum Beispiel folgende Ausführungen im Heft 3 ihrer Flugschriften „Fürsorge für die schulentlassene ländliche Jugend", verfaßt von einem der ersten Dezernenten der Zentralstelle für dies Gebiet. Es heißt da:

„Mit Sorge muß es auch erfüllen, zu sehen, mit welchem Eifer die Sozialdemokratie sich bemüht, die Jugend in ihre Vereine zu ziehen. Es wird von den Sozialdemokraten offen zugegeben, daß hier die Jugend für den späteren politischen Parteikampf geschult werden soll. Neuerdings ist jedem politischen Treiben der sozialdemokratischen Jugendvereine ein Riegel vorgeschoben, aber im geheimen geht die Wühlarbeit weiter. Bei der großen Erbitterung und Leidenschaftlichkeit, mit der von der Sozialdemokratie der parteipolitische Kampf geführt wird, wird schon in der Jugend jenes Mißtrauen und jene Hetzstimmung erzeugt, die es zu keiner harmonischen Entfaltung der Gaben und Kräfte des Gemütes und Charakters kommen läßt."

So viel Sätze, so viel Unrichtigkeiten. Der Verfasser muß es zunächst als Sachverständiger wissen, daß, als er dies im Jahre 1910 schrieb, durch den berüchtigten Jugendparagraphen des Reichsvereinsgesetzes bereits allen proletarischen Jugendvereinen das Lebenslicht ausgeblasen war. Er scheint sich noch besonders darüber zu freuen und fügt außerdem noch das niedliche Denunziationchen hinzu, daß im geheimen die Wühlarbeit weiter gehe. Wenn er weiter behauptet, daß die Jugendbewegung von der Sozialdemokratie benutzt werden solle, um aus dem jungen Arbeiter und Arbeiterinnen gleichsam Sozialdemokraten en miniature zu machen, so ist das ein großer Irrtum. Von diesem pädagogischen Mißgriff muß uns schon das böse Beispiel der bürgerlichen Jugendbewegung warnen. Kommt doch die Jung-Deutschland-Bewegung auf nichts anderes hinaus, als durch die Rechäfereien militärischer Exerzitien möglichst schon die Schulkinder zu kleinen Soldaten zu machen. Wir wollen nur dafür sorgen, daß in der Jugend alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten erschlossen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ebensowenig wünschen wir eine politische Jugendwehr. „Politisch Lied, ein garstig Lied," sagen wir gewiß nicht. Wohl aber gehört zur Politik die robuste Natur eines Erwachsenen. Wir Sozialisten wollen den Kindern die Natürlichkeit der Jugend erhalten. Das Erwachen der politischen Erkenntnis läßt sich ja gewiß nicht festlegen, das Reichsvereinsgesetz will dieses Erwachen mit dem 18. Jahre festlegen, bei manchen erwacht die politische Erkenntnis weit früher, bei anderen weit später, mancher gelangt nie dazu. (Heiterkeit.) Bei den Arbeiterkindern erwacht sie im allgemeinen deshalb früher, weil in den Arbeiterfamilien man sich mehr um das öffentliche Leben kümmert, und vor allem, weil die Arbeiterkinder schon mit dem 14. und 15. Lebensjahr in den Lebenskampf hinausgestoßen werden. In den Versammlungen der Arbeiterjugend wird keine Politik getrieben, sondern wissenschaftliche, literarische, künstlerische Vorträge werden gehalten; gelegentlich spricht man natürlich auch über Politik, aber in unpolitischer Weise. Das ist natürlich möglich, sonst würde ja jeder Schullehrer, der über die politischen Gründe Friedrichs II. zum Schlesischen Kriege vorträgt, Politik treiben. Um so mehr müssen wir uns gegen die Schikanen wenden, mit denen unsere Jugendbewegung verfolgt wird. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt trägt einen großen Teil der Verantwortung für den Kampf der Behörden gegen unsere Jugendbewegung; denn sie steht an der Spitze der bürgerlichen Jugendbewegung, die ungehindert Politik treibt. Oder ist es etwa keine Politik, wenn die Kinder gegen die Sozialdemokratie scharf gemacht werden, wenn der Jung-Deutschland-Bund geradezu systematisch die Kriegsverherrlichung betreibt. Der Generalgewaltige des Bundes, Feldmarschall v. d. Goltz, soll neulich gesagt haben: „Wenn's doch einmal losginge!" Wie muß derartiges auf die jungen Leute einwirken. Dr. Oertel hat neulich Herrn Hügel den Rat gegeben, für den Frieden zu wirken. Möge er doch einmal den Friedensstörern in seinen eigenen Kreisen das Handwerk legen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerliche Jugendbewegung hat ja nur den Zweck, der Sozialdemokratie den Nachwuchs abwendig zu machen. Wir können das auf sich beruhen lassen, aber wir wollen nicht, daß Unfrieden in die Arbeiterfamilie hineingetragen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade Sie, die die Familie als Grundlage der Gesellschaft hinstellen, hetzen die Kinder gegen die Eltern auf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist unser gutes Recht und unsere Pflicht, zu wünschen, daß unser Nachwuchs dereinst in unsere Fußtapfen tritt. Wenn die Kinder reif geworden sind und sich als Erwachsene entschieden, dann wollen wir, daß sie noch entschiedenere, bessere Sozialdemokraten werden als wir. Freilich haben Sie die Macht, unser natürliches Menschenrecht zu vergewaltigen. Soweit wir können, treten wir dem entgegen, und dazu gehört auch, daß wir hier die geforderten Mittel für die Zentrale für Volkswohlfahrt verweigern. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Prinz zu Schönaich-Carolath (natl.): An Schikanen gegen die proletarische Jugendbewegung ist doch die Zentralstelle für Volkswohlfahrt unschuldig. Sie kann doch auch nicht für das verantwortlich gemacht werden, was Feldmarschall v. d. Goltz gesagt haben soll. Die Soldatenspielerei der Kinder verurteilen auch viele bürgerlichen Elemente. Wohl aber ist es unsere Pflicht, der Jugend vaterländische Gesinnung und die Tradition unserer glorreichen Geschichte zu erhalten. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Dr. Pieper (Z.): Die Tätigkeit der Zentralstelle ist keine politische. Im Gegensatz zu Herrn Schulz ist sein Parteifreund Frank für die politische Erziehung der Arbeiterkinder schon vom 14. bis 18. Lebensjahre eingetreten. Die bürgerlichen Jugendvereine haben sich dagegen nirgends einer politischen Partei angeschlossen.

Unterstaatssekretär Richter: Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist eine private, nichtpolitische Institution, in der Männer aller bürgerlichen Parteien tätig sind.

Abg. Bruckhoff (Vp.): Die Sozialdemokratie will durch die proletarische Jugendbewegung doch sicher die Jugend von den bürgerlichen Parteien abwendig machen. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) Vom Jungdeutschlandbund haben sich viele pädagogischen Kreise verstimmt zurückgezogen, weil dort jeder junge Reserveoffizier in Uniform mehr gilt als sie; aber die nationale Erziehung unserer Jugend können wir nicht preisgeben. Die Schule befindet sich der Sozialdemokratie gegenüber in einer gewissen Notwehr. Ich verwahre die Lehrer dagegen, im Geschichtsunterricht blöden Hurrapatriotismus zu pflegen. Aber wir müssen der Sozialdemokratie gegenüber unsere nationale Einheit erhalten. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Davidsohn (Soz.):

Mein Kollege Schulz hat sich mit Recht dagegen gewendet, daß die Herren aus dem bürgerlichen Lager sich vom Reich subventionieren lassen. Mögen sie sich doch zusammenschließen gegen uns, aber dann sollen sie ihre Jugendbewegung ebenso bezahlen aus eigenen Mitteln, wie wir. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Budget der Zentrale für Volkswohlfahrt beträgt 130 000 M., die zum größten Teil aus Reichs- und Staatsmitteln, also aus den Mitteln der Steuerzahler fließen. Dagegen protestieren wir mit Recht. Der Beirat der Zentrale und alle von ihr gebildeten Institutionen und Körperschaften sind ganz einseitig zusammengesetzt. Herr Müller-Meiningen hat ganz im Gegensatz zu Herrn Bruckhoff vor einigen Jahren diese Zusammensetzung, bei der das künstlerische, das schriftstellerische Element vollständig fehlt, in der immer nur eine bestimmte politische Clique Einfluß hat, scharf gerügt. Herr Bruckhoff will der Jugend den Respekt vor der Autorität erhalten wissen. Wie können Sie dann der proletarischen Jugend Mißachtung der eigenen Eltern einflößen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das muß zu einer Zersplitterung des Familienlebens führen, gegen die wir uns wenden. — Herrn Pieper erwidere ich, daß politische Bildung nicht mit parteipolitischer Bildung zusammenfällt, und mein Parteifreund Frank hat in den von Pieper zitierten Stellen nur von allgemeinpolitischer Bildung gesprochen. Die Zentrale hält es nicht einmal für nötig, trotz der ihr gewährten Subvention der Reichstagsbibliothek ihre Publikationen zur Verfügung zu stellen. (Bravo! b. d. Soz.)

Direktor Lewald: Das ist nicht richtig. Die Zentralstelle hat im letzten Jahre ihre Publikation durch das Reichsamt des Innern dem Reichstag übersandt.

Abg. Beil (Z.): Parteipolitik wird von der Zentralstelle nicht getrieben. Vertreter aller bürgerlichen Parteien arbeiten an ihr mit! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Bürgerliche!) Die Arbeiterjugendbewegung ist sozialdemokratisch, denn ihr Ziel ist die Vorbereitung für den Klassenkampf des gesamten Proletariats. Sie ist nur scheinbar aufgelöst worden. Die Zentralstelle aber hält sich frei von Parteipolitik.

Abg. Schulz (Soz.):

Wir haben gar nichts dagegen, daß die Zentralstelle uns bekämpft. Aber wir lehnen die Unterstützung aus Reichsmitteln für eine solche einseitige Zentralstelle ab. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Durch die Art des heutigen Geschichtsunterrichts und Ihrer Jugendpflege wird erst der politische Kampf in die proletarische Jugend hineingetragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sozialdemokratische Jugendorganisationen gibt es leider nicht mehr. Unsere blühende Jugendbewegung ist aufgelöst, und gerade diese empörende Ungerechtigkeit hat die größte Erbitterung unter der sozialdemokratischen Jugend hervorgerufen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pens (Soz.):

Vor zwei Jahren hat der Reichstag einstimmig eine Resolution angenommen, das Reich möge dem Verein für soziale innere Kolonisation zum Zwecke der Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose eine Förderung zuteil werden lassen. Das ist inzwischen geschehen. Die Bestrebungen dieses Vereins verdienen in der Tat allseitige Beachtung.

Die Debatte schließt. Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Zum Titel „Belastung des Reichs aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen" beantragt die Kommission eine Resolution, die eine neue Berechnung über diese Belastung verlangt und, falls diese geringer ist, als bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung angenommen wurde, eine Gesetzesvorlage, durch die die Renten soweit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.

Abg. Molkenbuhr (Soz.):

Was wir bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Damals bezeichnete man unsere Anträge als phantastisch, denn sie würden ungezählte Milliarden verschlingen. Wir sagten voraus, daß die Täuschung über die Leistungen der Reichsversicherungsordnung nicht lange vorhalten würde. Schon jetzt sehen wir, wie weit die Wirklichkeit hinter den von der Mehrheit angenommenen Zahlen für den Reichszuschuß bei der Hinterbliebenenversicherung zurückbleibt. Auch bei der Seemannsordnung hatte man uns solche phantastischen Berechnungen vorgelegt, und heute bekommen die armen Witwen der Seeleute noch keine Renten. Sie müssen dafür büßen, daß die Mathematiker sich so ungeheuerlich verrechnet haben. Redner geht eingehend auf die Berechnungen der Hinterbliebenenrenten ein und hebt hervor, daß die Renten erheblich erhöht werden konnten. Aber das wollte man nicht. Dafür werden große Kapitalien angesammelt. Die Witwen und Waisen aber müssen verhungern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Art der Behandlung erinnert an den Geizhals, der Schätze sammelt und vergräbt, und bei seinen Schätzen hungert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daher sollte man die Erhöhung der Renten im Auge behalten. Das Zentrum hat mit der Bewilligung dieser Witwen- und Waisenversorgung dem arbeitenden Volke einen schlechten Dienst erwiesen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Caspar hält es für unrichtig, die Erfahrungen des ersten Jahres der Hinterbliebenenversicherung den Berechnungen zugrunde zu legen. Ueberall habe sich gezeigt, daß die Renten erst ganz allmählich den erwarteten Umfang annehmen.

Abg. Gothein (Vp.): Es wäre besser, wenn solch ausführliche Berechnungen uns vorher schriftlich mitgeteilt würden; so können wir ihnen unmöglich folgen. Sollten die Ergebnisse auch des nächsten Jahres zeigen, daß eine Erhöhung der Witwen- und Waisenrente möglich ist, so wäre das zweifellos eine unserer dringendsten Aufgaben. Der Resolution stimmen wir zu. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Ausführungen des Professors Bernhard in seinem Buche: „Die unerwünschten Folgen der Sozialpolitik."

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auch ich halte die Folgerungen dieses Buches für unzureichend; zum Teil sind sie durch Publikationen aus meinem Amt schon widerlegt. Ich werde demnächst alle

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

auf dem Gebiet des Schutzes der Gesundheit der Arbeiter geltenden neueren Bestimmungen zusammenfassen, nicht nur die Bundesratsverordnungen, sondern auch die Grundzüge, die zur Anleitung der Lokal- und Polizeibeamten dienen. Im Anschluß daran soll eine eingehende Darstellung und Würdigung der Ergebnisse unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ausgearbeitet werden. Natürlich kann diese Arbeit nicht in wenigen Monaten bewältigt werden.

Abg. Giesberts (Z.): Wir stimmen der Resolution zu, ohne entscheiden zu wollen, wer von den beiden Rechnern recht hat. Das Vorgehen von Prof. Bernhard sollte man nicht unterschätzen; hinter ihm steht eine ganze Clique von Scharfmachern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Molkenbuhr (Soz.)

wendet sich gegen Einzelheiten in den Berechnungen des Geheimrats Caspar. Er habe übrigens seiner Rechnung nicht die Resultate des ersten Jahres der Witwen- und Waisenversicherung zugrunde gelegt, sondern eine erheblich höhere Zahl von Rentenberechtigten angenommen.

Abg. Becker (Z.): Die Broschüre des Prof. Bernhard darf man auch nicht überschätzen. Sie ist abgetan schon durch die kolossalen Uebertreibungen, die in ihr enthalten sind. (Sehr richtig!) Natürlich gibt es auch Simulanten unter den Arbeitern. Aber von einer „Rentensucht der Arbeiter, die zum Ruin des deutschen Vaterlandes führen kann", ist keine Rede. Es ist bedauerlich, daß eine solche Tendenzschrift überhaupt Unterstützung in Arbeitgeberkreisen gefunden hat.

Die Resolution der Kommission wird hierauf angenommen und die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 6¾ Uhr.

Versammlungen.

Maschinenarbeiter. In der Jahresversammlung erstattete Kollege Goldammer den Jahresbericht. Danach hat die Sektion auch im verflossenen Jahre eine rege Tätigkeit entfaltet. Die Veranstaltungen waren leidlich besucht. Durch verschiedene Eingaben an die Gewerbeinspektion wurde versucht, den Arbeiterschutz an den Maschinen zu fördern. An einer statistischen Erhebung im Dezember beteiligten sich 61 Betriebe mit 423 Maschinenarbeitern und 89 Hilfsarbeitern. Das Ergebnis der Statistik ist im wesentlichen folgendes: Organisiert sind von den 423 Maschinenarbeitern 361. Der Organisationsstand würde ein besserer sein, wenn nicht in einigen Großbetrieben ein Teil der Maschinenarbeiter glaubte, den Verband nicht zu brauchen. Dies gilt besonders für den Betrieb von Seck, Hahnsberg. In der Berichtszeit vom 1. Dezember 1911 bis 1. Dezember 1912 ereigneten sich 78 Unfälle, und zwar waren 6mal Fingerverluste, 14mal Gliederverluste und 58mal leichtere Verletzungen zu beklagen. Revisionen durch die Aufsichtsorgane wurden in 40 Betrieben vorgenommen; in 18 Fällen wurden Beanstandungen nötig, in 13 Fällen schaffte der Unternehmer Abhilfe. Um die Lohnverhältnisse richtig zu erfassen, wurden die 61 Betriebe in sieben Gruppen eingeteilt. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt danach: in den Vertragsbetrieben 58,04 Pf., in der Musikbranche 52 Pf., in der photographischen Branche 50,09 Pf., in den Kistenbetrieben 46,97 Pf., in den Mühlenbauanstalten 53,74 Pf., in den übrigen Spezialfabriken 47,84 Pf. und im Plauenschen Grunde 51,15 Pf. Der Gesamtdurchschnittslohn ist 52,65 Pf. Hier können die Kollegen erkennen, daß die Maschinenarbeiter in den schlecht entlohnten Branchen alle Ursache haben, sich am Sektionsleben zu beteiligen, um ihre Lage zu verbessern. Ein Rückblick auf frühere Statistiken zeigt, daß das Interesse an der Sektion doch ein größeres geworden ist. Die Steigerung wird zum großen Teil mit auf die größere Zahl von Beschäftigten zurückzuführen sein. Die Konzentration der Betriebe wird auch weiter anhalten, haben doch in letzter Zeit wieder einige Unternehmer Maschinen angeschafft. Bei den Neuwahlen wurden die Kollegen Goldammer, Reitzigs und Kunz in die Sektionsleitung gewählt. Unter „Gewerkschaftlichem" wurde gerügt, daß die photographischen Betriebe durch Umschauen überlaufen würden. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß die Kollegen in den Betrieben sofort den Nachweis benachrichtigen sollen, wenn ein Arbeitsplatz frei wird. (Eing. 20./1.)

Wilsdruff. (Mitgliederversammlung.) Genosse Neumann gab den Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. Derselbe wurde ohne wesentliche Debatte entgegengenommen. Den Vorschlägen des Kreisvorstandes wurde allenthalben zugestimmt. Zu Delegierten zur Kreiskonferenz wurden Brendel-Grumbach, Schmidt-Klipphausen und Bombach gewählt. Den Bericht aus den Stadtverordnetensitzungen gab Genosse Aschoke. Es ist hervorzuheben, daß unser Genosse für den Bau von Wohnhäusern energisch eingetreten ist. Die Stadtverordneten haben auch endlich eingesehen, daß wirklich Wohnungsnot herrscht. Ferner bemerkte Genosse Aschoke, daß es diese Genossen versäumt hätten, vor der Stadtverordnetenwahl die Wählerlisten einzusehen. Das hat zu viel Nachteil geführt, denn mancher Bürger hätte seinen Einkommen gemäß in eine höhere Klasse kommen müssen. Genosse Neumann forderte die Anwesenden noch auf, für einen lebhaften Besuch des Walkotteabends Sorge zu tragen. Ferner sollen die Genossen zur Flugblattverbreitung am 26. Januar zahlreich erscheinen. (Eing. 20./1.)

Bureauangestellte. In der Generalversammlung am 15. Januar wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Kollegen Nadestock und Schmank in der üblichen Weise geehrt. Dann erstattete der Bevollmächtigte Schreiber den Jahresbericht vom vergangenen Jahre. Daraus ging hervor, daß in der hiesigen Ortsgruppe ein reges Leben geherrscht hat. Zu allen unseren Verband berührenden Fragen ist Stellung genommen worden; es wurde auch eine tatkräftige und erfolgreiche Agitation zur Erringung neuer Mitglieder und zur Weiterbildung der Mitglieder entfaltet. Aus den Vorgängen der letzten Zeit sei nur auf die Wahl der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung und auf das Anschreiben an die Rechtsanwälte wegen Uebernahme der vollen Beiträge für diese Versicherung hingewiesen. Von 314 hiesigen Rechtsanwälten haben 11, und von 46 auswärtigen haben 4 teils in zustimmendem, teils in ablehnendem Sinne geantwortet. Zum Schlusse seines Berichts ersuchte der Vorsitzende, den neu zu wählenden Vorstand im laufenden Jahre tatkräftig in seiner Arbeit zu unterstützen. In der Diskussion wurde bemängelt, daß in der letzten Zeit der Versammlungsbesuch sehr zu wünschen übrig gelassen hat und die Erwartung ausgesprochen, daß dies in Zukunft besser werden möge. Die bisherigen Funktionäre werden bis auf wenige Ausnahmen wiedergewählt. Um für die unterhaltenden Veranstaltungen einen größeren Spielraum zu bekommen, wurde beschlossen, etwaige Ueberschüsse aus den Vergnügen in eine besondere Kasse abzuführen. Kollege Krüger gab bekannt, daß Herr Bureauvorstand Frenzel sich bereit erklärt hat, über die Reichsversicherungsordnung vier Vorträge zu halten, und wurden hierzu der 3., 10., 17. und 24. Februar bestimmt. Es wurde um zahlreichen Besuch dieser Vorträge gebeten. Das Lokal, wo die Vorträge stattfinden sollen, wird noch bekannt gegeben werden. Hierauf erfolgte Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung. (Eing. 20./1.)

Buchbinderverband. Die Buchbinderbranche hielt am 14. Januar im Bergkeller eine Branchenversammlung ab. Erfreulicherweise waren auch die Kolleginnen in größerer Anzahl als sonst erschienen. Kollege H. Lange hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: Die Frau als Konkurrentin und Gefährtin. Den Bericht der Branchenkommission über das vergangene Jahr gab Kollege Süße. Angefangen wurde das Jahr mit einer Lohnbewegung der in Buchdruckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Ohne Arbeitseinstellung wurde erreicht eine Lohnzulage für 184 Personen in Höhe von 50 Pf. bis 4 M., durchschnittlich pro Person 94 Pf. wöchentlich. 213 Personen erlangten eine Verkürzung der Arbeitszeit von insgesamt 122 Stunden pro Woche, zumeist eine halbe Stunde wöchentlich. Der Durchschnittslohn der Kollegen betrug vor der Bewegung wöchentlich 23,16 M., nach der Bewegung 24,46 M. Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen steigerte sich von 12,29 M. auf 12,75 M. Der schlechte Abschnitt der Kolleginnen ist eine Folge der mangelhaften Organisation derselben sowie der vielfach üblichen Akkordarbeit. In den Kuvertfabriken und den Romanverlagen, sechs Betrieben mit zirka 225 Beschäftigten, zumeist weiblichen, ist bisher jeder Versuch, Einfluß zu gewinnen, fehlgeschlagen, obwohl diese Betriebe in bezug auf Löhne und Arbeitszeit mit am ungünstigsten dastehen. Die zirka 200 in Stein- und Lichtdruckereien Beschäftigten konnten sich infolge der durch die Aussperrung der Steindrucker verursachten ungünstigen Lage nicht an der Lohnbewegung beteiligen, doch gab es bei der Firma Kunstdruck, Niedersedlitz, ebenfalls Lohnzulagen und Verkürzung der Arbeitszeit. Die bei Innungsmeistern Beschäftigten, die in Lohn- und Arbeitsverhältnissen an letzter Stelle stehen, konnten sich zu keinem energischen Vorgehen aufraffen, obwohl gerade dieser Teil unserer Kollegenschaft bei jeder Gelegenheit bewegliche Klagen anbringt. Die Branchen-Kommission wurde einstimmig wiedergewählt. (Eing. 21./1.)

5. **Kreis, 7. Bezirk.** Die Versammlung war leidlich besucht, den Vorstandsbericht gab Genosse Uhlemann. Infolge des sehr umfangreichen Vortrags des Genossen Buck in letzter Versammlung mußten die früheren Vorstandsberichte zurückgestellt werden und kamen nun zum Vortrag, wobei sich allerdings schon manches erledigt hatte. Eine längere Debatte entspann sich beim Zeitungsbericht über die Gehaltszulagen und den Zeitungsneubau, wobei von einigen Genossen vom Baugewerbe Auskunft verlangt wurde, wie es denn bei der am 1. März zu erwartenden Aussperrung würde. Als Mitglieder der Kinderschutzkommission wurden der Genosse Frenzel, Terschekstraße 9, 1., und die Genossin Müller, Elisenstraße 57, part., wiedergewählt. Beim Bericht über die Zentralbibliothek wurde es nicht gutgeheißen, daß die Bücher in der Pirnaer Volksbuchhandlung gekauft werden mußten, da der hiesige Verlag höhere Preise verlangte. Auch wurde dabei Klage geführt über das hiesige Unternehmen bei Berechnung von Drucksachen. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, die Partei möchte anläßlich der Gründung der deutschen Sozialdemokratie in Leipzig vor 50 Jahren auch hier eine größere Feier veranstalten. (Eing. 21./1.)

5. **Kreis, 2. Bezirk.** In der Bezirksversammlung referierte Genosse Menke über: Malthusianismus. Genosse Lorenz gab den Vorstandsbericht. Er teilte mit, daß der Vorstand die Resolution unserer Gruppe wegen der Gehaltsregulierung abgelehnt habe, da er keinen Einfluß in solchen Angelegenheiten ausüben könne. Die Zeitungskommission allein sei ermächtigt, diese Gehaltsfragen selbständig zu regeln. In der Diskussion wurde dies bezweifelt und soll in der nächsten Kreisversammlung über diese Angelegenheit weiter diskutiert werden. Gewünscht wurde, daß die nächste Kreisversammlung in der Johannstadt stattfindet. Genosse Zopf bedauerte, daß man bei der Gehaltsregulierung die Zeitungskolporteure gar nicht berücksichtigt hat, da hier eine Zulage notwendig geworden ist. Erst dann, wenn die Kolporteure eine entsprechende Entlohnung bekommen, wird es möglich sein, daß die Kinderarbeit wenigstens bei uns beseitigt wird. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Zentralbibliothek nunmehr eröffnet sei. Den handlichen Katalog, a 30 Pf., der als guter Führer durch die Bibliothek zu schätzen ist, sollte sich jeder zulegen. Den Wahlen der Genossen Steinichen, Weichhold und Hamann ins Maikomitee wurde zugestimmt. In die Kinderschutzkommission wurden die Genossin Zopf und Genosse Kurrak wiedergewählt. Am Schlusse forderte Genosse Pößkler alle Genossen auf, daß sie sich am 26. d. M. zum Flugblattragen einfinden. (Eing. 21./1.)

6. **Kreis, Bezirk Baumewitz-Reisschuse.** In der Mitglieder-Versammlung am 16. Januar im Gasthof Nöthnitz sprach Genosse Riem über das Scheitern der Volksschulreform im sächsischen Landtage. Genosse Drechsler berichtete aus der Kreisvorstandssitzung und gab die Quartalsabrechnung. Zur Kreiskonferenz wurden die Genossen Ritter, Ilfert und Fritzsche gewählt. Die Mitgliedsbücher werden zur Kontrolle eingezogen. (Eing. 21./1.)

6. **Kreis, 4. Bezirk.** In der Gruppenversammlung hielt Genosse Fleißner den vierten (letzten) Zyklusvortrag über: Die Geschichte des Sozialismus. Nachdem er die vorhergegangenen Vorträge kurz skizziert, erläuterte er die Entwicklung des modernen und wissenschaftlichen Sozialismus. Am Schlusse seines Vortrags empfahl er den Anwesenden verschiedene Bücher zur weiteren theoretischen Ausbildung. Genosse Wenk schloß sich diesen Ausführungen an und bedauerte, daß sämtliche angeführten Werke in der Zentralbibliothek vorhanden sind. Bei dem Bericht des Kreisvorstandes wurde die Rüge verlesen, die der Vorstand dem Genossen Essenberger erteilt hat. Mehrere Genossen sind der Ansicht, daß in Zukunft weniger Federlesen gemacht wird, um die nicht unerheblichen Schiedsgerichtskosten zu sparen. Im übrigen wurde der Bericht ohne wesentliche Debatte entgegengenommen. Als Vertreter in die Generalversammlung der Zentralbibliothek wurden die Genossen Schneider, Petermann und Pollak gewählt. Am 26. Februar findet im Hirsch eine Versammlung der Dissidenten und derjenigen statt, die aus der Kirche austreten wollen. Am selben Tage findet eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorsitzende erwartet, daß die Genossen sich zahlreicher beteiligen als bisher. Ein Antrag des Genossen Hofrichter, den Beitragskassierern 15 Prozent zu gewähren, wurde nicht unterstützt. Ferner kritisierte er, daß die Gemeindevertreter von Birkigt die Gruppenversammlungen sehr selten besuchen. (Eing. 21./1.)

6. **Kreis, 3. Bezirk.** Mitgliederversammlung am 18. Januar in Hoffmanns Restaurant, Niedergorbitz. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Klemens Fischer und August Täuscher durch Erheben von den Plätzen. Dann gab Genosse Kurth den Bericht aus dem Gemeinderat zu Niedergorbitz. Er machte Mitteilung über den Stand der Beschleusungsfrage. Danach dürfte der Anschluß an das Schleusennetz der Stadt Dresden erfolgen. Mit dem Bau des Kinderheims des Vereins Kinderheim soll in nächster Zeit begonnen werden. Herr Schuldirektor Claus hat die Leitung des Vereins niedergelegt, an seine Stelle ist der Gemeindevorstand von Niedergorbitz getreten. Dieser hat unsere Vertreter ersucht, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft dem Projekt in Zukunft mehr Wohlwollen entgegenbringen möge als bisher. Man werde den Wünschen der Arbeiterschaft bei Leitung des Kinderheims möglichst entgegenkommen. Der Verein hat zu dem Bau städtisches Areal in Erbbaurecht erworben. Aus dem Gemeinderat von Obergorbitz berichtet Genosse Rülke. Er erläert, daß er dem Beschleusungsprojekt etwas pessimistisch gegenübersteht. Zu der Frage des Kinderheims führt er aus, daß wir auf unserem früher eingenommenen ablehnenden Standpunkte stehen bleiben müssen, da das Kinderheim durch einen Verein errichtet wird und wir keinen Einfluß auf die Leitung des Heims und auf die Art der Kindererziehung in demselben haben. Herr Kunath hatte den Entwurf eines Ortsgesetzes über die Bebauung des Flurstückes 115 in Obergorbitz mit 141 Einfamilienhäusern an den Gemeinderat eingereicht. Dem Entwurf ist bis auf zwei Punkte zugestimmt worden. In den Schulvorstand ist Genosse Hecht wiedergewählt. Bei einer Wahl infolge Ausscheidens des Herrn Gärtnereibesitzers Richter ergab sich Stimmengleichheit zwischen Genossen Rülke und Herrn Faust. Entgegen den Vorschriften der Landgemeindeordnung ließ Herr Gemeindevorstand Räde nicht das Los entscheiden, sondern vollzog eine zweite Wahl, bei der Genosse Rülke in der Minderheit blieb. Protest will Genosse Rülke gegen diese ungesetzliche Handlungsweise nicht einlegen, da bei einer Neuwahl an der Sache selbst nichts geändert würde. Er teilt noch mit, daß auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Punkt steht: Bau der Straßenbahn nach Obergorbitz. Dazu berichtet Genosse Hecht, daß in dieser Angelegenheit eine Sitzung der Gemeinden mit der Amtshauptmannschaft stattgefunden hat. Man will die Gemeinden zur Tragung der Kosten mit heranziehen. Aus dem Kreisvorstand berichtet Genosse Rülke. Zu der am 26. Januar stattfindenden Kreiskonferenz werden die Genossen Schneider, Werner und Kurth delegiert. Es entspinnt sich eine rege Debatte über die Art und Weise, wie die Gehaltserhöhung von der Großen Zentrale durchgeführt worden ist. Da auch die Bezirksverwaltung hierbei heftig angegriffen und ihr zum Vorwurf gemacht wird, sie suche die ganze Sache so nebenbei abzutun und sei ebenfalls bestrebt, die Genossen vom Mitbestimmungsrecht auszuschließen, erklärte Genosse Rülke, daß die der Verwaltung gemachten Vorwürfe unberechtigt sind, indem dieselbe bereits Protest beim Aktionskomitee des 6. Kreises eingelegt hat. Das Protestschreiben wurde verlesen und auf einen aus der Mitte der Versammlung gestellten Antrag hin trat dieselbe dem Protest bei. Die Kommission zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit wurde durch Hinzuwahl des Genossen Betzer-Obergorbitz verstärkt. Die Wahl eines Gruppenführers wurde vertagt. Zum Schluß forderte Rülke auf, sich an der am Sonntag den 26. Januar stattfindenden Flugblattverbreitung zahlreicher als in letzter Zeit zu beteiligen. (Eing. 22./1.)

Kaitz-Leubnitz. Eine recht gutbesuchte Frauenversammlung fand im Alten Kloster in Leubnitz-Neuostra statt, in der Genossin Röhl-Berlin über die Befreiung der Frau durch den Sozialismus sprach. Sie hat es verstanden, alle Anwesenden zu fesseln, brachte in verständlicher Weise unseren Frauen die Politik der Gegenwart näher und schilderte vortrefflich die Erziehung unserer Kinder und die wirtschaftliche Lage. Reicher Beifall belohnte ihre Ausführungen. Genosse Völkel beteiligte sich an der Debatte, sprach sich im Sinne der Referentin aus und schilderte die gescheiterte Volksschulreform. Die Versammlung hat reiche Früchte getragen, 22 Frauen meldeten sich zur Organisation. (Eing. 22./1.)

Neues aus aller Welt.

Wieder ein hochadliger Bauernfreund.

a. k. Diesmal ist es gar die höchste Person Böhmens, der frühere Ministerpräsident und jetzige böhmische Statthalter Fürst von Thun und Hohenstein, Herr zu Groß-Jdikau. Als Nachbar der Gemeinde Außergefild in Südböhmen war ihm die Gemeindejagd verpachtet. Die Gemeinde hielt es auch hier für angemessen, die Jagd einem gewöhnlichen Bürgerlichen zu verpachten, nicht nur, weil er eine höhere Pacht bot, sondern auch, weil die fürstliche Forstverwaltung sich durch brutales Vorgehen und groben Eigennutz — alljährlich zweimal Erhöhung des Brennholzpreises — verhaßt gemacht hatte. So rasch läßt aber eine fürstliche Verwaltung gemeinen Bauern gegenüber nicht locker. Es gelang in hartnäckigem Kampfe, die Verpachtung für nichtig erklären zu lassen. Nun ist die Verpachtung zu erneuern. Mit welchen Mitteln nun gearbeitet wird, um die Gemeinde unter den Willen des Fürsten zu zwingen, zeigt folgender Brief an einen dortigen Bauern, den unser Parteiblatt Böhmerwald-Volksbote wiedergibt. Es heißt da: „Sollten wir die Jagd nicht mehr bekommen, so hören selbstverständlich alle Unterstützungen an Brennholz und Geldgeschenken für die Armen und insbesondere für die Schulkinder auf und haben nur diese, die doch vollständig daran unschuldig sind, darunter zu leiden. Es wurde jedes Jahr von Sr. Durchlaucht gespendet: Für die Suppenanstalt 40 Kronen, für den Veteranenverein 20 Kronen, an Holz mindestens 20 Meter. Ferner vom Herrn Grafen Nostitz: für die Schulsuppenanstalt 20 Kronen usw. Nicht zu vergessen ist, was Se. Durchlaucht nach dem Brande für die Abbrändler alles getan hat. Sollte sich ein solches Unglück wieder einmal ereignen, würde natürlich jedwede Berücksichtigung unterbleiben, wenn wir die Jagd nicht wieder bekommen sollten." So schreibt die fürstliche Forstverwaltung. Mit der Drohung des Ausbleibens der angeführten Bettelgelder und dem Hinweis auf etwas Holz, das vor 23 Jahren an Abgebrannte gegeben wurde und künftigen Verunglückten versagt werden soll, sucht der Vertreter so hoher, so patriotisch und so christlich gesinnter Herren eine arme Bauerngemeinde unter ihren eigensüchtigen Willen zu beugen. Am Ende werden sie es doch noch fertig bringen, daß es auch bei den Bauern sagt.

Offiziersselbstmord.

Berlin, 22. Januar. In einem Anfall geistiger Umnachtung hat in der letzten Nacht der Rittmeister Meyer vom 3. Trainbataillon in Spandau Selbstmord verübt. Er trank in seiner Wohnung in der Plantagenstraße Lysol und starb wenige Stunden später im Spandauer Krankenhaus.

Beim Rodeln ertrunken.

Berlin, 22. Januar. Ein beklagenswertes Vorkommnis hat sich gestern am Forsthaus Rehernswalde bei Templin abgespielt. Zwei Knaben des Försters Schneider waren mit einem Schlitten von Hause fortgegangen, um an einer steilen Stelle, die nahe am See liegt, zu rodeln. Der Schlitten geriet an ein Hindernis und raste in den nur mit einer dünnen Eisdecke überzogenen See. Die Kinder verschwanden in der Tiefe; ihre Leichen wurden später geborgen.

Grubenunglücke.

Gleiwitz, 22. Januar. Auf dem Mathildenschacht der Königshütte geriet der Pferdeführer Reich zwischen die Förderwagen und wurde lokal zerquetscht. Seine Leiche wurde geborgen.

Osnabrück, 22. Januar. Auf Zeche Hektor des Georgsmarienvereins wurde durch einstürzende Erze ein Bergmann getötet.

Neues von der Spitzbergen-Expedition.

Frankfurt a. M., 22. Januar. Von der deutschen meteorologischen Station im Norden Spitzbergens ist an die Universität Marburg folgendes Telegramm eingelaufen: „Verbindung hergestellt. Alles wohl. Dr. Wegner, Dr. Robitzsch."

Die Katastrophe des Dampfers Veronese.

Oporto, 22. Januar. Die Gesamtzahl der bei der Katastrophe des Dampfers Veronese Umgekommenen wird nunmehr auf 64 angegeben. Ein eigenartiger Zufall brachte es mit sich, daß ein kleines in Windeln gewickeltes Kind von 10 Monaten von den Wellen lebend ans Land gespült wurde, so daß es unverletzt gerettet werden konnte.

Zwei Millionen Mark unterschlagen.

Petersburg, 22. Januar. Vor den Schranken des hiesigen Bezirksgerichtshofes hat heute ein Sensationsprozeß gegen mehrere Ingenieure des Ministeriums begonnen, die unter der Anklage des Betruges und der Unterschlagung stehen. Ingenieur Saleski hat allein den Staat bei Chausseebauten in der Umgebung von Petersburg im Verlauf eines Jahres um fast zwei Millionen Mark bestohlen. Die Unterschlagungen wurden durch Fälschungen aller Rechnungen, durch Anführung von Hunderten von Arbeitern, die gar nicht existierten, ausgeführt. Die Anklageschrift umfaßt 50 Druckseiten und es sind über 100 Zeugen geladen. Der Prozeß dürfte über eine Woche dauern.

Fliegerabsturz.

Montevideo, 22. Januar. Der Flieger Eduard Monard wurde bei einem Absturze schwer verletzt.

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 14 (nächst d. neuen Rathaus)
„Prinz Guttalin" mit dem originellen Komiker Blatzheim
und das glänzend neue, erstklassige Neujahrs-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonn- und Feiertags 4 und 8 Uhr.
Theater-Tunnel: „Neues Ensemble"
Anfang ½8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Parteiangelegenheiten.

Das Testament einer Sozialdemokratin.

Anfang Januar starb in Haida in Böhmen Fräulein Marie König, die seit langem als verständnisvolle und eifrige Genossin für die Sozialdemokratie wirkte. Nach ihrem Tode zeigte sich, daß sie — wovon sie schon vor Jahren gesprochen — ihr nicht unbeträchtliches Vermögen, da sie bedürftige Verwandte nicht hatte, abgesehen von einigen privaten Legaten, zugunsten der Einrichtungen der von ihr über alles geliebten sozialdemokratischen Partei testiert hat. In erster Linie ist die Organisation Haida bedacht, der zur Gründung eines Arbeiterheims und zur Unterstützung armer Kranken oder arbeitsunfähiger Mitglieder ein Legat von 30 000 Kronen gewidmet ist. Weiter verfügte Genossin König: „Meiner langjährigen braven, treuen Dienerin Marie Schlegel vermache ich den Fruchtgenuß eines Kapitals von 20 000 Kronen, damit sie, wenn ich nicht mehr am Leben sein werde, sorgenlos leben könne." Später fällt dieses Kapital zur Hälfte der sozialdemokratischen Reichsfrauenorganisation in Oesterreich und je ein Viertel dem Verein für Armennot und Betteln in Haida und dem Verein Kinderfreunde in Haida zu. Ein weiterer Betrag von 10 000 Kronen fällt der Direktion des Krankenhauses in Haida zur Errichtung einer Stiftung zu, aus der bedürftige Patienten jedes Jahr am 11. Mai unterstützt werden sollen. „Dieses Legat", heißt es in dem Testament, „bestimme ich, um das Andenken meiner verstorbenen Eltern zu ehren." Weitere Beträge von je 5000 Kronen werden der Ortsgruppe Haida des Deutschen Schuldvereins, dem Prager Lehrerinnenverein „Frauenfortschritt" und denjenigen, die sie vor ihrem Tode während der Krankheit gepflegt und betreut haben sollten, vermacht.

Das Vermögen, soweit es nach Auszahlung der erwähnten Legate verbleibt, ist für die Zwecke und Ziele der österreichischen Sozialdemokratie zu verwenden. Um alle Schwierigkeiten bei der Testamentsvollstreckung zu vermeiden, hat Genossin König nicht die Partei als solche zum Erben eingesetzt, sondern den Genossen Dr. Viktor Adler mit der Verfügung über die Verwendung der Gelder für die Zwecke der Partei betraut.

Genossin König hat in ihrem Testament ein möglichst einfaches Begräbnis gewünscht und angeordnet, daß jeder unnütze Kostenaufwand vermieden werde. Ausdrücklich bestimmte sie jedoch, daß ihr Leichnam in einem der nächsten Krematorien verbrannt werde. Dem Wunsche der treuen, opferfreudigen Genossin ist nach jeder Richtung Rechnung getragen worden.

Aus arbeiterfeindlichen Kreisen entstammend, in einem Institut sehr klerikal erzogen, hat die große Idee der völkerbefreienden Sozialdemokratie das ganze Sein und Denken unserer braven, allzu früh verstorbenen Genossin vollständig umgewandelt. Ihr gutes Herz, das den Armen aus dem ererbten Vermögen reichlich spendete, ließ sie aufmerksam werden auf die Klassenkämpfe unserer Zeit und gar bald stellte sich die hochintelligente Frau auf die Seite des entrechteten Proletariats und unterstützte es geistig und materiell nach Kräften. Wie tief die sozialistische Ueberzeugung bei ihr Wurzeln schlug, beweist ihr Vermächtnis aufs beste.

Bildungsarbeit der Partei.

Nach einem Beschluß der letzten Landesversammlung der Sozialdemokratie Württembergs ist jetzt ein Bezirksbildungsausschuß für Württemberg gegründet worden. Er besteht aus je drei Vertretern der sozialdemokratischen Partei und der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts und einem Vertreter des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs. In einer konstituierenden Sitzung wurde Genosse Otto Wagner zum Vorsitzenden und Genosse Edwin Hörnle zum Schriftführer gewählt.

Der Bezirksbildungsausschuß soll der organisierten Arbeiterschaft Württembergs in der Vereinfachung und Verbilligung der proletarischen Bildungsarbeit mit Rat und Tat zur Seite stehen und ihr besonders behilflich sein bei dem zweckmäßigen Arrangement von Unterrichts- und Vortragskursen, Einzelvorträgen ernsten und heiteren Inhalts, Dichter- und Rezitationsabenden, Lichtbildervorträgen und allen Veranstaltungen, die belehrenden Inhalts oder der Pflege würdiger Geselligkeit gewidmet sind. Die Adresse des Genossen Wagner ist: Stuttgart, Hauptstätterstraße 96.

Literatur.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Geschichte des Sozialismus in England. Von M. Beer. XII und 512 Seiten Großoktav. Preis broschiert 6.50 M., gebunden 7.50 M.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Erster Teil. Wirtschaftliche Revolution, Sozialkritik und Sozialismus. Von 1750 bis 1824. Zweiter Teil. Die Periode des Chartismus. Von 1825 bis 1854. Dritter Teil. Die neueste Periode. Von 1855 bis 1912.

Der Verfasser schreibt im Vorwort unter anderem: Das vorliegende Buch will eine zusammenhängende Geschichte des sozialistischen Denkens und Strebens sowie der politischen Arbeiterbewegung Großbritanniens seit ungefähr 1750 bis Ende 1912 geben. Es ist sowohl für Arbeiter wie für soziologische Fachleute geschrieben. Ich war deshalb bestrebt, einerseits volkstümlich und klar zu schreiben und dem Leser wenig vorauszusetzen, andererseits auf Grund erheblicher Quellenforschungen Neues zu bieten, wichtige und schwer zugängliche Dokumente wenigstens bruchstückweise zu reproduzieren, ökonomische und sozialphilosophische Gedankenkreise zu berühren oder anzudeuten, die auf das wissenschaftliche Denken anregend wirken dürften. Es war nicht leicht, dieser Doppelaufgabe gerecht zu werden und die Symmetrie des Buches zu wahren. Ich hoffe jedoch, daß die Lösung nicht mißlungen ist. Der denkende Arbeiter dürfte in diesem Buche nur auf wenige Stellen stoßen, die über sein Verständnis hinausgehen, vorausgesetzt, daß er Kapitel für Kapitel liest, denn sie sind so gehalten, daß sie methodisch von einem zum anderen überleiten. Ebenso dürfte der Fachmann eine weniger lückenhafte Einsicht in die sozial-theoretischen Probleme Großbritanniens der letzten hundertfünfzig Jahre gewinnen als aus anderen Schriften über denselben Gegenstand.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.*

Brandmarkung der gelben Arbeiterverräter.

Zu einer Gerichtssitzung über die Gelben gestaltete sich eine von der Gesellschaft für soziale Reform in Berlin am Montag einberufene Versammlung, in der Herr Dr. Waldemar Zimmermann das Referat über die gelbe Arbeiterbewegung hielt. Einladungen zu dieser Versammlung, die sehr stark besucht war, hatte die Gesellschaft für soziale Reform an alle gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen ergehen lassen. Die freien Gewerkschaften waren nur sehr schwach vertreten, während die Gelben den halben Saal besetzt hatten. Schon gleich bei Eröffnung der Versammlung zeigte sich bei den Gelben eine sehr lebhafte Munterkeit, als der Vorsitzende in einer Redewendung die Gelben als zum Teil von den Unternehmern ausgehalten bezeichnete. Großer Lärm brach los, der im Laufe der Versammlung, die über Mitternacht hinaus tagte, von der gelben Garde in verstärktem Maße einsetzte, sobald einer der Diskussionsredner den gelben Herrschaften einige sie charakterisierende Unannehmlichkeiten sagte, so daß Fräulein Behm (von den christlichen Heimarbeiterinnen) sich zu dem Urteil verstieg: sie hätte von den Gelben schon keinen günstigen Eindruck durch ihre Presse erhalten, dieser Eindruck sei aber noch durch ihr Auftreten in der heutigen Versammlung sehr verstärkt worden. Das genierte die gelbe Gesellschaft jedoch nicht, die unter Führung des Dr. Nathansohn durch fortwährende Zwischenrufe, Toben und Fußgetrampel die Redner unterbrach und u. a. den Angestellten des Metallarbeiterverbandes Parlowitsch minutenlang am Weiterreden hinderte. Das vernichtende Urteil, das von allen Rednern über diese charakterlose gelbe Bewegung gefällt wurde, konnte aber durch noch so flegelhaftes Betragen nicht inhibiert werden.

Herr Dr. Zimmermann gab in seinem Referat eine ausführliche Darstellung vom Bestehen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen und von der Gründung der gelben Gewerkvereine; er zergliederte die verschiedenen Beweggründe, die die den unabhängigen Gewerkschaften fernstehenden Arbeiter bewogen hätten, solche Vereine zu gründen, die meist ihr Entstehen der Anregung der Unternehmer oder der Betriebsbeamten verdanken. Er resümierte sich dahin, daß die nationalökonomische Wissenschaft der gelben Bewegung im allgemeinen abweisend gegenüberstehe, mindestens aber abwartend. Die Betonung der gleichen Interessen zwischen Arbeiter und Unternehmer sei aber unrichtig, nur produktionstechnisch käme diese Gemeinschaft in Frage, sozialwissenschaftlich bestehe ein Gegensatz. Im wirtschaftlichen Kampfe entscheide die Macht. Das hätten auch die Unternehmer erkannt, die, der Interessengemeinschaft entgegen, sich ebenfalls zu kollektiven Vereinigungen zusammengetan hätten, um ihre persönlichen Interessen zu vertreten. Die Gelben, die sich nur zu Zusammenschlüssen in einzelnen Betrieben verstehen, hätten gar nicht die Absicht, sich an diesem Kampfe zu beteiligen, wenn sie auch in ihren Programmen den Streik nicht verwerfen; dieses Streikrecht stände für die Gelben nur auf dem Papier. Die gelben Vereine seien danach gar nicht angelegt. Kein Streikfonds bekunde den ernstlichen Willen zur Tat. Die Gelben heimsten nur indirekt die Siegesfrüchte ein, die die unabhängigen Gewerkschaften im Wirtschaftskampf erringen; sie hätten sich ein Nest gebaut am Gebälk des Daches, das die unabhängigen Gewerkschaften zum Schutze des Arbeiters über ihn im wirtschaftlichen Kampfe ausbreiteten. Als eine Ironie bezeichnete es der Redner, daß in den klassenkämpferischen Gewerkschaften die friedlichen Lohnbewegungen in den letzten Jahren an Zahl die offenen Kämpfe überwiegen. Hier würde viel im stillen von diesen Gewerkschaften geleistet, wovon die große Oeffentlichkeit nur sehr wenig erfahre. Sinnlos aber sei die große Klage über die Erschütterung des Wirtschaftslebens durch die Streiks. Ein einziger Feiertag lege mehr Arbeitskraft still, als alle Streiks im Jahre. Dr. Zimmermann hielt den Gelben ihr Spiegelbild vor, wie sie als nationalfriedliche Wirtschaftsvereine sich zu sozialpolitischen Dingen stellen. Im Bunde mit den Scharfmachern verhielten sie sich abweisend gegen Arbeitskammern, veröffentlichten die staatliche oder städtische Arbeitslosenversicherung diskreditierende Artikel, wenden sich gegen Tarifverträge, gegen die Sicherheitsmänner und verlangen ein Verbot des Streikpostenstehens. Sie stünden damit im schreiendsten Gegensatz zu dem Verlangen der Gewerkschaften und der Sozialpolitiker. Der Vortrag klang aus in der Betonung, daß der Arbeiter nicht allein auf gesetzgeberische Hilfe warten könne, der Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiter im Staate müsse durch eine machtvolle Selbsthilfe der Arbeiter wirksam unterstützt werden.

In der Debatte versuchte der Redakteur des Gelben Bund, die Wirkung dieser vernichtenden Kennzeichnung dadurch abzuschwächen, daß er behauptete, die Berliner gelbe Bewegung verwerfe nicht den Streik. In einem Atemzuge damit denunzierte er aber die freien Gewerkschaften wegen angeblichen Terrorismus. Reichstagsabgeordneter Genosse Rob. Schmidt führte ihn gebührend ab und wies auf die schofle Handlungsweise der Gelben in den Betrieben hin, in denen sie noch Einfluß haben. Gleich scharf wandte sich auch Gleichauf von den Hirsch-Dunckerschen gegen den gelben Redner.

Die eben wiedergegebenen Brandmarkungen aus bürgerlichem Munde und die Tatsache, daß keine Arbeiterorganisation etwas mit ihnen zu tun haben will, wird sicher den Machern der gelben Arbeiterbewegung nicht angenehm sein.

Inland.

Die Gewerkschaften unter dem „liberalen" Reichsvereinsgesetz.

Vor einigen Tagen berichtete der Vorwärts, daß der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Erfurt, Genosse Berkling, einen amtsrichterlichen Strafbefehl über 5 M. erhalten habe, weil er es unterlassen, eine Anzeige zu einer Versammlung mit der Ueberschrift „Oeffentliche politische Versammlung" mit dem Namen und der Adresse des Einberufers zu versehen. Die Versammlung, in der Genosse Brandes aus Magdeburg über das Thema: „Terrorismuslegenden des Unternehmertums" sprach, sei aber „politisch" gewesen.

Gegen diesen Strafbefehl wurde gerichtliche Entscheidung beantragt, so daß die Angelegenheit am Sonnabend vor dem Schöffengericht Erfurt zur Verhandlung kam. Als Hauptbelastungszeuge fungierte ein Kriminalwachtmeister, der die „Auffassung" gehabt hat, es handele sich um eine politische Versammlung, sich im übrigen aber nicht mehr auf alle Aeußerungen wörtlich besinnen konnte. Der Amtsanwalt beantragte 5 M. Geldstrafe. Das Gericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Krause erkannte auf 10 M. Geldstrafe mit der seltsamen Begründung, daß neben der Aussage des Zeugen S. die von dem Reichstagsabgeordneten Brandes an die versammelten Metallarbeiter gerichtete Aufforderung: „Organisiert euch!" ein Beweis dafür sei, daß die Versammlung politisch gewesen sei, denn der Anschluß an die Organisation sei politisch! Die organisierten Arbeiter seien Sozialdemokraten. Die Aufforderung des Redners sei mithin gleichbedeutend mit: „Werdet Sozialdemokraten". (!) Der Angeklagte hätte die Versammlung schließen müssen, als er merkte, daß „politisch geredet" wurde.

Selbstverständlich wird gegen dieses Urteil, das unter ganz unhaltbaren Voraussetzungen zustande gekommen ist, Berufung eingelegt.

Achtung, Bauarbeiter!

Von der Organisationsleitung des Bauarbeiterverbandes in Frankfurt a. M. werden wir um Aufnahme des folgenden gebeten:

Die Kühlanlagenmonteure der Firma Burmeister u. Weiß u. Gustav Bilger u. Komp., Frankfurt a. M., Hohenzollernstraße 9, haben am 16. Januar die Arbeit eingestellt. Die Bewegung erstreckt sich auf zirka 30 Orte in allen Gauen Deutschlands, ebenso haben sich die im Ausland beschäftigten Monteure dem Streik angeschlossen. Fortgesetzte Verstöße gegen den Tarif, wie Lohnkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit, Verweigerung der Rückreisegelder von den Montagestellen und Maßregelungen derjenigen Monteure, die den Tarif verteidigten, waren die Ursachen, die den Streik unvermeidlich machten.

Das in früheren Jahren vorhandene gute Einvernehmen zwischen den Kollegen und beiden Firmen wurde gestört, nachdem diese Firmen die Fusion vorgenommen und einen neuen Prokuristen angestellt hatten. Dieser, Herr Müller, führte ein Regiment, wie es teilweise noch in Saarabien vorkommt. Was soll man zu dem Verlangen dieser so plötzlich reich gewordenen Herren sagen, wenn sie an lange Jahre bei der Firma beschäftigte Monteure die briefliche Mitteilung ergehen lassen: Wir haben Sie zur ausschließlichen Verfügung unserem Berliner Zweiggeschäft zugeteilt. Sie haben daher ihren Wohnsitz von Hamburg nach Berlin zu verlegen. Im Vertrage heißt es: Als Basis der Lohnzahlung gilt der Geschäftssitz der Firma. Das heißt, von Frankfurt a. M. ab sollen die Fernortszulagen, Reisegelder usw. berechnet werden. Hieran kehrt die Firma sich seit der Fusion nicht mehr. Wer sich mukkte, mußte zur Strafe aussetzen, oder wurde entlassen, wie es sämtlichen Kollegeen der Dresdner Filiale ging. Mit diesen Mitteln glaubt die Firma die Monteure um die vertragliche Fernortzulage bringen zu können. Sie sollen unter schweren Opfern der gesamten Familie den Wohnort verlassen, ohne etwa auf ständige Arbeit rechnen zu können. Die Firma sucht nun schon in vielen Zeitungen Arbeitswillige heranzuziehen. Unter Chiffreannoncen werden Monteure für die Kühlindustrie sowie Fliesenleger gesucht. Die Bauarbeiter aller Branchen werden bemüht sein, in altbewährter Solidarität die Maßnahmen dieser Firma zu Schanden zu machen.

Literatur.

Der neunte internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1911, herausgegeben vom internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, Genossen Legien, ist erschienen. Der Preis der Schrift beträgt im Buchhandel pro Exemplar 1,50 M., Gewerkschaftsmitglieder erhalten die Schrift zum Preise von 90 Pf. pro Exemplar, wenn die Bestellung direkt beim Verlag der Generalkommission, H. Kube, Berlin SO., Engel-Ufer 15, erfolgt.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 1 des 8. Jahrgangs, Januar 1913. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin. Der neue Jahrgang beginnt mit einem Programmartikel von Karl Scheffler: Beseelte Arbeit, in dem dieser die geschichtlichen Wandlungen in dem Einfluß des Handwerkers auf sein Arbeitsstück und die heutige Mission des Arbeiters in bezug auf die Förderung der Qualitätsarbeit skizziert. Um das Verständnis für die heutigen Formen zu erwecken, wird sodann der Werdegang zweier Dinge gezeichnet, die den Tischler besonders interessieren: der Fenster und der Möbelbeschläge. Architekt Auger behandelt die eine, Emil Augst die andere Frage. Weitere Abhandlungen über Staub- und Späneabsaugungsanlagen und über das Naturlasieren vervollständigen das reichhaltige Heft. — Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 M. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren sowie bei der Expedition, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Einzelhefte werden zu 50 Pf. abgegeben.

Konkurrenzlos ist nur
Täglich 8.30 Uhr
Einzig! Tymians Dresden-N. Görlitzer Str. 6 Fernsp. 4880
Thalia-Theater Linie 6 u. 7
Sonntag 3 Vorstellungen: Um 11, 4 u. 8 Uhr. Zum Frühschoppen 20 u. 30 Pf. Entree. Donnerst.: „Damenkaffee".
Vorzugsk. Woche u. Sonnt. nachm. gültig.

Jasmatzi
DUBEC
die altbekannte ges. gesch. Bezeichnung unserer
2½ ₰
Cigarette
Georg A. Jasmatzi A.-G.
Grösste deutsche Cigarettenfabrik
Dresden.

Zum
Maskenball
u. anderen Zwecken passend. Große Posten billige Blumen, Blätter, Palmenwedel, Ranken, Federn, Früchte usw. zu verkaufen. Große Ansteckblumen, 100 Stück 1 M. Kleine Blumen, 100 Stück 30 Pf. Große Vorräte in billigen Straußfedern, Federstolen u. Boas, 1.50, 5.—, 8.50 M. ff. Waldblumen, Reiher und ähnlichen Haarschmuck.
Hesse, Scheffelstr. 10/12

Dauer-Wäsche
enorm billig.
R. Freisleben
Postplatz.
Man achte auf Firma.

Arbeiter, übt Solidarität!
Kauft nur Zigarren von tariftreuen Firmen!
Empfehle allen
Parteigenossen
meine vorzüglichen
Zigarren
Günstig für Wiederverkäufer! Kredit nach Uebereinkunft. Jeder Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Ill. Preisliste gratis u. franko
Ernst Wenzel
Sohland a. d. Spree.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Besonderes Angebot!

5 Pfd. neue große Linsen . 95 ₰
5 Pfd. Rangon-Tafelreis . . 95 ₰
50 Bouillonwürfel und 1 Erbswurst zusammen . 95 ₰
20 Hühnerbouillonwürfel . 95 ₰
3 Pfd. Makkaroni oder Gemüsenudeln . . . . . 95 ₰
1½ Pfd. Kakao gar. rein . . 95 ₰
1-Pfd.-Dose Kakao, holländ. Art 95 ₰

HERZFELD

DRESDEN-A[illegible] AM ALTMARKT

Besonderes Angebot!

10 Stück feinste gelbe Zitronen 32 ₰

20 Pakete Pudding, sort. . . 95 ₰
2 Pfd. Ringäpfel, neue . . 95 ₰
ff. Weizenmehl, 5-Pfd.-Säckchen . . . . 90 ₰

Ausnahme-Tage in 5 Lebensmitteln Freitag bis Mittwoch

Gemüse-Konserven

Pfund	2	1	½
Stangenspargel, extrastark . . . 22er	210	120	—
do. stark . . 28er	195	105	—
do. prima . . 35er	185	100	—
do. mittelstark, 45er	175	95	—
do. feiner . . 55er	150	85	—
do. dünner, über 60	135	—	—
Brechspargel, extrastark	152	82	48
do. stark	140	75	45
do. mittelstark . .	130	72	42
do. mit Köpfen . .	110	68	38
do. ohne Köpfe . .	78	44	—
Spargelköpfe, grüne . .	120	65	—
Pa. junge Schnittbohnen, feinste Qualität .	45	28	—
Pa. junge Brechbohnen, feinste Qualität .	45	28	—
Pa. junge Wachsbohnen, feinste Qualität .	52	32	—
Pa. große Bohnen (Puffbohnen	68	42	—
Junger Kohlrabi mit Grün	32	22	—
Junge Kaiser-Erbsen . .	125	70	44
Junge Erbsen, sehr fein (extra)	110	65	39
do. fein	95	55	35
do. fein, B	75	45	29
do. mittelfein . . .	55	35	25
do.	45	28	—
Suppen-Erbsen	38	25	—
Pariser Karotten (naturell)	75	40	—
Karotten, junge feine (naturell)	55	35	—
Karotten B (in Würfeln)	34	22	—
Erbsen mit Karotten, mittelfein	60	36	—
Tomaten-Mark	75	42	28
Leipziger Allerlei, prima I	105	58	—
do. fein II	75	45	—
do. (gemischtes Gemüse) III	55	35	—
Junger Spargel (gewiegt)	40	25	—

Ausnahmepreise für Weine.

Mosel-u. Pfälzerweine

	1/1	bei 10/1
Dackenheimer	70	65
Dürmsteiner	80	75
Wellensteiner	95	90
Wormeldinger	1,00	95
Winninger	1,05	1,00
Winninger Rosenberg .	1,15	1,10
1911er Zeltinger . . .	1,25	1,20
Graacher Absberg . .	1,35	1,30
Berncasteler	1,50	1,40
Casseler	1,70	1,60

Schaumweine

	1/1
Kaiser-Sekt	2,75
Cabinet	3,00
Viktoria-Sekt	3,25
Burgeff & Co., grün . . .	4,75
Kupferberg Gold	4,75
Henkell trocken . ½ Fl. 2,65	4,75

Obstweine

	1/1	bei 10/1
Apfelwein	32	32
Heidelbeerwein	70	65
Johannisbeerwein, hell .	85	80
do. dunkel	1,10	1,05
Erdbeerwein	1,00	95
Stachelbeerwein . . .	85	80
Brombeerwein	85	80

Himbeersaft garantiert rein ½ Fl. **95 ₰**

Weiß- u. Rheinweine usw.

	1/1	bei 10/1
Markgräfler	85	80
Lörzweiler	90	85
Saulheimer	95	90
Bodenheimer	1,00	95
Burg Sponheimer . . .	1,00	95
Oppenheimer	1,15	1,10
Niersteiner . ½ Fl. 80	1,25	1,20
1911er Niersteiner Munzenberg . . . . Crescenz Wiegel	1,50	1,40
Rüdesheimer	1,50	1,45
Dorf Johannisberger . .	1,65	1,60

Bordeauxweine usw.

	1/1	bei 10/1
Cotes, südfranz. Rotwein	75	70
Montagna	80	75
Estéphe	90	85
St. Julien	95	90
Medoc	1,00	95
St. Emilion	1,10	1,05
Margaux . . ½ Fl. 80	1,15	1,10
Laffite . . ½ Fl. 80	1,20	1,15
Beychevelle	1,50	1,45
Medoc Listrac	1,80	1,70
Château Beaumont Cussac	2,00	1,90
Château Mauvezin . . .	2,25	2,15
Château Poujeaux . . .	2,50	2,40
Château Baugé Villenave	2,75	2,65
Château Cantemerle Villeneuve Macau . .	3,00	2,90
1908er Château Langon	3,25	3,15

Südweine

	1/1	bei 10/1	½
Samos	90	85	
Süßer Tarragona .	90	85	
Portwein, alter . .	1,30	1,25	
do. feiner alter	1,50	1,45	85
Old Portwine . .	1,90	1,80	1,05
Malaga, alter . .	1,25	1,20	
do. feiner alter	1,40	1,35	75
do. extra Superior .	1,90	1,80	1,05
Sherry	1,25	1,20	
do. alter . . .	1,40	1,35	75
do. extra Superior .	1,90	1,80	1,05
Madeira	1,25	1,20	
do. alter . . .	1,40	1,35	75
do. extra Superior .	1,90	1,80	1,05
Vermouth, deutsch	90	85	
do. di Torino .	1,20	1,15	
do. Bellardi .	1,75	1,65	1,00
Medizinal-Süßwein . Ersatz für Ungarwein	1,00	95	60
Griechisch. Süßwein	1,20	1,15	

Punsch, alkoholfrei, ½ Flasche **95 ₰** (Glühwein, Arak, Burgunder und Rum)

Früchte, Konserven

Pfund:	2	1
Ananas in Scheib. ½ Pfd. 60 ₰	178	95
Ananas, 1/1 Frucht-Dose 1300 g 1,68	—	—
Aprikosen, ½ Frucht . .	130	75
Apfelmus	62	40
Erdbeeren (Elsässer) . .	120	70
Erdbeeren (Werdersche .	95	55
Kaiserkirschen, rot mit Stein	95	55
Birnen (Bergamotten) . .	68	38
Reineclauden	82	45
Stachelbeeren	75	40
Heidelbeeren	72	42
Preiselbeeren	68	38
Bienen-Blütenhonig, Gl. 95 ₰	—	—
Fruchtmark (z. Eisbereitung)	—	95
Kirschen, schwarz mit Stein	68	40
Weichselkirschen mit Stein	78	45
Gemischte Früchte . . .	115	65
Mirabellen, feinste Metzer	78	45
Pfirsiche, ½ Frucht geschält	135	78
Zwetschken, ½ Frucht ohne Stein	68	39
Pflaumen, ½ Frucht ohne St.	48	28

Pflaumen ohne Stein 4 Pfund-Dose 95 Pfg.

Edel-Obst-Marmeladen mit Fruchtstücken 5 Pfund-Eimer

Vierfrucht (Ia. Melange . .	statt 2,00 1,50
Melange, hochf.	statt 1,50 1,20
Kirschen, hochf.	statt 3,00 2,35
Erdbeer . . .	statt 3,35 2,50
Himbeer . . .	statt 3,85 2,95
Himbeer mit Johannisbeer .	statt 3,35 2,65
Johannisbeer .	statt 3,00 2,45
Aprikosen . .	statt 3,65 2,85

Orange-Marmelade, 2-Pfund-Glas **95 ₰**

Käse und Butter

Tafelbutter .	Pfd. 145, 135	Limburger	Pfd. 60	Neufchateller, echt, Stück	28
Emmenthaler . . .	„ 120	Weißlacker, Ia . .	„ 80	Frühstückskäse . .	„ 12
Schweizerkäse . .	„ 95	Camembert, Stück von	15 an	Delikates-Käschen .	„ 12
Tilsiter	„ 95	Camembert, franz., Stück	48	Pumpernickel. .	Paket 10
Edamer	„ 95	Gervais	„ 28	Salzbrezeln . .	Karton 18
Brie-Käse	„ 95	Thür. Stangen . .	„ 13	Mühlenbrod .	5-Pfd. 52, 48
Roquefort	„ 180	Parmesankäse . .	Pfd. 110		

Lebende Karpfen Große Pfd. 90 . Kleine Pfd. **80 ₰**
Lebende Schleie Pfd. 1,20

Wurst usw.

Casseler Rippespeer . . .	Pfd. 1,15
Speck, geräuchert	„ 1,08
Rauchfleisch, mager	„ 1,08
Zervelatwurst, Ia Holsteiner .	„ 1,55
Salami, Ia Holsteiner	„ 1,55
Blutwurst, vorzüglich . . .	„ 1,05
Leberwurst, vorzüglich . . .	„ 1,05
Mettwurst, vorzüglich . . .	„ 1,05
Frankfurter, große	Paar 30 ₰
Regensburger	„ 26 ₰
Halberstädter	„ 15 ₰
Kalbsbraten	¼ Pfd. 55 ₰
Pökelbraten	¾ „ 55 ₰
Schweinebraten	¼ „ 55 ₰
Schinken, gekocht und roh	¾ „ 50 ₰

Zucker 5 Pfund ff. gemahlener . . . **98 ₰**

Frisches Fleisch!

kein dänisches oder russisches, nur prima hier geschlachtetes!

Mastrindfleisch, Oberschale . .	Pfd. 1,00
do. Bratenfleisch . . .	„ 90 ₰
Roastbeef	„ 1,10
Goulaschfleich	Pfd. 90 ₰
Hochrippe oder Kamm	„ 90 ₰
Querrippe	„ 75 ₰
Ochsenbrust	„ 80 ₰
Kalbskeule oder Kalbsniere . . .	„ 1,00
Kalbsbrust, Kamm und Blatt . . .	„ 90 ₰
Hammelkeule und -Rücken . . .	„ 95 ₰
Hammelblatt	„ 90 ₰
Hammelkotelett	St. 20 ₰
Kamm, Pfd. 85 ₰ . . . . Bauch	Pfd. 80 ₰
Schweinskarree	„ 1,05
Schweinskeule	„ 90 ₰
Schulter, Pfd. 90 ₰ . . . Bauch	„ 85 ₰
Frischer Speck	„ 85 ₰
Pökelkarree	„ 1,10
Pökelfleisch	„ 90 ₰
Gewiegt. Rind- u. Schweinefleisch	„ 90 ₰
Schweineschmalz . . .	„ 78 ₰

Feinste Kieler **Sprott-Bücklinge** Kiste a 2½ Pfd. brutto **50 ₰**

Fischkonserven usw.

Bismark- und Bratheringe, 2 Dosen	95 ₰
Hering in Gelée (Mittelstück) 3 Dos.	95 ₰
Oelsardinen, Dose 1,35, 90, 80, 65,	55 ₰
Kaviar, prima Astrachaner, Portion	1,25
Kronen-Hummer, Dose 2,60, 1,60,	85 ₰
Kapphummern, Dose	1,75
Nordsee-Krabben, Dose . . 75,	40 ₰
Lachbutter, Dose	35 ₰
Tafelgurken, Cornichons, Senfgurken, Mixedpickles — Glas statt 1,35	95 ₰
Sardellen, ff. alte, 2 Glas	95 ₰
Kapern, ff. Nonpareilles, Glas 35, 25,	8 ₰
Perlzwiebeln, Glas	55, 35 ₰

Melange Marmelade 5-Pfd.-Eimer . . . 1,50, 1,20, **95 ₰**

glaubte sehen, in diesen kleinsten Teilchen die schließlichen Molekülle vor sich zu haben. So hat sich nun gezeigt, daß diese sogenannte Brownsche Bewegung in ihrer Lebhaftigkeit von der Wärme abhängt; aus dieser Tatsache fand Perrin die Zahl 3,07 Trillionen und Svedberg 2,76 Trillionen Molekülle in einem Kubikzentimeter bei 0 Grad Celsius und 760 mm Druck, während in der letzten Zeit auf Grund der Elektronentheorie die Zahl 2,70 Trillionen gefunden wurde. In einem Fingerhut, gefüllt mit einem Gase aber einer Lösung, sind demnach 2,00 bis 3 Trillionen kleinster Teilchen enthalten; das sind Zahlen, mit denen nur ein Physiker, der sein Leben lang mit solchen winzigsten Größen rechnet, etwas anfangen kann; der gewöhnliche Sterbliche kann sich darunter ebenso wenig etwas vorstellen wie mit der Angabe Svedbergs, daß die absolute Masse eines Helium-Atoms ein so winziges Gewicht darstellt, daß man es erst erhält, wenn man 6,65 Millionen durch die Zahl 1 mit 24 Nullen teilt.

Erdkunde **Die angebliche Entdeckung der Kongoquelle.** Das Wolffsche Telegraphenbureau hat eine Nachricht des Oberleutnants a. D. Graetz verbreitet, in der dieser behauptet, er habe „astronomisch nachgewiesen", daß der Tschambesi in Nord-Rhodesia der Kongoquellfluß sei, was so viel bedeutet, daß Graetz sich für den Entdecker der Kongoquelle hält. Und damit stehe gegenüber fest, daß der Kongo der längste Fluß Afrikas sei. In beiden Punkten irrt sich Graetz. Der Tschambesi (nach Wellands Tschambeshi zu vielleicht als Oberlauf des Kuapula anzusehen, und der Luapula ist allerdings einer der beiden Hauptquellflüsse des Kongo. Aber in geographischem Sinne ist der Luapula der eigentliche Kongoquellfluß, und der entspringt viel weiter westlich, an der kongolesisch-rhodesischen Grenze, wo 1890 Charles Lemaire seine Quelle festgelegt hat. Zwar ist der Luapula der längere und vielleicht auch wasserreichere Fluß; aber für den Luapula sprechen gewichtige Gründe, die bei solchen Fragen durchaus maßgebende Gründe. Der Name Luapula herrscht auch am westlichsten Kongo, bis Ntomgwe, ja bis zum Aequator; und der Luapula hat überdies die Hauptrichtung des oberen Kongo. Die Dinge liegen hier so wie beim Mississippi und Missouri, nur daß der Mississippi zugleich der wasserreichere Strom ist. Fast allgemein betrachtet man noch heute Belgien als den Luapula als Hauptquellfluß des Kongo und die Lualaba-Quelle als die Kongoquelle. Der Tschambesi war bisher nur flüchtig bekannt, seinen Ursprung wußte man ungefähr. Graetz hat ihn als erster vollständig verfolgt, und das ist natürlich als eine Ergänzung der bisherigen Kenntnis Afrikas zu begrüßen, vorausgesetzt, daß eine gute Kartenaufnahme beweist wurden ist. Wenn nun nun aber auch die Länge des Kongolaufes von der Quelle des Tschambesi ab berechnen wollte, so wäre der Kongo trotzdem noch nicht Afrikas längster Fluß, sondern er würde mit 4000 bis 4700 Kilometer dem Nil noch immer um 700 bis 1700 Kilometer noch, je nachdem man den Victoria-See oder den Kagera-Ursprung als Nilquelle ansieht. Man könnte über diesen zweiten Irrtum erstaunt sein, wenn man nicht wüßte, daß Graetz kein geographischer Forscher, sondern nur Sportreisender ist. Auch von einer Durchquerung Afrikas auf dem Motorboot, von der Graetz Telegramme spricht, kann keine Rede sein; deshalb nicht, weil es zwischen Ost- und Westafrika keine ununterbrochene Wasserverbindung gibt.

Kleine Mitteilungen Ein neuer Funkenfänger für Lokomotiven, d. h. ein Apparat, der das Herausfliegen von Funken aus den Lokomotivschornsteinen verhindern soll, liegt gegenwärtig den Eisenbahnen zur Prüfung vor. Das Prinzip des Funkenfängers besteht darin, daß die von der Feuerung erzeugten Rauchgase und die von diesen beim Ausstoßen mitgerissenen heißen glühenden Feuerungsteile nicht mehr wie bisher nach oben herausfliegen können, sondern durch einen Dampfstrom in eine Drehbewegung versetzt werden, durch die sie in einen seitlichen Kanal des Schornsteins hineingeschleudert werden.

Bernard Shaw hat zwei abendfüllende Stücke vollendet. Das eine Werk heißt Androcles und der Löwe und wird vor seiner englischen Premiere in deutscher Sprache die Uraufführung wahrscheinlich bei Reinhardt erleben. In diesem Stück soll angeblich der Löwe eine nicht geringe Rolle spielen.

Aus Mailand wird gemeldet: Richard Wagners Parsifal wird im Januar 1914 in der Scala aufgeführt werden.

Der bayerische Schriftsteller des Thüringer Dichters Otto Ludwig (11. Februar 1913) wird in den Städten Gräfenberg und Saalfeld würdig begangen. Saalfeld, wo Ludwig von 1822 bis 1824 das dortige Lyzeum besuchte, hält durch das Meininger Hoftheater das Hauptwerk des Dichters, den Erbförster, zur Aufführung bringen. Gräfenberg, die Heimatstadt Ludwigs, veranstaltet eine größere Gedächtnisfeier, wobei man Ludwigs Singspiel Die Beiden Geizigen darstellen wird, und zwar an derselben Stätte, im Schützenhaussaale, wo das Stück im Jahre 1836 unter Leitung Ludwigs die erste Aufführung erlebte.

Von den verschiedensten Seiten werden in den letzten Jahren Klagen gemacht, der bösartigen Geschwülste Herr zu werden. So hat neuerdings der bekannte Krebsforscher Professor F. Blumenthal in Berlin interessante Versuche wieder aufgenommen, die er bereits gemeinsam mit dem verstorbenen Professor v. Leyden angestellt hatte. Er geht in seiner Behandlung der bösartigen Geschwülste von dem Grundsatze aus, daß es für diese kein stärkeres Gift gibt als die aus ihnen selbst gewonnenen Preßsäfte. Eine Einspritzung in die Geschwulst bringt diese zum Verschwinden. So ist in den Versuchen des Forschers ein Sarkom einer Katze, mit seinen Ausläufern behandelt, in kurzer Zeit verschwunden, andere sind nach einmaligen Einspritzung auf den dritten Teil ihrer früheren Größe zurückgegangen. Die Einwirkung war auch von Dauer, denn ein erneutes Wachstum fand nicht mehr statt. Inwieweit diese sogenannte „Autovaccination" natürlich für die praktische Behandlung der bösartigen Geschwülste in Frage kommt, steht freilich dahin. Höchstens kann man sie, wie dies auch bereits geschehen ist, dort anwenden, wo eine Operation aussichtslos ist.

Bayreuthers Musikfestspiele. Die ersten Menschen, mit dem gegenwärtig ein Gesandter unter Leitung des Hofschauspielers Franz Ludwig durch die deutschen Städte zieht, hat in Osnabrück einen Sturm von der Sensationspresse angeblasenen Sturm wegen Unsittlichkeit überstehen müssen. Die Angelegenheit kam sogar in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache. Das Werk wurde deswegen gestrichen, das ursprünglich gewählte Substitutum füllte das Theater bis auf den letzten Platz und folgte mit Begeisterung der Aufführung, die hoffentlich die Osnabrücker Sittlichkeit nicht untergraben hat.

Ein Denkmal für Eduard Hanslick, den berühmten Ästhetiker der Tonkunst und bekanntesten Gegner Wagners, ist im Arkadenhofe der Wiener Universität aufgestellt worden. Hanslick, der von 1861 bis zu seinem Tode Professor der Musikgeschichte und Ästhetik an der Wiener Hochschule war, ist in Bronze der von Viktor Tilgner geschaffenen Büste nachgebildet.

Das Mailänder Institut für die Jahrhundertfeier Verdis wird eine Gesamtausgabe des Briefwechsels des Komponisten veranstalten. Die Briefe reichen vom Jahre 1844 bis 1901.

Zeitschriften Von der Neuen Zeit ist soeben das 17. Heft des 31. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gegen Koalitionsdrucks und Arbeiterschutz. Von Artur Stadthagen. — Neue Kämpfe in Ungarn. Von Eugen Varga (Budapest). — Kein Populismus in der amerikanischen sozialistischen Partei. Von A. M. Simons. — Aus dem mährisch-bergischen Hopfenfestel. Von E. Paritzky. — Ansiedlung und Sozialdemokratie. Von Dr. Wilhelm Grumbach. — Zum Schluß. Von Ant. Pannekoek. — Literarische Rundschau: Emil Ludwig, Napoleon. Von Hermann Wendel. Emilio Vecchia, L'Impresa di Tripoli. Von Otto Oldberg. — Zeitschriftenschau. Von J. Kürsten. — Ergänzungsheft zur Neuen Zeit Nr. 14: Die Wandlungen der Goldproduktion und der wechselnde Charakter der Teuerung. Von E. Paritzky.

Heiteres Der praktische Arzt. (Backfisch.) „Der Herr Gemahl ist abgereist worden?" — „Ja, zu einem Patienten, aber er kommt bald zurück. Im Fasching gibt er immer Schlußvorstellungen!" (Meggendorfer Blätter.)

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 24. Januar. Opernhaus (Altstadt): Viertes Sinfonie-Konzert, Beginn 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Verkehrte Welt. Dramatisches Gedicht in fünf Aufzügen von G. E. Lessing. Anfang 7 Uhr. — Residenztheater: Lift-Loff-Gastspiel. Anfang 7½ Uhr. — Zentraltheater: Der liebe Augustin. Anfang 8 Uhr.

Musik. Die Abonnementskonzerte der Bildungsanstalt Jaques-Dalcroze in Hellerau sollen den Vorteil denjenigen in Dresden Gelegenheit geben, einen schönen Spaziergang durch die Dresdner Heide mit einem guten Konzert zu verbinden. Für die Mitglieder der Gewerkschaften sind deshalb Ermäßigungskarten für Sitzplätze zu dem ermäßigten Preise von 60 Pf. im Gewerkschaftsbureau, Nürnbergerstraße 4, I. Etage, zu haben. Die Mitglieder der Volkssingakademie erhalten dieselben im Bureau der Volkssingakademie. Im ersten Konzert (Violinkonzert) am nächsten Sonntag wird Herr Robert Pollak französische Sonaten zum Vortrag bringen, wobei die Klavierbegleitung Frau Grunert-Lecarte übernommen hat. Außerdem spielen die Herren E. J. Jaques-Dalcroze und Hermann Klenner die Variationen über ein Thema von Beethoven für zwei Klaviere von Saint-Saëns. Hierauf folgt am 2. Februar das Petri-Streichquartett. Die Konzerte beginnen nachmittags 4 Uhr.

Arbeiter-Sängerbund. Am 29. Januar findet im Krisstallpalast ein Orchesterkonzert zum Gedächtnis an das 30. Todesjahr und 100. Geburtsjahr Richard Wagners statt. Zur Aufführung gelangen u. a. die Ouvertüren zum fliegenden Holländer, zu Lohengrin, zu Tannhäuser und Tristan, zu den Meistersingern und zu dem Bühnenweihfestspiel Parsifal (ausgeführt vom vollständigen Gewerbehausorchester). Eintrittspreis 30 Pf.

Vorträge. Ueber künstlerisches Hören (Musik für die Jugend) spricht am 8. Februar, abends 8 Uhr, im Kaps-Saal, Altmarkt, Gisela Spelinger unter Mitwirkung von Hofsängermeister Bärtich, Dr. Schnorr v. Carolsfeld und Fräulein J. Wolff-Dettmer.

Der Sächsische Bergsteigerbund veranstaltet heute im Regierbräu, Friedrichstraße, einen Lichtbildervortrag: Hochgebirgstouren in Südtirol, dem Fürstental über Kleinfernergruppe bis nach Meran. Beginn 9 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Gau 15 — 7. Bezirk. Ortsgruppe Pippoldiswalde. Sonntag den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof Berreuth.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 18 — Dresden 23. Januar — 1913

Opernhaus

Ernst v. Dohnányi: Tante Simona

Dohnányis Name ist dem Dresdner Theater- und Konzertpublikum wohlbekannt: Das Opernhaus brachte vor zwei Jahren den Schleier der Pierette, und in den Sinfoniekonzerten der Königl. Kapelle trat Dohnányi mit gleich ausgezeichnetem Erfolg als Pianist und Tonsetzer auf; weiter spielte unser Petri-Quartett im vorigen Winter die C-Dur-Serenade für Streichinstr. Bei all diesen Gelegenheiten konnte Dohnányi als liebenswürdiges Talent gewertet werden, das mit den gegenwärtigen Mitteln gewandt umzugehen weiß und sich den künstlerischen Strömungen unserer Zeit geschickt anzupassen versteht, ohne dabei Anspruch auf eine tief angelegte künstlerische Natur zu erheben. Die Musik zu der Pierotschen Gaukelspielerei trotzen Pantomimen Schleier, Der Schleier der Pierette, die gestern vor Tante Simona in Szene ging, zeigt uns den Illustrator theatralischer Vorgänge, ohne sie uns wesenhaft nahezubringen — ja, der sie gerade durch sein Hinzutun räumlich von uns entfernt. Denn wir sehen hier Personen in höchst primitiver Lage, denen bei allem, was sie quält, sich nicht der Mund zu einem Schmerzensschrei öffnet: wir stehen unter dem Eindruck, von den Vorgängen auf der Bühne weit entfernt zu sein, weil wir die Darsteller — da wir sie nicht hören — nur handeln sehen. Aber die Musik spricht doch an ihrer Stelle? Ja, sie verlacht das mit einem der jeweiligen Situation angepaßten dynamischen Aufwand: Dann, wenn jemand stirbt — dahin, wenn sich zwei lieben. Feine mit Musik. Der Umstand, daß derartige nach dem Vorbilde von Maeterlinck verlorenen Sehn geschaffene Kunstergebnisse in den Grenzen des Experimentes bleiben, bringt es mit sich, daß ihnen wenigstens einiges Interesse nicht versagt bleibt. Im gegenwärtigen Falle muß sogar zugegeben werden, daß Artur Schnitzler mit dem er sich schon ergiebigen Pierrot-Thema eine stark spannende Handlung der uns aufreibt. Fritz Soot als Pierrot, Irma Tervani als Pierette und der Arlekino Paul Endell, sowie die übrigen Darsteller vermittelten die Absichten der beiden Autoren in gelungener Weise. Auch das zum Teil mit technischen Schwierigkeiten behaftete Orchester (erwähnt seien nur die gefürchteten Klarinetten-Soli im dritten Bilde) war auf der Höhe seiner Aufgabe.

In der hierauf folgenden Opernoper Tante Simona wies der musikalische Teil keinen vom Vorhergegangenen wesentlich abweichenden Zug auf. Hier wie dort ist Dohnányi Illustrator, oder versucht es wenigstens zu sein, soweit es sein mehr lyrisch als dramatisch veranlagtes Talent zuläßt und der Textdichter fordert. Das ist nicht eben viel. Tante Simona erhebt sich als Bühnenstück kaum über Th. Körners Gesamtwerk. Und in jener Beziehung muß das Verdienst der beiden Autoren als Harmlosigkeit angesprochen werden, wenn man ihm gegenüber Stahlwollen betrachten will. Der Hergang — Handlung wäre gewiß gewagt — ist kurz folgender. Donna Simona, eine ältere Dame (von Irene v. Chavanne angemessen dargestellt), glaubt über Erfahrungen wegen ihre Nichte vor unehrlichen Nachstellungen beschützen und bewahren zu müssen. Haus und Hof dürfen von dem so gefürchteten Geschlecht nicht betreten werden, und außer Tante, Nichte und Zofe haust nur noch ein alter lahmer Gärtner mit seinem reizbaren, aber jungen Gehilfen (wer merkt da nicht?) auf der Besitzung Donna Simonas. Der junge Gärtnergehilfe ist aber ein verkappter Graf (da haben wir's!), der im passenden Augenblick Rehke und Sprache wiederfindet und der Nichte seine Liebe gesteht. Zwei Herzen finden sich. Duett. Aber, o weh, die strenge Tante kommt hinzu. Krach. Kleiner. Nie arme Nichte! Aber Kleiner ist nicht ihr Verlangen, und als sie die Tante, deren noch nicht ganz gefestigtes Herz einem anderen, natürlich älteren Grafen erlegt, mit diesem in zärtlichem Kneinander erwischt, hat Beatrice das Spiel gewonnen. Mit vergnügter Aussicht auf eine Doppelhochzeit schließt das Stück.

Karl Herren (Graf Flavio), Fritz Soot (Graf Gino), Maria Kehldorfer (Nichte Beatrice), Minni Kraft (Zofe Giacinda), Ludwig Ermold (Gärtner), und das schon erwähnte Fräulein v. Chavanne in der Titelrolle waren ihr Bestes zugunsten des Werkes. Die musikalische Leitung der Opieloper und der vorausgegangenen Pantomime lag in Schuchs unsichtbarer und klug abwägender Meisterhand. Um die Gestaltung des hübschen Bühnenbildes hatten sich Hofkapellmeister O. Eltenkrich, Professor L. Fanto und Oberinspektor M. Hasait verdient gemacht. Die Regie führte Alex. d'Arnals. Sie alle konnten an der Seite des Komponisten nach Schluß der Vorstellung den Beifall des Hauses entgegennehmen. H. Büttner

Piddl Hundertmark

Geschichte einer Kindheit von Wilhelm Scharrelmann

[8]

Herzklopfend drückte er auf den elektrischen Knopf und hörte deutlich, wie im Hause des Torwärters die Glocke trillerte.

Nach wenigen Augenblicken erschien ein Mann mit einer Uniformmütze. „Was ist los?" fragte er verwundert, als er den Knaben vor dem Gitter stehen sah. „Hast du eben geläutet?"

„Ja," antwortete Piddl. „Ich wollte — ich wollte bloß mal fragen, wie es meiner Mutter geht. Sie ist hierhin — um nun — hierhergebracht worden."

„Aber Junge!" sagte der Wärter, „wie kann ich das wissen? Du mußt du schon morgen früh wiederkommen, wenn die Anstalt geöffnet ist! Jetzt geht das nicht. Es ist ja noch elf Uhr. Morgen früh um acht schließe ich das Tor auf, dann kannst du frei durchgehen und drüben im Hause bei den Schwestern nachfragen, verstehst du?"

Ach ja, er verstand es ganz gut. Nur wurde er jetzt um nichts klüger dadurch, und die Nacht war noch lang. Er nahm seinen ganzen Mut zusammen und stotterte: „Könnten Sie nicht einmal für mich nachfragen?"

„Nee, ist nicht zu machen," erwiderte der Wärter, zuckte mit den Schultern und ging in sein Häuschen zurück.

Aufseufzend wendete sich Piddl um und entfernte sich mit zögernden Schritten. Er setzte sich in der Nähe in den Anlagen, die dem Krankenhause gegenüberlagen, auf eine Bank.

Es war nichts, das ihn hätte nach Hause treiben können. Die Nacht war warm und still, und die letzten Spatzen drüben hinter den eisernen Stangen des Krankenhausgartens kuteten durchdringend und voll. Noch stärker aber war der Duft der Holunderbüsche, die ihre Blütenschirme wie ausgebreitete Hände in die Luft streckten.

Leise begann der Nachtwind seine Melodie in den hohen Kronen der Bäume. Ueber dem Dache des Krankenhauses stand der Mond wie eine große, ruhige Lampe, mild und still, als hätte er den Schmerz der Kranken, die dort drüben in den hohen, stillen Sälen lagen, gesehen und müsse nun einen Blick voll Ruhe und Zuversicht zu ihnen hinübersenden.

Piddl sah den Blick des Mondes auf sich gerichtet und schaute hinein voll klopfender Unruhe.

Aber immer ruhiger wurde es in ihm und um ihn. Mählich begannen die Dinge vor seinen Augen zu verschwimmen, und langsam schlossen sich seine Lider.

Im Traum sah er sich zu Hause am Tische sitzen. Seine Mutter saß ihm gegenüber und hielt ihre Augen mit einem Tuche bedeckt.

„Mutter, was ist dir?" fragte er.

Aber sie antwortete ihm nicht, sondern schüttelte nur stumm und traurig den Kopf.

Schmeichelnd lehnte er sich an sie, fuhr nach ihren Händen und zog ihr endlich das Tuch von den Augen fort.

Da sah er, daß sie keine Augen mehr besaß. Wo sie gesessen hatten, lagen zwei große blutige Höhlen, daß ihm das Herz im Leibe gefror und er mit einem Schrei das Tuch losließ.

Da bat sie ihn, das Tuch mit frischem Wasser zu netzen, um die Wunden zu kühlen. Und er lief hinaus, holte Wasser in einer Schüssel und kühlte das heiße, blutige Tuch, wenn sie es von den Augen nahm.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130123/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Zähne klapperten ihm vor Entsetzen im Munde, die Knie zitterten ihm, und er fühlte, wie seine Hände kalt waren wie Eis.

„Mutter, liebe Mutter!“ rief er und konnte doch nichts anderes tun, als das Tuch mit Wasser netzen und dem Stöhnen lauschen, das von Zeit zu Zeit leise aus ihrem Munde kam.

Als er aus seinem Traume erwachte, waren ihm die Glieder wie gelähmt. Es schüttelte ihn, und er konnte sich nicht besinnen, wo er war.

Die Sonne war bereits aufgegangen, und in den Bäumen über ihm pfiff eine Drossel laut durch die Morgenstille. Verwirrt sprang er auf und sah nach der Uhr, die im Giebel des Krankenhauses saß.

Es war bereits ein Viertel nach vier Uhr.

Um fünf trat er bei Meyerdierks an. Wenn er jetzt fortging, kam er also gerade recht. Um acht Uhr würde er wieder zur Stelle sein. Die Schule würde er heute wohl versäumen müssen!

Die Glieder schlotterten ihm vor Kälte in der frischen Morgenluft, und er begann zu laufen, um wieder warm zu werden.

Bei Meyerdierks war die Ladentüre schon geöffnet, als er hinkam.

„Du kommst ja heute mächtig früh,“ sagte der Meister, der die erste Platte frischer Brötchen in den Laden getragen hatte und nun mit aufgekrempten Ärmeln in der Hausdiele stand, um einen Augenblick die frische Morgenluft zu genießen.

Piddi ging schweigend hinter ihm drein über den Flur in die Bäckerei, wo der Geselle am Backofen stand und mit der Schaufel die Platten aus dem heißen Ofen holte.

Es dauerte noch eine Weile, bis sein Korb gepackt war, und er konnte in Ruhe einen Schluck Kaffee trinken und ein paar der frischen Brötchen essen, die noch warm waren von der Ofenhitze.

„Junge, was hast du für 'ne Käsefarbe?“ sagte der Meister und blickte ihn ins Gesicht. „Fehlt dir was?“

Piddi verneinte und freute sich, als er mit seinem Korbe abziehen konnte und so vor weiteren Fragen sicher war.

13

Punkt acht Uhr stand er wieder vor dem Krankenhause und wartete darauf, daß das Tor geöffnet wurde.

„Na, bist du schon da?“ sagte der Wärter, als er aufschloß.

„Also du gehst da drüben in die Haupttüre hinein, nimmst fein die Mütze ab und fragst nach Schwester Anna. Die wird schon Bescheid wissen.“

Herzklopfend öffnete Piddi die schwere Eichentür und stand dann in der großen Vorhalle, in der eine mächtige, breite, steinerne Treppe nach oben führte.

Sich irgendwie bemerkbar zu machen, wagte er nicht, und so stand er denn eine gute Viertelstunde beklommen da, ohne beachtet zu werden.

Da kam zufällig eine Schwester die Treppe herab und fragte ihn, was er wünsche.

Verlegen drehte Piddi seine Mütze in den Händen.

„Ich — ich wollte bloß mal fragen, wie es meiner Mutter geht?“

„Ach so,“ sagte die Schwester. „In welchem Saal liegt deine Mutter denn?“

„Das weiß ich nicht!“ antwortete Piddi. „Sie ist gestern abend erst hierher gekommen.“

„Gestern abend? Wie heißt deine Mutter denn?“

„Frau Hundertmark.“

„Da will ich mal nachfragen.“

Die Schwester stieg die Treppe wieder hinauf und kam nach einer Weile, die Piddi wie eine Ewigkeit erschienen war, mit einer anderen zurück.

„Du bist der kleine Hundertmark?“ fragte die.

Piddi nickte.

Die Schwestern musterten ihn aufmerksam, tuschelten leise ein paar Worte, und dann winkte ihm die, die zuletzt gekommen war, und führte ihn in ein Zimmer, das neben der Treppe lag.

„Hier mußt du eine Zeit warten. Ich will nachsehen, wie es deiner Mutter geht und ob du sie sehen darfst. Ich glaube, es geht ihr nicht so sehr gut!“

So saß Piddi nun in dem großen, fremden Zimmer und wartete beklommen und erwartungsvoll.

Ein großer, langer Tisch nahm das halbe Zimmer ein, und Stühle standen an den Wänden mit hohen Lehnen und gespreizten Beinen.

Auf dem Tische, der mit seinem frischen Lack hell unter dem Scheine der Sonne blinkte, standen eine Wasserkaraffe und ein paar Gläser auf einem vermickelten Untersatz. Gegenüber an der Wand hing ein großes Bild: Christus, Kranke heilend. Darunter hing ein Hausspruch: „Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken.“ Große, kunst verzierte Buchstaben in Silberdruck auf schwarzem Karton. Hinter Piddis Rücken stand ein Fenster offen, und der laute Schlag eines Buchfinken drang durch die Morgenstille herein, fröhlich und schmetternd in trotzhafter Lebensfreude.

Es wähnte eine Stunde, bis die Tür wieder anging.

Es war dieselbe Schwester, die ihn vorhin hereingeführt hatte.

„Es geht deiner Mutter nicht gut, mein Kleiner,“ sagte sie und sah ihn mit sanften braunen Augen mitleidig an. „Sie ist sehr schwer krank gewesen die Nacht. Du hast sie wohl sehr lieb, daß du schon so früh gekommen bist?“

Piddi antwortete nicht. Er sah der Sprechenden bekümmert und stumm ins Gesicht.

„Es ist eine schlimme Krankheit, weißt du, und da kann man immer nicht wissen —“ fuhr die Schwester fort und besah sich Piddi wieder mit den Augen mitleidig.

„Ja, man müßte Gott danken, wenn er sie nicht gar zu lange leiden ließe. Sie hat sehr viele Schmerzen auszuhalten, und vielleicht wäre es am besten — wenn sie — nun, wenn Gott sie zu sich nähme.“

Aus Piddis Gesicht wich alle Farbe. Er sah die Pflegerin mit einem Blicke an, wie ein Tier, das das Geschoß eines Jägers in der Brust hat und doch nicht sterben kann.

Er schluckte, biß die Zähne zusammen und drehte seine Mütze schneller in den Händen. Aber er antwortete nichts.

„Siehst du,“ fuhr die Schwester fort, „du darfst dir das nicht so sehr zu Herzen nehmen. Es gibt so viele Kranke. Wir haben jetzt sieben ganze Säle voll. Da sind manche, die sich den Tod wünschen, die nicht mehr leben wollen, verstehst du — aber sie sterben doch nicht. Wenn Gott barmherzig ist, dem nimmt er zu sich, ehe er ihn darum bittet.“

In Piddi stieg eine furchtbare Ahnung auf, eine Ahnung, die sich wie ein schwerer Stein auf sein Herz legte, daß es sich mit langsamem, schmerzhaften Schlägen dagegen wehren mußte.

„Meine Mutter ist doch nicht —?“

„Ja,“ sagte die Schwester und schlang ihren Arm um ihn — — —

Aber Piddi schrie nicht auf, er wurde nicht ohnmächtig vor Schmerz, und kein Tränenstrom stürzte ihm aus den Augen.

Er saß stumm und starr und sagte kein Wort.

Die Schwester drückte seinen Kopf an sich, strich ihm leise und liebevoll über die Backen und sprach tröstend, mit sanften Worten auf ihn ein.

Aber ihre Worte glitten an ihm ab, als sei er plötzlich zu Stein geworden. Er dachte nichts. Er hatte nur die Empfindung eines Ungeheueren, das geschehen war, das sein Leben wie der scharfe Schnitt eines Messers getroffen und ihn losgelöst hatte von dem Lebendigen, mit dem er verwachsen gewesen war. Ein Gefühl eines ungeheueren Allseinsein erfüllte ihn ganz.

Einen Augenblick hatte er die Empfindung, als wanke der Boden unter ihm, als drehten sich die Wände, neigten sich und müßten im nächsten Augenblick auf ihn stürzen. Er fühlte sich fallen, fallen, tiefer und immer tiefer in eine schaurige Finsternis, die ihn mit so kaltem Anhauch empfing, daß sein Blut darunter zu Eis gerann.

Alles Leid und alle Entbehrungen, die er bisher erlebt hatte, hatte er hingenommen als etwas Selbstverständliches, nach dem „Warum“ hatte er dabei niemals gefragt. Er hatte es wie etwas Unvermeidliches hingenommen, das eben so sein mußte, wie es war, das so selbstverständlich war, wie das, daß der Himmel Wolken hatte und der Winter Schnee und Kälte brachte. Es hätte ihn höchstens in Stemmen versetzt, wenn es anders gewesen wäre, als es nun einmal war.

Aber der Tod der Mutter traf ihn mit der ganzen Gewalt eines Ereignisses, das er nicht gewohnt war, zu ertragen.

Erst nach Minuten löste sich der Krampf, der ihn erfüllte. Ein Zittern durchlief seinen Körper bis zu den Fußspitzen, und dann kam ein Ton aus seiner Kehle, ein tiefer, unartikulierter Laut, der zuerst wie das Stöhnen eines Menschen klang, der an der Kehle gewürgt wird, der aber dann plötzlich zu einem lauten, wehen Schrei anschwoll, der plötzlich wieder abbrach, als sei er unter dem Griff einer eisernen, würgenden Faust erstickt.

Dann konnten die ersten Tränen, quälend langsam. —

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Länderkunde G. K. Mexikanische Vulkane. Der verhängnisvolle Vulkanausbruch des Collima in Mexiko, dessen furchtbare Verwüstungen bereits aus den ersten Nachrichten klar hervorwarten, zeigt wieder einmal die dämonische Gefahr, mit der die unterirdischen Gewalten die blühenden Gefilde des mexikanischen Landes bedrohen. Wie so oft im Leben Glück und Unglück, Licht und Schatten eng beieinander wohnen, so bietet der vulkanische Boden Mexikos durch die Fruchtbarkeit seiner hochäsischen dem Lande den größten Segen und durch die einige Wiederkehr der Ausbrüche den größten Fluch. Eine ganze Reihe von Städten sind in den letzten Jahrzehnten durch Eruptionen vernichtet worden. Ueber dem Blau schwarzblauen Meer des atlantischen Golfes, über dem dunkelgrünen Tropengebiete, über der tropischen Pracht der hochäsischen mit ihren Gärten, Türmen und kleinen Seen erheben sich wie erstarrte Wolken, die von der Vergänglichkeit alles Irdischen erzählen, die sechs aschenumsponnenen Kegel der Vulkanreihe, die sich, offenbar auf einer Bruchzone der Erdrinde von West nach Ost durch Mexiko hinzieht. Diese Reihe von tätigen, von halberloschenen oder auch völlig erloschenen Vulkanen deutet mit ihren ewigen Schneen über diesen heißen Naturwunderinsel. Ernst und feierlich ragen die schneegekrönten Riesen Popocatepetl und Ixtaccihuatl über die Hochfläche von Mexiko empor; wie ein ägyptischer Pfeiler steht am allerdrüben Südrand des Hochlandes der höchste dieser Feuerriesen, der „Stern der Sterne“, Citlal-tepetl. Unter den anderen Vulkanen ist der verhältnismäßig niedrige Jorullo durch die Beschreibung Alexander von Humboldts berühmt geworden, der als erster in seinen berühmten Schilderungen die Welt der Tropen Mexikos bei uns bekannt gemacht hat. Der jüngste Vulkanriese, der Colima, liegt westlich vom Jorullo fast an der Küste des Großen Ozeans; er hat einen doppelten Gipfel, und die Tätigkeit und Schwefelwasserstoffgase, die der Krater des einen dieser Gipfel immer ausstößt, lassen die immer gesichtsbrodelnde Tätigkeit ahnen. Der Gipfel des Vulkans wurde 1852 von Wissbat bestiegen. Schon aus den Jahren 1770 und 1795 haben wir Berichte von großen Eruptionen. Erdbeben gehören leider zu den nicht seltenen Begleitern in Mexiko, wenn sie auch freilich gewöhnlich nicht mit der verheerenden Gewalt auftreten, wie sie durch den furchtbaren Ausbruch des Collima hervorgerufen wurde. Ein deutscher Forscher schildert den verwüstenden Wirbelsturm, den ein solcher Naturereignis machte, in anschaulicher Weise. „Es war ein schrecklicher, furchtbarer Abend des Jahres 1902. Der Mond, der im Vorrücken begriffen war, stand in vollem Glanze am Himmel. Da, 5 Uhr 5 Minuten abends, während ich in meinem Arbeitszimmer am Schreibtische saß, hörte der Stuhl an zu knacken und der Kettenkronleuchter in der Mitte des Zimmers heftige Schwingungen zu machen. Sofort war mir die Lage klar, und mit den Worten: „Mein Gott, ein Erdbeben!“ eile ich gleich einem Betrunkenen, da der Boden unter den Füßen wechselnd schwankte, in den Garten hinaus, wo ich meine Frau ebenfalls taumelnd wandeln sehe; ich nehme meine Frau in den Arm, und wir suchen uns gegenseitig zu halten. Wie lesen, wie die Bäume im Garten hin- und herschwanken, als ob sie entwurzelt werden sollen. Alles krachte! Das Gebälle der Häuser knarrt. Mauern bersten, die Schindeln der Dächer rasseln. Die Menschen stürzen aus den Häusern heraus auf die Straße und betten: „Heiliger Gott, heilige Allmacht! Erhöre uns, hier, dem allen Uebel!“ Mandmal kommt man mit den blassen Schrecken und mit heißem Schaudern davon, aber in anderen Fällen, wenn sich die Feuer-Tod und Vernichtung einstellen, wo sich noch vor langen blühendsten Leben breitete, und mit Schrecken und Verzweiflung fühlen die Bewohner die Not des nächtlichen Erdgebäudes in den Tiefen, in dessen Gewalt ihr Schicksal gegeben ist in jenem an Gegensätzen so reichen Gebiet der mexikanischen Vulkane.“

Musik Dresdner Konzerte. Im Volkstümlichkeit gab das Strategier-Quartett seinen dritten ersten Werk hatte es ein in Dresden noch unbekanntes Streichquartett von dem in Wien lebenden Komponisten Josef Reiter angezeigt. Es war ein glücklicher Griff; denn das viersätzige Werk — „Aus der Heimat“ überschrieben — ist mit gesunden volkstümlichen Lebens. Freilich, Josef Reiter in einem Atem mit Franz Schubert zu nennen, wie es kein geringer Kritiker im Münchner tat, kann dem Komponisten bei einfachsten Musikfreunden nur schaden; durch Schubert's Melodienreichtum ruft ein übermäßiger Schwung, der ihn zu den erhabenen Erfindern erhebt. — Josef Reiter hat eine gefällige einfache und melodische Erfindung, wie wir sie bei Mozart, Haydn und dieses Kategorie in B. Glatz, Kirchner, Schulz-Dornburg zuweilen antreffen. So eingeordnet kann man an seiner anspruchslosen und dankbaren Kunst ein reiches Gefallen finden, und es ist im Interesse einer unverfälschten Musikpflege zu wünschen, daß Reiterlin Werke einen breiteren Boden gewinnen. Schöne Männer- und Frauenchöre, die trotz ihrer Einfachheit dem Alltagsleben und dem Volk gehen, sind von ihm aus dem Kammermusikwerk 1925 bekannt, einmal mit ihren lebendigen, humorlichen Themen, ihrem Humor einer Trauer-Gebärde-Kritik und ihrem ernsten dramatischen Ausbruch des Stücks. Ein an unserer Oper einmal zu begegnen. Eine andere Oper Interessant ist in Zeiten angeführten werden. — Das gestern gebotene Streichquartett offenbart zudem einen feinen Natursinn; wenn auch die einzelnen Satzbezeichnungen „Flur und Flur“, „Land und Leut“ die Phantasie des Hörers gerade in dieser Richtung sehr empfänglich gestimmt haben mögen, so glaube ich doch den musikalischen Ausdruck für einen mährisch-französischen Landschaftscharakter im ersten Satz und einen eigentümlich-heiteren in Schlußsatz empfunden zu haben. Das Adagio „Kummer und Trost“ ist auf einem innigen Gesangsthema aufgebaut und gibt den Streichern eigentümlich weiche Melodien, die an Holzbläser erinnern; der Minuter „Lust und Tanz“ führt dann mitten in die derbe österreichische Tanzbelustigung, wie sie sogar in Brahms und Mahlers Symphonien ihren Niederschlag gefunden hat. Das Publikum spendete dem Werk starken und herzlichen Beifall. — Auch das Schlußwerk des Konzertes war eine Erstaufführung: ein Klavierquintett Opus 23 des Dresdner Kgl. Kammermusikers Joseph Schorer. Die Komposition verriet in allen Sätzen den gebildeten Musiker, aus dieser Schule kommend (bei Draeseke ausgebildet), und nächsten Kenner der Instrumente. Die Klavierstimme (von dem Königlichen Oberdirektor Dr. Ernst Lagko voll zur Geltung gebracht) verwähnte sich dem Klange der Streichinstrumente prächtig; leider war der musikalische Inhalt: der interessanter Details durchaus nicht erwartgelle, zu weitschweifig ausgesponnen. Lebendig pathetische und immer vornehme Ausdruckskraft wirkte bei strafferen Zusammenfassen der musikalischen Ideen erst zu rechter Wirkung kommen. — Schumanns phantasiereiche Märchenbilder für Viola und Klavier (Herr Kammermusikus Aschek und Dr. Lagko) fanden eine lebendige, die Heimlichkeiten des Werkes aber nicht aufschließende Wiedergabe.

Klavierabend von Yvonne Lambrino. Die große Begabung Lambrinos gerät immer weiter auf Abwege: in seinem gestrigen Vortrag Robert Schumannscher Werke war eine so mangelhafte Art gegenüber den Vorschriften des Komponisten zu konstatieren, daß man die gebotene Fantasie kaum für ein Werk unseres großen Romantikers hätte halten mögen. Die eingangs gebotene Toccata Schumanns litt unter technischen Unklarheiten, war aber charaktervoll und frisch angelegt; auch in der Fantasie gelangen dem Pianisten die frischen rhythmischen Partien am besten, wenn sein Anschlag im Forte auch einen oft rohen — man dürfte sagen „materialistischen“ — Anstrich hat. Das Programm verzeichnete noch einige interessante Werke von dem Russen Scriabine, dem Franzosen Debussy und dem Spanier Albeniz, die ich leider der anderen Verpflichtungen wegen nicht hören konnte. B.

Chemie Wie groß ist ein Molekül? Die Grundlage unserer Wissenschaft von dem Aufbau der irdischen Stoffe beruht auf der Annahme von dem Vorhandensein kleinster Teilchen, der Moleküle und Atome. Die ersten sind winzige Stoffmengen, die man bei einer denkbar weit getriebenen mechanischen Zerkleinerung der Stoffe erhalten würde; aus ihnen gehen bei der chemischen Zerlegung dann die Atome hervor. Eine „denkbar weite Zerkleinerung“ ist ein höchst unbestimmter Begriff; würde die Trennung wirklich weit vorgetrieben, so müßte sie zu einem Nichts führen. Es muß also eine Grenze vorhanden sein, und es ist der modernen Physik tatsächlich gelungen, diese Grenze genau zahlenmäßig zu bestimmen. In einer der kürzen erschienenen Schrift über die Erforschung der Moleküle (Leipzig 1912) hat der schwedische Physiker Prof. Dr. Th. Svedberg in Upsala die Ergebnisse seiner Untersuchungen und die fremder Forscher über die Erfassung, Zählbarkeit und Wägbarkeit der Moleküle zusammen und zeigt, daß man auf sehr verschiedenen Wegen mit ziemlicher Uebereinstimmung zum Ziele gelangt ist. Daß die Form des Theaterstiefels, ist heute tatsächlich erwiesen; ein schöner Beweis für die Richtigkeit einer Hypothese, die ursprünglich aus rein logischen Folgerungen erwuchs. Wie gelangt, die Wege, die zu dieser Erkenntnis führen, waren verschiedener Natur; englische Physiker Anderson an der Hand der Tatsache, daß die von beim Auftreffen auf ein Hindernis in Helium verwandelt, die Zahl Radiumteilchen Heliumgas bilden, auf 29,9 Trillionen; das ist eine Zahl, die man erhält, wenn man an die Zahl 300 noch 17 Nullen hängt. Man nennt diese Zahl die Avogadrosche Konstante, weil der 1856 verstorbene Turiner Physiker Graf Avogadro der erste war, der das für die moderne Chemie grundlegende Gesetz aufstellte, daß gleiche Raummengen aller Gase, sowohl der einfachen wie der zusammengesetzten, unter gleichem Druck und bei gleicher Temperatur die gleiche Anzahl Moleküle enthalten. Diese Moleküle sind nun in Bewegung begriffen, und Svedberg ist es in der Tat gelungen, die Geschwindigkeit, mit der sich die Moleküle in den Raummengen nachzuweisen und zu messen. Zu ist es nicht überraschend, daß die Ergebnisse über die Zahl der Moleküle in gewissen Grenzen schwanken. Die Dichte der Erdatmosphäre nimmt bekanntlich bei geringer werdendem Druck in größeren Höhe rasch ab; dadurch Verhältnis müssen auch die leichten Teile, die in einer Flüssigkeit suspendiert oder gelöst sind, und Partikel bewegen, als er diese Annahme erweitert, dadurch dann, die magnetische Konstante etwas höher als Anderson, nämlich auf 30,5 Trillionen, während Svedberg, der mit feineren Gaslösungen seine Versuche anstellte, 29,0 Trillionen, also etwas weniger sind. Sucht man endlich durch ein Mittelwert aus jener Berechnung in eine Gleichheit, die sehr kleine Teilchen suspendiert enthält, so scheinen diese in Bewegung zu sein, und man